Valutafrage und öffentliche Finanzen in Deutschland

Von Walther Lotz





Duncker & Humblot reprints

Schriften

bes

Vereins für Sozialpolitik.

Deutsche Zahlungsbilanz und Stabilisierungsfrage.

> Im Auftrage des Vereins veranstaltet von Karl Diehl und Felix Somary.

> > 164. Band.

Gutachten, herausgegeben von Emil Lederer.

Erfter Teil.

Valutafrage und öffentliche Finanzen in Deutschland.



Verlag von Duncker & Humblot. München und Leipzig 1923.

Valutafrage und öffentliche Finanzen in Deutschland.

Von

Walther Lots.



Verlag von Duncker & Sumblot. München und Leipzig 1923. Alle Rechte vorbehalten.

Altenburg Pierersche Hofbuchbruderei Stephan Geibel & Co.

Inhaltsübersicht.

		Seite
1.	Schwebende Schuld und Balutaentwertung seit Kriegsausbruch	3
II.	Einzelne Wirkungen ber Valutaentwertung auf ben öffentlichen haushalt	9
III.	Berhangnisvolle Wirkungen ber Papierwirtschaft auf ben öffentlichen Krebit	
	in Deutschland	15
IV.	Wirkungen bes Berfailler Friedens	18
	1. Minderung ber beutschen Steuerfähigfeit burch Gebietsverlufte	18
	2. Verlust von Auslandsguthaben und sonstige Eingriffe in das Privat-	
	eigentum Deutscher	21
	3. Rücklieferungen und Wiedergutmachungen	25
	a) Die Reparationskommission	27
	b) Die Schäbenrechnung	29
	c) Was hat Deutschland bisher erfüllt?	40
v.	Außerer Bergang feit bem Londoner Altimatum vom 5. Mai 1921 bis	
•	zur Gegenwart. Zahlungsichwierigleiten und Balutaverfall	45
VI.	Rücklick und Ausblick	112
Anl	lage: Stand und Entwicklung ber beutschen Reicheschuld, der Darlehns-	
	taffenicheine, bes Reichsbankftatus und einiger Devijenturfe 1914-1922 .	118

Teile dieser Abhandlung wurden vom Berfasser in der gemeinsamen Sizung der philosophisch-philosogischen und der historischen Klasse der bayerischen Akademie der Wissenschaften am 13. Januar 1923 zuerst vorgetragen.

Valutafrage und öffentliche Finanzen.

Die Bedeutung der Valutafrage für die öffentlichen Finanzen in Deutschland, unter besonderer Berücksichtigung der Wirtungen des Versailler Friedens').

Ein Butachten

¹⁾ Teile bieser Abhandlung wurden vom Berfasser in der gemeinsamen Sitzung der philosophisch-philologischen und der historischen Klasse der baherischen Atademie der Wissenschaften am 13. Januar 1923 zuerst vorgetragen.

I. Schwebende Schuld und Valutaentwertung seit Rriegsausbruch.

In der deutschen Öffentlichkeit ist die vorherrschende Meinung, daß die verzweiselte Finanzlage Deutschlands durch die Anforderungen des Bersailler Friedens verschuldet sei, daß diese Berpflichtungen uns immer tieser in die Papierwirtschaft verwickeln, und daß die Gesundung der deutschen Baluta und der deutschen Finanzen in erster Linie eine gründliche Revision des Bersailler Friedens voraussetze. In der Tat ist es kaum möglich, den Zusammenhang zwischen Deutschlands Baluta und der Lage der öffentlichen Finanzen ohne Rücksicht auf die Reparationslasten und die Ausgleichszahlungen gründlich zu behandeln. Im folgenden soll versucht werden, die Schwierigkeiten sür die Finanzlage sowohl unter allgemeinen Gesichtspunkten wie auch speziell unter Würdigung des Versailler Friedens darzustellen.

Der Zustand der Papierwirtschaft, d. h. des Umlaufs von uneinsöslichen Zetteln mit gesetzlicher Zahlkraft, ist aus der Finanzpolitik von 1914 hervorgegangen. Bis zur Kriegserklärung bestanden die Zahlungsmittel Deutschlands aus Goldmünzen, für deren Bollwichtigsteit bei der Ausprägung und beim Umlauf musterhaft gesorgt wurde, sowie aus Ersatmitteln für Goldstücke, die sämtlich im Bedarfsfall in Goldstücken einzulösen waren. Etwa 4 Milliarden Mt. deutschen Goldmünzen ihr standen gegenüber: rund 1369 Millionen Mt. im Bedarfsfall jederzeit gegen Gold einlösliche Scheidemünzen aus Silber, Nickel, Bronze mit beschränkter Zahlkraft; nach dem Reichsbankausweis vom 31. Juli 1914 2909 Millionen Reichsbanknoten, die bereits gesetzliches Zahlungsmittel, aber unbedingt in Gold einlöslich waren; 1258 Millionen Giroverbindlichkeiten der Reichsbank, außerdem ein kleiner Umlauf von jederzeit einlöslichen Privatbanknoten, von einlöslichen Reichskassenschausweitstel

¹⁾ Rach Statist. Jahrb. f. d. Deutsche Reich 1915 S. 288 sind von 1871 bis Ende März 1915 an deutschen Goldmünzen mehr ausgeprägt als eingezogen für 5141 203 000 Mf.; rechnet man für eingeschmolzene und ausgeführte Goldmünzen 141 203 000 Mf., so ergäbe sich ein Bestand von 4 Milliarden, woneben noch der Besitz der Reichsbank an Goldbarren und ausländischen Goldminzen zu berücksichtigen ware.

4 W. Loy.

waren, ferner ein Umlauf von freiwillig genommenen Schecks und, innerhalb kaufmännischer Kreise, bon Bechseln; endlich Übertragungen von Forderungen an Zahlungs Statt durch Banküberweisung für die Rundschaft und innerhalb der Abrechnungsstellen unter den Banken. Man kann fagen: die Zahlungsmittel bestanden aus Goldmungen und jederzeit realisierbaren Forderungen auf Gold. Die Goldausfuhr war frei und ungehindert. Im Bufammenwirken mit der Privatprägung hielt fie die Schwankungen der Devisenkurse innerhalb minimaler Abweichungen von den Goldparitäten. Die gesamte Reichsschuld hatte sich Ende März 1914 auf 5 157 897 600 Mt. belaufen; hiebon bedeuteten nur die 240 Millionen Mt. Reichskaffenscheine eine stets fällige Schuld: 4697897600 Mt., also der ganz überwiegende Teil der Reichsschuld, bestanden aus Reichsanleihen ohne bestimmten Heimzahlungstermin, denen ein nicht fehr erheblicher Betrag bon 220 Millionen zu bestimmten Terminen heimzahlbarer berzinslicher Schahanweisungen gegenüberstand 1).

Vom 4. August 1914 ab wurden die Reichsbanknoten uneinlöslich, unter Forterhaltung ihrer Eigenschaft als gesetliches Zahlungsmittel. Die Goldausfuhr ist feit Robember 1915 nur noch der Reichsbank gestattet. Die wesentlichste Anderung ist jedoch, daß an Stelle kaufmännischer Bechsel kurzfristige, unverzingliche Schuldverschreibungen des Reichs als bankmäßige Dedung zugelaffen find. Es beginnt, wie in anderen Ländern fo auch in Deutschland, die Finanzierung der Rriegsausgaben mit Inanspruchnahme von Diskontkredit seitens des Reichs bei der Zentralnotenbank. Reiner der kriegführenden Staaten — auch nicht England, das befonders erfolgreich die Besteuerung im Krieg ausnütte, um eine zu rapide Schuldvermehrung zu bermeiden -, konnte auf das Hilfsmittel der Inanspruchnahme der Zentralnotenbank verzichten. Für die deutsche Finanzierung war charakteristisch, daß jeweils im Frühjahr und Herbst, bis einschließlich Herbst 1918, eine Konfolidierung der stark anwachsenden schwebenden Schuld durch Kriegsanleihen versucht wurde. Man brachte teils 5% ige Reichsanleihe ohne Tilgungspflicht, teils 5% ige und später 41/2 % ige planmäßig zu tilgende Schatanweisungen beim Sparpublikum unter und berwendete den Erlös, um schwebende Schuld zu tilgen. Schon vor Abschluß des Kriegs, Ende März 1918, waren die Langfristigen Schulden des Reichs auf 71 915 423 100 Mt.

¹⁾ Bgl. Statist. Nahrb. f. b. Deutsche Reich 1921/22, S. 367.

angewachsen, während die schwebende Schuld sich bereits auf 33 388 500 000 Mf. belief 1).

Neben den Banknoten wurden im Kriege noch andere uneinlösliche Zettel in Umlauf gesett. Abgesehen von dem Notgeld der Gemeinden, welches nach Kriegsschluß allmählich wieder verschwunden ist, begegnen als eigentliches Staatspapiergeld die seit Kriegsausbruch uneinslöslichen und mit Zwangsumlauf versehenen Reichskassenschuch uneinsbetrag von 240 auf 360 Millionen gesteigert wurde, außerdem die Schuldverschreibungen der unter Verwaltung der Keichsbank begründeten Darlehenskassen. Der Gesamtbetrag der ausgegebenen Darslehenskassenscheine betrug Ende März 1918 8 650 000 000 Mk.; hiersvon liesen im freien Verkehr 6 993 523 516 Mk. um, während der Rest größtenteils bei der Reichsbank lag. Die Reichsbank hat in einer schwer zu rechtsertigenden Weise die Genehmigung erhalten, diese unseinlöslichen Zettel, ebenso wie die uneinlöslichen Reichskassenschen, zu ihrem Barvorrat zu rechnen²).

Bis Ende März 1918 war jedoch der Notenumlauf der Neichsbankteineswegs in demselben Maße gestiegen, wie sich die unverzinslichen, durch Diskontierung begebenen schwebenden Reichsschulden vermehrt hatten. Ende März 1918 betrug der Umlauf von Reichsbanknoten 11 977 807 000 Mk., wozu 9 029 669 000 Mk. sonstige stets fällige Verbindlichkeiten (Giroguthaben öffentlicher Kassen und der Privatleute) hinzutraten. Die Anlage der Reichsbank an diskontierten Wechseln, Schecks und Reichsschahanweisungen betrug Ende März 1918 16 034 259 000 Mk. Spielten auch damals die kaufmännischen Wechsel in der Anlage der Reichsbank eine minimale Kolle, und war sie auch im wesentlichen ein Diskontierungsinstitut für Reichsschanweisungen,

¹⁾ Rach Statist. Jahrb. f. d. Deutsche Reich 1921/22 Stand am 31. März 1918: Fundierte Schuld: 64 122 580 700 Mt. Reichsanleihe, 7792 842 400 Mt. verzinsliche Schahanweisungen; schwebende Schuld: 360 Mill. Mark Reichskassesische und 33 028 500 000 Mt. unverzinsliche Schahanweisungen, die in der Öffentlichkeit in unentschuldbarer Ungenauigkeit oft als Schahwechsel bezeichnet werden, während es sich fast durchweg um Inhaberpapiere handelt.

²⁾ Rach dem Bericht "Die Darlehnstaffen des Reichs im Jahre 1918", Berlin 1919, S. 10, waren am 30. März 1918 von der Gesamtsumme der ausgegebenen Darlehnstaffenscheine

^{1 536 476 484} Mt. in ben Beftanben ber Reichsbant,

^{120 000 000 &}quot; als Deckung von Reichstaffenscheinen hinterlegt,

^{6 993 523 516 &}quot; im freien Berfehr,

Befamtfumme 8 650 000 000 Mf.

6 W. Loty.

so war jedenfalls doch noch Ende März 1918 und seitdem bis Ende Oktober 1921 der größere Teil der diskontierbaren Reichsschatzanweissungen nicht bei der Reichsbank, sondern bei Privatleuten, Kreditbanken, Bersicherungsgesellschaften und Industriellen außerhalb der Reichsbank untergebracht.

Bur Inflation tragen unmittelbar nur die bei der Reichsbank diskontierten Schahanweisungen bei, die außerhalb der Reichsbank untergebrachten nur insofern, als hier die Möglichkeit einer Rediskontierung bei der Reichsbank stets in Betracht kommen kann.

Der Pariwert der deutschen Reichsmark mit Gold war bereits während des Krieges nicht aufrechtzuerhalten. Hätte man nicht ein Goldagio verboten 1) und außerdem wirksam das deutsche Bolk beeinflußt, sein Gold zur Reichsbank zu tragen, so würde jedermann an der Notiz eines Goldaufgeldes die sich anbahnende Entwertung der Papiermark sichtbar wahrgenommen haben. Der Fachmann konnte diese Tatsache an den Abweichungen des Preises der telegraphischen Auszahlung Schweiz vom Goldpari erkennen. Im Durchschnitt des Jahres 1918 wurden in Deutschland 131,42 Papiermark statt 81 Mk. für 100 Fr. Auszahlung Schweiz bezahlt. Am Dollarkurs konnte man, solange die Friedensbeziehungen mit Amerika noch nicht wieder herzgestellt waren, damals die Markentwertung nicht messen 2).

Die deutsche Valuta war bereits bei Ariegsende Krank; aber die Arankheit war nicht unheilbar. Und auch andere kriegführende Länder Europas waren in ähnlicher Lage wie Deutschland. Freilich hatten England und Frankreich bereits während des Arieges eine von der

²⁾ Bgl. Statift. Jahrb. f. d. Deutsche Reich 1921/22 S. 276. Ebenda S. 275 find über Zürich für die Zeit vom April 1917 bis Juli 1919 errechnete, sonst wirtslich in Newyork notierte Kurse der Mark mitgeteilt:

1914	Jahresdurchschnitt	23,39	Cents
1915	"	20,60	, ,
1916	"	18,19	, ,
1917	"	15,17	! "
1918	"	16,94	. ,
dagege	en März 1922	0,37	" , (eine Goldmark ist gleich 23.8219 Cental

¹⁾ Bgl. Bekanntmachung über die Unverbindlichkeit gewisser Zahlungsvereins barungen vom 28. September 1914 (RGBl. S. 417) und Bekanntmachung betressend Berbot des Agiohandels mit Reichsgolbmünzen vom 23. November 1914 (RGBl. S. 481). — Bgl. auch Bekanntmachung vom 13. November 1915 betr. Verbot der Ausschluft und Durchsuhr von Gold (RGBl. S. 763).

deutschen etwas abweichende Bank- und Finanzpolitik eingeschlagen, in der Absicht, den Wiederaufbau der Währung nach Kriegsabschluß energisch vorzubereiten. Rudolf Will 1) hat gezeigt, daß schon während des Krieges die Leitungen der Bank von Frankreich und der Bank von England ihre Finanzminister darauf aufmerksam machten, daß der Inanspruchnahme von Diskontierungskredit bei der Zentralnotenbank Einhalt getan werden muffe. Diese Warnungen waren in England und Frankreich erfolgreich, weil die dortigen Bentralbankleitungen einen sinnreichen Ausweg, wodurch unter Bermeidung weiterer Inflation Aredit beschafft werden konnte, zu empfehlen wußten. Man hat dort nicht unkundbare oder langfristige, sondern überwiegend kurzfristige berzinsliche Schuldverschreibungen beim inländischen Sparpublikum unterzubringen gesucht, außerdem eifrig ausländische Kredite in Unspruch genommen, um eine zu starke Inflation zu bermeiden. Demgegenüber ist auffällig, daß eine Politik fortwährender Unterbringung kurzfristiger verzinslicher Schuldverschreibungen beim inländischen Sparpublikum damals bei der deutschen Finanzleitung nicht die gleiche liebevolle Pflege fand.

Seit dem Wassenstillstand und der Revolution ist die deutsche Finanzpolitik dadurch charakterisiert, daß eine sortwährende Bermehrung diskontierbarer, underzinslicher Schahanweisungen unter gleichzeitiger Minderung der vor Kündigung gesicherten sundierten Schuld begegnet. Bon 33 028 500 000 Mk. Ende März 1918 ist dis September 1922 die Schuld des Reiches an diskontierbaren underzinslichen Schahanweisungen dis 31. Dezember 1922 auf 1494945 Millionen Mk. gesteigert worden?). Die langfristigen Reichsschulden haben sich von 92 396 411300 Mk. Ende März 1919

¹⁾ Bgl. Rubolf Will, Die schwebenden Schulden der europäischen Großftaaten, Tübingen 1921. Die verzinslichen Reichsschahanweisungen zu 5 % und
41/2 % nähern sich den von Will geschilderten schwebenden, beim Sparpublikum
untergebrachten Schulden der westeuropäischen Länder; nach dem Reichsbankbericht
1918 S. 10 ist übrigens durch die Reichssinanzverwaltung einmal, nämlich Ende
Juni 1918, eine Miliarde 41/2 % ige, am 1. April 1924 sällige Reichsschabenweisungen beim Publikum außerhalb der großen Kriegsanleihezeichnungen plaziert
worden.

²⁾ Bgl. Wirtschaft und Statistit, Januar 1923, S. 63. Zu ben distontiersbaren unverzinslichen Schahanweisungen treten noch als weitere Bestandteile ber schwebenden Reichsschuld hinzu: 303 697,8 Millionen Mf. weitere Zahlungsverpsichtungen aus Schahanweisungen und -Wechseln. 294 179,0 Millionen Mf. Sicherheitsteistungen mit Schahanweisungen und -Wechseln.

8 W. Lot.

bereits auf 65667652500 Mf. Ende März 1922 vermindert¹). Die seltsame Finanzpolitik des Deutschen Reiches bestand also darin, Schulden zu tilgen, deren Heimzahlung nicht dringend war und deren Bestehen die Währung nicht gefährdete, und gleichzeitig in viel stärkerem Maße die schwebende Schuld und damit die Instation zu steigern. Die Minderung der fundierten Schuld ist nur zum Teil dadurch erklärt, daß Verpslichtungen zur Heimzahlung ausgeloster verzinslicher Schaßenweisungen und ausgeloster Schuldverschreibungen der Sparprämiensanleihe zu erfüllen waren. Hauptsächlich ist das Ergebnis dadurch herbeigeführt worden, daß beim Reichsnotopfer und bei anderen Gelegenheiten den Steuerschuldnern gestattet wurde, selbstgezeichnete Kriegsanleihe dem Reich in Zahlung zu geben. Selbstverständlich wurde hierdurch der Hauptzweck des Reichsnotopsers und anderer Maßenahmen, zur Minderung der schwebenden Schuld und der Instation beizutragen, wirksam vereitelt.

Parallel mit der Politik, laufende Reichsausgaben durch weitestegehende Juanspruchnahme der Zentralnotenbank zu sinanzieren, nimmt die Entwertung der Papiermark zu. 2). Der Durchschnittskurs von 100 Fr. telegraphische Auszahlung Schweiz steigt im Durchschnitt 1919 auf 371,21, im Durchschnitt 1920 auf 1045,21, im Durchschnitt 1921 auf 1869,33; am 31. Oktober 1922 hat er bereits 81 000 Papiermark erreicht. Entsprechend stieg der Berliner Dollarkurs, dessen Parität 4,1978 MK. pro Dollar ist, im Durchschnitt 1920 auf 63,06, im Durchschnitt 1921 auf 104,57, am 31. Oktober 1922 3) auf 4500

¹⁾ Dabei find außer der seitens der Cläubiger unkündbaren Reichsanleihe und Sparanleihe auch die verzinslichen Schahanweisungen zur fundierten Schuld gerechnet, obwohl sie in der Mitte zwischen fundierter und schwebender Schuld stehen. Jedenfalls sind sie nicht in wenigen Monaten fällig und wirken sie nicht instationistisch. Die stärkste Minderung weist übrigens die Reichsanleihe auf, welche Ende März 1919 rund 80 988, Ende März 1922 rund 55 131 Millionen Mark ausmachte. Bgl. Statist. Jahrb. f. d. Deutsche Reich 1921/22, S. 367. Die Vermehrung der Reichsschuld wurde übrigens auch durch die Art der Überführung der Bahnen in Reichseigentum mit Übernahme der schwebenden Schulden der Länder durch das Reich wesenklich beeinsslußt.

²⁾ Bgl. Statist. Jahrb. f. d. Deutsche Reich 1921/22, S. 276, 277.

³⁾ Bgl. "Wirtschaft und Statistit", 1922, S. 687 sowie Zirkular ber Distontogesellschaft vom 13. Rovember 1922. Der Kurs in Berlin für telegraphische Auszahlung Zürich wurde 31. Oktober 1922 mit 810 Mt. für 1 Fr. notiert, der Wechselkurs Newhork auf Berlin mit 0,0225 \$ für 100 Mt., also 0,0225 Cents für 1 Mt. gegenüber einem Goldpari von rund 23,82 Cents für eine Goldmark. Dies bedeutet, daß in Rewhort 944,58, in Berlin 1072 Papiermark einer Goldmark gleichgeschätzt wurden.

Bapiermark. Die Bapiermark war auf weniger als $^{1}/_{1000}$ einer Goldmark gesunken.

Während des Krieges war eine der Markentwertung entsprechende Steigerung der Warenpreise und sonstigen Lebenskosten durch die Iwangswirtschaft und Rationierung, sowie durch die Mietenregelung hintangehalten worden. In dem Maße, wie die Iwangswirtschaft absebaut wurde und nach lange währender Absperrung dringender Einstuhrbedarf an Rohstoffen und Lebensmitteln von Deutschland zu decken war, stiegen allmählich die Warenpreise, Löhne und Gehälter, zwar nicht parallel, aber doch in engem Zusammenhang mit der Steigerung der Devisenpreise. Welche Wirkungen dieser Valutazustände weist der öffentliche Haushalt auf?

11. Einzelne Wirkungen der Valutaentwertung auf den öffentlichen Haushalt.

Durch die Schwankungen und die Entwertung der Papiermark wird der öffentliche Haushalt in Deutschland zunächst gelegentlich einer Anzahl einzelner Borgänge, außerdem aber noch viel mehr in einer prinzipiell sehr wichtigen Hinsicht allgemeiner Art berührt.

Im einzelnen sind folgende Hauptwirkungen der Balutazustände naheliegend:

1. Die frühere gute Tradition, vorsichtig Boranschläge des Haushaltes aufzustellen und daran sestzuhalten, daß genau nach dem Haushaltplan gewirtschaftet, womöglich Ersparnisse gegenüber dem Boranschlag erzielt werden, schwindet in Deutschland mehr und mehr.
Unerwartete Beränderungen in den Ausgaben für Personal und Material, aber auch die Wirkungen unerwarteter Devisenverteuerungen
auf die vorgesehenen, in Goldmark zu leistenden Jahlungen stoßen
die Boranschläge um. Ein überaus summarisches Versahren bei den
Boranschlägen, vor allem bei den zahlreichen Nachtragsetats, hat sich
eingebürgert. Fehlbeträge sind bei der Unmöglichkeit, czakte Boranschläge aufzustellen und genau planmäßig zu wirtschaften, eine so
regelmäßige Erscheinung, daß es bereits mit Genugtuung vermerkt
wird, wenn in einem Jahr bloß im Budget der Post und Eisenbahnen
und der Reparationen, nicht aber in dem der allgemeinen Berwaltung,
ein Fehlbetrag von Milliarden begegnet.

Die Schwierigkeiten richtiger Kalkulation, die die öffentlichen

10 W. Log.

Körper bei der Papierwirtschaft mit den Pribatunternehmungen und allen Einzelhaushaltungen teilen, beschränken sich nicht auf den Reichs-haushalt; dieselbe Schwierigkeit findet sich auch in den Haushaltungen der Länder und Gemeinden.

- 2. In dem Maße, wie sich die Teuerung bei zunehmender Markentwertung innerhalb Deutschlands steigert, wachsen die Ausgaben für Material bei den Reichsbahnen und der Post, wie ähnlich auch bei gemeindlichen Erwerbsunternehmungen. Günstige Wirkungen der Inflation, die jedoch nicht dem Reichshaushalt zugute kommen, erwachsen den Finanzen der Länder durch Mehrerträge der Bergwerke und Staatsbanken, den Finanzen der Länder und Gemeinden durch gewaltig zusnehmende Forsterträge. In den Steuereinnahmen wachsen mit Zusnahme der umgesetzten Papiermarksummen natürlich die scheinbar zussseinenden Erträge.
- 3. Die wesentlichste Wirkung der Balutaentwertung zeigt sich in einer chronischen Zunahme der Ausgaben persönlicher Natur für Reich, Länder und Gemeinden. Trot Teuerungszulagen und nominell hoher Gehalte herrscht eine fortwährende Unrast und begreifliche Unszufriedenheit staatlicher und gemeindlicher Beamter und Arbeiter.
- 4. Unabhängig von aller Valutaentwicklung ist nach jedem Kriege ein großer Aufwand für Kriegsteilnehmer und deren Hinterbliebene undermeidlich. Seit der Revolution traten zeitweilig auch hiezu Aufwendungen für Erwerbslose, für Klein- und Sozialrentner und Zuschüsse zur Verbilligung der Lebensmittel. All dieser Auswand muß notwendig bei wachsender Tenerung gesteigert werden. Trot der Beslastung der Finanzen wird das, was geleistet wird, immer unzulängslicher.
- 5. Besondere Posten des Reichshaushaltes, die durch jede Steigerung der Devisenpreise erhöht werden, sind: die Auswendungen für Gesandtschaften und Konsulate, die Unterhaltung von deutschen Gräbern im Ausland, die Kosten der Geschäftsstellen für deutsche Güter, Rechte und Interessen in Frankreich, England, Rußland, die Auslagen der deutschen Auslandsvertretungen für Rechtshilse, die Hilfsleistung bei der Ausbaudertretung in Paris, die Vertretung in Paris, die Vertretung bei den gegnerischen Ausgleichsämtern 1).

¹⁾ Wie verheerend im Reichshaushalt die Devisenverteuerung wirken muß, mögen die nachfolgenden Stichproben aus dem ursprünglichen, später durch Rachtragsetats noch vielsach modisizierten Boranschlag des Reichs für die Zeit vom 1. April 1922 bis 31. März 1923 zeigen. Der Entwurf des Reichshaushaltplans für 1922

413 977 850

Bei den 7091/2 Millionen Mt. fortdauernden Ausgaben des ursprünglichen Haushaltplanes, die dom Devisenstand abhängig sind, wurden zunächst die Leistungen in Ausführung des Friedensvertrages, bei denen es sich um diel gewaltigere Summen handelt, noch nicht berücksichtigt.

wurde am 23. Januar 1922 (Druckjache 3405) dem Reichstag überreicht. Im Januar 1922 war nach dem Statist. Jahrb. f. d. Deutsche Reich 1921/22, S. 277, der Berliner Durchschnittsturs für telegraphische Auszahlung Newhort 191,81 Mt. für 1 \$, somit der Wert einer Goldmark 45,69 Papiermark gegen 4500 Mt. Dollarkurs Ende Oktober und 8000—9000 Mt. an einigen Novembertagen 1922. Die Regierung hielt es damals noch für genügend, das Zehnsache des Markbetrags für Auslandszahlungen als Zuschlag für Kursausgleich zu den Papiermarksummen in der Ausgabeschäung hinzuzusügen, während später Zuschläge des Hundert- bis Mehretausenbsachen für Kursausgleich ersorderlich geworden sein dürsten. Zum Haushaltsplan sit 1922 sind bis Ende Dezember 1922 acht Rachträge ergangen, die hier noch nicht berücksichtigt sind.

Beispiele aus den fortbauernden Ausgaben bes ordentlichen Haushalts bes Auswärtigen Amt's für 1922 nach dem Entwurf: IV, Kap. 1, Titel 7: Reisekosten, auch für Inspizierung der Auslandsvertretungen durch höhere Beamte des Auswärtigen Amts

dazu als Aursausgleich " 376 343 500 lV, 2, 2—3: Andere personliche Ausgaben

für Austandsbeamte Mt. 5 255 000 bazu als Kursausgleich " 52 550 000 " 57 805 000

1V, 2, 5—10: Sachliche und vermischte Ausgaben bei Auslandsbehörden (einschließlich von Zuschlägen in zehnfacher Sobe für

Natürlich find nicht alle diese Ausgaben in Ländern mit Golbvaluta zu leisten, sondern die Mehrkosten je nach dem Stand der verschiedenen Auslandsvaluten versichieden hoch gewesen.

Andere bom Devisenpreis beeinflußte Ausgabepoften find im Reichshaushalt 1922 beispielsweife:

12 W. Loh.

Die Bapiermark ist ein Wertmesser von stark schwankendem Werte geworden. Bor allem aber macht sich auf die Dauer bei allen Schwankungen eine Tendenz der Entwertung geltend. Bribate Unternehmungen, deren Rapital mit Goldmark beschafft ist, erreichen nominell große Gewinne, indem sie die Breise in Bapiermark für ihre Leistungen und Erzeugnisse fortgesett steigern und scheinbar Überichuffe in Bapiermart erzielen; beren Sohe reduziert fich jedoch sofort beträchtlich, wenn man sie in Goldmark umrechnet und mit dem in Goldmark angelegten Rapital vergleicht. An fich wären die Reichseisenbahnen und die Reichspost in ähnlicher Lage wie solche Bribatunternehmungen. Die Reichsbahnen brauchen das in Goldmark investierte beträchtliche Rapital nur mit Papiermark zu verzinsen. Es soll hier nicht darauf eingegangen werden, wieweit die Rente der Reichsbahnen sehr ungünstig durch die Bedingungen beeinflußt wird, unter denen das Reich sein Bahnnet von den Ländern mit eigener Eisenbahnverwaltung erworben hat. Jedenfalls steht fest, daß die Eisenbahnen der preußisch-hessischen Gemeinschaft und auch einiger anderer Landesnepe bor dem Kriege Überschußberwaltungen mit recht niedrigen Tarifen darstellten, die — nach Bestreitung der Kosten des Dienstes der Eisenbahnschuld — beträchtliche Summen für den allgemeinen Staatshaushalt abliefern konnten, mahrend neuerdings Fehlbetrage der öffentlichen Berkehrsanstalten und zu ihrer Bekämpfung fortwährende Tariferhöhungen das Regelmäßige in Deutschland sind. Bestände nicht Roteninflation und die dadurch hervorgerufene allgemeine

Übertrag :	Mt.	681 440 235
R.A. b. Junern: O. H. Fortb. Ausg. V, 3, 26b: Unter- haltung von beutschen Kriegergräbern im Auslande D. H. Fortb. Ausg. Wiederaufbau-Ministerium:	=	1 145 000
XVI, 4, 16: Rosten ber Geschäftsstelle für beutsche Guter, Rechte und Interessen in Frankreich, England und Rugland XVI, 4, 17: Auslagen ber beutschen Auslandsvertretungen für	u	1 000 000
Rechtshilfe u. bgl. bei der Schadensvorprüfung im Ausland XVI, 8, 3: Gilfsleiftungen bei der Aufbauvertretung in Paris .	"	1 000 000 10 092 000
XVI, 8, 13: Für die Bertretung in Baris zur Ausführung von Aufbauarbeiten in den zerftörten Gebieten	rt.	3 018 200
XVI, 10, 5: Für die Bertretung bei ben gegnerischen Ausgleichsaumtern und bei ben Staatsvertretern bei ben gemischten Schiedsgerichtshöfen	'n	11 859 460
Gefanthumme ohne Ginrechnung ber Leiftungen in unmittelbarer Ausführung bes Friedensvertrags	Mt.	709 554 895

Teuerung, so wäre bei Gleichbleiben des Geldauswandes für das Bersonal nach einer Übergangsperiode, in der große Ersakausgaben für die Ariegsabnutung des Materials zu leisten sind, vielleicht auch bei den Reichseisenbahnen von selbst eine Beriode der Überschüsse wieder zu erwarten gewesen. Die Wirkungen der Inflation steigern jedoch bei der Reichsbahn wie bei der Post die Materialausgaben und Bersonal= ausgaben selbstberständlich, wenn die Teuerung voranschreitet. Die seit der Revolution eingetretene Berkurzung der Arbeitszeit bei den Reichsverkehrsunternehmungen scheint nicht von solchen Reformen in der Organisation des Dienstes und der Arbeitsweise des Bersonals begleitet zu sein, daß durchweg etwa in kurzerer Zeit von denselben Personen mehr geleistet wurde. So war der Ausweg eine anfangs mit Bogern unternommene, dann immer lebhafter entwickelte Rachahmung der Praxis der Privatunternehmungen, die sich für die Mehrkosten bei der Inflation durch Preiserhöhungen beim Erlos für ihre Leiftungen gu entschädigen suchen. Neuerdings folgen sich fortwährende Erhöhungen der Eisenbahntarife und Erhöhungen der Breise für Leistungen der Post, Telegraphie und Telephonie. Da ferner angesichts der Notlage des Reichshaushaltes die Besteuerung fortwährend verschärft werden muß und insbesondere durch Rohlensteuer und allgemeine Umsatsteuer die deutschen Broduktionskosten rücksichtslos erhöht werden, so vereinigt sich mit den preissteigernden Wirkungen der Inflation ein weiteres Ringen um Preiserhöhung, um die Wirkungen berteuerter Berkehrsmittel und erhöhter Besteuerung der Produktion und des Sandels auf die Abnehmer deutscher Waren überzuwälzen. Die Inflation hat zur Berteuerung der Berkehrsleistungen und zu bedenklichen Steuern gezwungen; die durch Inflation, berteuerte Berkehrsmittel und schwere Steuerlaften fortwährend gesteigerte Teuerung des Lebensunterhaltes beranlagt wieder Beamte und Arbeiter des Staates zu Mehrforderungen und verursacht Mehrkoften der Materialbeschaffung für die Staatsberwaltung. Im Jahre 1922 machte sich außerdem infolge der Reparationslieferungen solche Rohlenknappheit in Deutschland fühlbar, daß die Reichsbahnen bei ungunftigstem Debisenstand Massen ausländischer Rohle für ihren Bedarf beziehen mußten. In diesen Berlegenheiten hilft man sich durch Nachtragsetats und deckt einstweilen die nötigen Milliarden an Mehrkosten durch Begebung von diskontier= baren Schatsscheinen bei der Reichsbank. Damit steigert sich wiederum der Notenumlauf und verschärfen sich wieder die preissteigernden Wir14 W. Lot.

kungen der Inflation, so daß in einem sehlerhaften Zirkel Währungspolitik, Finanzpolitik und Berkehrspolitik fortwährend auf Berschlechterung der Finanzlage und Verschlechterung des Markwertes, sowie Steigerung der allgemeinen Teuerung weiterwirken.

Derjenige Boften im Reichshaushalt, der am unmittelbarften bei jeder weiteren Markentwertung baw. Devisenpreissteigerung empfindlich reagiert, find die Aufwendungen für Ausgleichszahlungen und Reparationen. Burde es der deutschen Finang- und Bahrungspolitik gelungen fein, im Winter 1918 die Papiermark zum vollen Nennwert in Gold einzulösen und eine Stabilisterung der Währung vor Abschluß des Berfailler Friedens herbeizuführen, so wären bereits die Lasten, welche und in Milliarden Goldmark auferlegt worden find, das Bartefte, was bisher einem Bolke an Tributen auferlegt worden ift. Die geschilderten Boraussehungen treffen jedoch nicht zu, und schon wenn 500 bis 1000, geschweige benn 10000 Papiermark aufgebracht werden muffen, um eine Goldmart zu erwerben, fo genügt auch eine phantastische Steigerung der in Papiermark bom deutschen Steuerzahler aufzubringenden Laften nicht, um die Summen zu ichaffen, welche für Erfüllung der Lasten in Goldmark nötig werden, so lange die Laviermark nur Bruchteile eines Pfennigs in Goldmark wert ift. Durch Hilflofigkeit in feiner Bährungspolitik, deren Schwierigkeiten durchaus nicht berkannt werden follen, ift Deutschland in die Lage eines Schuldners gelangt, der stets ein Bielfaches der ihm auferleaten Schuldzahlungen aufbringen muß. Tritt dies rechnerisch bei Erfüllung der Goldmarkverpflichtungen durch Devisenankauf klar in Erscheinung, jo steht sich bei Sachleiftungen der Reichshaushalt kanm beffer. Re mehr die Teuerung in Deutschland voranschreitet, um so mehr Papiermark sind aufzubringen, um in Deutschland die Kohlen usw. zu zahlen, für deren Lieferung uns Gutschrift in Goldmark zu erteilen ist 1).

¹⁾ Die Gesamtleiftungen, welche im Rechnungsjahr 1922 für Ausführung des Friedensvertrags zu erfüllen gewesen wären, machten nach der Regierungsschätzung aus:

Musgaben filr bie Mus: filhrung bes Friedens: vertrags	Entwurf, dem Reichs tag vorgelegt am 23. I. 1922	Etatgefet vom 9. VI. 1922 (Agbl. II., 587)	7. Nachtragsgefek vom 19. XII. 1922 (Rgbl. II, 587, 795)
orbentl. Saushalt	147 687 168 000	163 159 290 000	463 632 980 000
auferorbentl. Saushalt	39 844 528 076	63 310 449 410	151 770 781 410
insgesamt	187 531 696 076	226 469 739 410	615 403 761 410

Beim Entwurf war angenommen worden, daß 16,5 Milliarden Mark aus Aberschiffen des ordentlichen Haushalts beigestenert würden. Diese 16,5 Milliarden

III. Verhängnisvolle Wirkungen der Papierwirtschaft auf den öffentlichen Kredit in Deutschland.

Bisher wurden einzelne Posten betrachtet, in denen sich durch Unsicherheit in der Ralkulation und Steigerung der Ausgaben die Papierwirtschaft für die Finanzen bon bedenklicher Wirkung erwies. Runmehr gilt es, das Zentralproblem zu betrachten. Banknoteninflation bedeutet nicht nur eine Besteuerung des Bolkes bon gang ungleichmäßiger Wirkung für die einzelnen Rlassen - wie besonders Rennes 1) nachgewiesen hat —, sondern bor allem Untergrabung des ergiebigsten modernen Silfsmittels geschickter und erfolgreicher Finangpolitik: des öffentlichen Rredits. Der öffentliche Rredit ift nur ergiebig, wenn er bei den Sparern aus borhandenem Rapital schöpft und wenn die Darleben bon den Sparern freiwillig gewährt werden. Als eine Binsenwahrheit ist stets angesehen worden, daß eine Finangpolitik, welche bom Sparen abschreckt, die Ergiebigkeit der Besteuerung und des Aredits berringert. Es wäre eine Übertreibung, zu behaubten, daß die Wirkungen deutscher Finanzpolitik bereits heute böllig bom Sparen abschrecken mußten. Aber fie drängen dazu, Erfparniffe in landwirtschaftlichen und gewerblichen Unternehmungen, sowie in Borräten an Sandelsgütern und Benuß- und Gebrauchsbermögen anzulegen, und fie ichrecken von sicheren festverzinslichen Bermögens= lagen ab. Rein Schickfal ist beklagenswerter, als das der Gläubiger inländischer deutscher Staatsanleihen, Gemeindeanleihen und Spootheken, turz der Werte, die man noch immer als mundelsicher bezeichnet und in benen Anlegung aller jener Bermögen erzwungen wird, auf beren Berwaltung der Staat Einfluß hat. Ber nicht in der bedauernswerten Lage der Mündel usw. sich befindet, bermeidet nach bitteren Erfahrungen die Vermögenslage in festberzinslichen deutschen öffentlichen Babieren, die eine Rente bon fortwährend sinkender Raufkraft erbringen. Biele wählen in der Tat aus begreiflichen Gründen Anlage ihrer Ersparnisse in Grundbesit, Sausbesit, Bergwerken und in-

find im fiebenten Nachtragsetat verschwunden. Die ganze Tragit der Schahscheinsvermehrung und zunehmenden Inklation tritt hier entgegen. In Kap. 6 Tit. 7 der Anlage XX zum fiebenten Nachtrag des ordentlichen Hauschalts 1922 wurden für Überteuerung 8,8 Milliarden, zum Ausgleich von Kursschwankungen 98,2, also insegiamt 107 Milliarden Mark nachgefordert.

¹⁾ Bgl. "Manchester Guardian Commercial" Reconstruction in Europe. · Sect. V.

16 W. Lot.

dustriellen Unternehmungen, vor allem in Aktien. Andere werden, wie in der Assignatenzeit des Directoire die Franzosen, vom Sparen überhaupt abgeschreckt und verzehren ihr Kapital. Bielsach ist der Berbrauch von Kapital ohnedies durch die Teuerung aufgezwungen worden.

Die Beschaffung öffentlichen Kredits sett aber nicht nur Rapital= akkumulation bei den Kreditgebern voraus, sondern sie beruht noch weit mehr darauf, daß Vertrauen und Bereitwilligkeit herrscht, dem Staat und der Gemeinde auf längere Fristen Ersparnisse anzubertrauen. Ergiebig ist nur freiwillig gewährter Aredit. Das größte Berhängnis der Papierwirtschaft ist, daß hierdurch die Ergiebigkeit freiwillig gewährten Kredits für den öffentlichen Haushalt verschlechtert, ja fast vernichtet wird. Die außerordentlichen Deckungsmittel für den öffentlichen Haushalt, welche seit der Revolution begegnen, sind: Besteuerung der Bermögenssubstanz — die Warnungen, welche bei dem Bersuche des Reichsnotopfers ausgesprochen wurden, haben sich leider als begründet erwiesen —, Zwangsanleihe und vor allem fortgesette Bermehrung der diskontierten Schahscheine, gefolgt von gesteigerter Noteninflation; schließlich Inanspruchnahme von Beleihungen schwer begebbarer Schuldverschreibungen der Länder und Gemeinden bei ben Reichsdarlebenskaffen, eine Politik, die wiederum im Sinne der Inflation wirkt. Bersuche, freiwillig gewährten Rredit auszunuten, haben seit der Revolution nicht völlig gefehlt, jedoch sich bisher wenig ergiebig erwiesen. So brachte z. B. die Sparprämienanleihe im November 1919 nur 3627 496 600 ME. 1). Wenn man hinwies auf französische und englische Erfolge in Begebung kurzfristiger verzinslicher Schuldverschreibungen beim Sparpublikum, fo fanden folche Sinweise zur geeigneten Zeit, d. h. bis einschließlich Frühjahr 1922, bei ben maßgebenden deutschen Stellen keine Sympathie. Eine langjährige Tradition in kunstreicher Pflege des heimischen öffentlichen Kredits war in Berlin nicht, wie an anderen Märkten, vorhanden. Im Sommer 1922, bereits erheblich später als im geeigneten Zeitpunkt, wurde von der deutschen Regierung, allerdings ohne Erfolg, die Unterbringung

¹⁾ Rach der Anleihebenkschrift vom 23. Februar 1921 (Reichst. Drucks. 1522 I. Wahlp. 1921 S. 2) waren bis Ende September 1920 von der Sparprämiensanleihe 1813 748 300 Mt. in Kriegsanleihe und 1781 100 830,60 Mt. (nach Abzug der Bonisitation der Reichsbank) in bar gezahlt und abgerechnet. Weitere Absrechnung stand noch aus. Gesamtbetrag Ende März 1921: 3628 952 000 Mt.

verzinslicher langfristiger Schahanweisungen beim Sparpublikum zur Abbeckung unverzinslicher schwebender Schulden erwogen; jedoch war die Marktlage damals ungünstig. Im Winter 1922/23, d. h. wiederum sehr viel später als im günstigsten Zeitpunkt, wurde der Gedanke einer nicht mit Inflation verbundenen Kreditbeschaffung durch das Projekt der verzinslichen Goldschahanweisungen des Reiches wieder angeregt.

Vor allem ernsthaft stimmt die wieder jett in Deutschland bestätigte alte Erfahrung, daß durch Inflation, Zwangsanleihepolitit, rücksichtslose Steuerpolitik und alle möglichen Gewaltsamkeiten der Staatseingriffe, die in einem in die Weltwirtschaft verflochtenen, hochkapitalistischen, komplizierten volkswirtschaftlichen Organismus weit verhängnisvoller wie in einem primitiven wirken, die Fühlung zwischen Sparpublikum und dem Rreditbedarf des Reiches, der Länder und Bemeinden außerordentlich ungünstig beeinflußt worden ist. Hierzu tritt die häufig übersehene Tatsache, daß in Wirklichkeit die Kreditbeschaffung durch Inflation die kostspieligste Deckung des öffentlichen Bedarfes bedeutet. Scheinbar hat das Reich bei Begebung unverzinslicher Schatzscheine nur den jeweiligen Sat des Privatdiskonts zu zahlen; scheinbar bekommen die Länder und Gemeinden bei den Reichsdarlehens= taffen nicht allzu teuer Lombardkredit. Immerhin sind schon die Diskontfage und Lombardfage teurer als die Zinsen, die das Reich für jolche langfristige Schulden zu entrichten hatte, deren Berminderung seit 1919 begegnet.. Scheinbar werden jedoch die Finanzopfer dadurch verringert, daß der Überschuß der Reichsdarlehenskassen dem Reichshaushalt voll zugute kommt, der Überschuß der Reichsbank aus Binsgewinn durch Diskontierung von Reichsschatscheinen jährlich zum großen Teil zugunsten des Reiches durch besondere Gesetze jeweils in Unspruch genommen wird. Und doch trügt alle solche Argumentation. Much wenn man 10% für Rapitalien, die ohne Inflation beschafft werden, aufzuwenden hätte, kamen die Reichsfinanzen mit folder Kreditaufnahme weit billiger weg als mit Inflationskredit. Sind doch mit letterem die fortwährenden Steigerungen der Ausgaben für Berjonal und Material und für Auslandszahlungen — wie oben gezeigt wurde - berbunden. Das Zentralproblem der Bukunft wird fein, ob es gelingt, durch freiwillig von inländischen oder ausländischen Sparern für längere Fristen gewährten Rredit die deutsche Reichsschuld, joweit sie in diskontierbaren Schatscheinen innerhalb und außerhalb der Reichsbank besteht, zu tilgen. Diese Konsolidierungsoperation Sariften 164.

18 W. Lop.

würde die notwendige Boraussehung einer wirklichen Stabilifierung der deutschen Baluta fein.

Für eine wissenschaftliche Betrachtung der Finanzlage ist das Ergebnis der bisberigen Darstellung, daß Schwierigkeiten infolge der Nachwirkungen des Krieges und der Revolution, sowie einer nicht immer glücklichen Finanzpolitik des Reiches bereits vorhanden gewesen wären, wenn nicht der Bersailler Frieden hiezu noch furchtbare Lasten hinzugefügt hätte. Sbenso muß aber bei unparteilicher Bürdigung bestont werden, daß jede Biedererholung Deutschlands, die seit 1919 zu erhoffen gewesen wäre, durch die Wirkungen des Bersailler Friedens hintangehalten worden ist. Mit diesen Wirkungen wollen wir uns nunsmehr beschäftigen.

IV. Wirkungen des Versailler Friedens.

Jeder Staat, der zur Leistung einer Kriegsentschädigung an einen oder mehrere andere Staaten gezwungen wird, bemerkt zwei Wirskungen, die scharf auseinandergehalten werden müssen: Durch die Aufewendungen für Entschädigungsleistungen werden die Lasten des Staatsehaushaltes im Innern vermehrt. Dies ist zunächst ein rein sinanzpolitisches Problem. Außerdem aber bedeutet die Übertragung von Milliarden aus einer Bolkswirtschaft in die andere, wenn sie — wie bei Tributzahlungen, Kriegsentschädigungen usw. — ohne Gegensleistungen erfolgt, eine Berschiedung des intervalutarischen Gleichsgewichts. Dies ist eine Balutafrage, ein Problem der Devisenpolitik, mit einer Wenge von Kückwirkungen auf die eigene Bolkswirtschaft und auf ausländische Bolkswirtschaften, sowie auch auf die Finanzen verbunden. Gerade beim heutigen Zustand Deutschlands bietet es besondere Schwierischeiten, diese Brobleme kritisch auseinanderzuhalten.

1. Die Fähigkeit Deutschlands, die Verpflichtungen aus dem Versailler Frieden zu erfüllen, darf nicht ohne weiteres nach Deutschlands Leistungsfähigkeit 1913/14 beurteilt werden. Die Steuerfähigkeit Deutschlands ift 1923. anders als 1913. Die Umstände, welche die Zahlungsbilanz und damit Deutschlands intervalutarische Position bestimmen, sind völlig anders vor und nach dem Krieg. Durch den Versluft an Kolonien hat zwar Deutschland an Einnahmen im Reichshausshalt nicht unmittelbar eingebüßt. Die Kolonien wurden nicht als sinanzielles Ausbeutungsobjett von Deutschland bewirtschaftet. Wäre bei der Vegnahme der deutschen Schutzebiete von den Mandataren des

Bölkerbundes die entsprechende deutsche Staatsschuld übernommen, das bisherige Staatseigentum Deutschlands angerechnet worden, und wäre endlich das deutsche Privateigentum in den Schutzgebieten unangetastet geblieben, so wäre eine unmittelbare Wirkung für die Reichsfinanzen und Deutschlands Leistungsfähigkeit mit dem Verlust der Schutzgebiete nicht verbunden. Es liegt aber anders.

Ohne weiteres verlor Deutschland Finanzeinnahmen zunächst durch Abtretung von Elsaß-Lothringen an Frankreich (Friedensvertrag, Art. 51 ff.), Nordschleswigs an Dänemark (Art. 109 ff.), des Hultschiner Ländschens an die Tschechoslowakei (Art. 83), der Gebiete Eupen, Malmedh, Neutral-Moresnet und Pr.-Moresnet an Belgien (Art. 27 und 32—34), Westpreußens, Posens und, nach der Abstimmung, eines Teils von Oberschlesien an Polen.

Auch die Steuereinnahme, die das nunmehr selbständig gewordene Danzig, sowie das Memelgebiet lieferte, geht seit dem Bersailler Frieden dem Deutschen Reich verloren. Außerdem verlor Deutschland nicht nur die Kohlengruben des Saargebietes, die bei eventuellem Rückfall des Saargebietes an Frankreich von Deutschland dem französtlichen Staat teuer wieder abgekauft werden müssen, sondern auch bis auf weiteres die sehr bedeutenden Steuereinnahmen aus dem Saargebiet (Art. 50, 45, Anl. Kap. II, § 26, 22, 31, 36).

Man schätzt, daß in Europa Deutschland gegenüber der Zeit vor dem Kriege mehr als 10% an Gebiet und Bevölkerung verloren hat 1). Tatsächlich sind aber die Einbußen an finanzieller Leistungsfähigkeit durch die europäischen Gebietsverluste viel größer, als der Quote von 10% entspricht. Zunächst hatte Deutschland nicht mehr den Reichtum von 1913, als der Krieg endete. Ferner war die Keichssichuld die Ende 1918 um mehr als 151 Milliarden Mt. gewachsen gegenüber der Friedenszeit²). Im Friedensvertrag ist keineswegs

¹⁾ Nach Statift. Jahrb. f. d. Deutsche Reich 1921/22, S. 15, hat Deutschland einschließlich ber an Bolen gefallenen Teile Oberschleftens bis Ende 1921 an Fläche 13,04%, an männlicher Bevölkerung gegenüber 1910 10,03%, an weiblicher Bevölkerung 9,91% verloren.

²⁾ Nach Statist. Jahrb. f. d. Deutsche Reich 1921/22, S. 367, betrug die Gessautschuld bes Reiches am 31. März 1914 5 157 897 600 Mt.,

am 31. März 1919 156 452 411 300 Mf.,

am 31. März 1922 337 962 817 800 Mf.

Gegenwärtig ist durch Bermehrung ber schwebenben Schuld die gesamte Reichsschuld weit höher. Als Aktivum steht ihr der Wert der vom Reich erworbenen 2*

20 **W**. Loh.

vorgesehen, daß die gesamte öffentliche Schuld, welche auf den dem Reich entrissenen Gebieten lastet, von den neuen Erwerbern dieser Gebiete stets übernommen wird. Zwar ist das Prinziv der anteiligen Übernahme der öffentlichen Schuld durch die Erwerber bisher deutschen Gebiets — ein unbestreitbar richtiges Prinzip — im Art. 254 des Bersailler Friedens für Reichsschulden und Landesschulden anerkannt: aber die Deutschland entlastenden Konsequenzen sind nicht gezogen. Für die Ubernahme kommt nur die Reichsschuld nach ihrem Stande vom August 1914, also bei Kriegsausbruch, in Betracht. Un den durch die Bermehrung der Reichsschuld seit 1914 geschaffenen Mehrlasten beteiligen sich die Erwerberländer nicht; die Verzinsung und Tilgung der Priegeschuld hat die berminderte deutsche Bevölkerung allein aufaubringen. Außerdem ift im Art. 255 vorgesehen, daß Frankreich keinen Unteil der auf Elfaß-Lothringen entfallenden Reichsschuld beim Erwerb dieser Gebiete übernimmt, und daß Bolen die preußischen Schulden aus der Ansiedlungspolitik nicht übernimmt. Ebenso versagt Art. 257 die Übernahme der deutschen Schutgebietsschulden durch die Mandatarmächte. Das durch den Frieden beträchtlich reduzierte Deutschland hat also auch Schulden, die auf verlorene Gebiete entfallen, zu verginsen und zu tilgen.

Soweit überhaupt eine Schuldentlastung Deutschlands bei Gebietsverlusten anerkannt wird, hat im Streitfall nicht etwa ein unabhängiger neutraler Gerichtshof, sondern die Reparationskommission die Anteile festzusehen. Kämen Leistungen an Deutschland statt einsacher übernahme von öffentlichen Schulden in Betracht, so sind diese nach Art. 254, Schlußabsah, nicht an Deutschland herauszuzahlen, sondern auf Wiedergutmachungsschuld zu verrechnen.

Nicht die gleiche Zurückhaltung, wie hinsichtlich der Passiva, wird hinsichtlich des Überganges der Aktiva nunmehr annektierter Gebiete des bisherigen Deutschlands geübt. Prinzip ist nach Art. 256, daß Mächte, die deutsches Gebiet erwerben, von selbst alles dort belegene Eigentum des Reiches, der Länder und der Krone erlangen. Im allegemeinen ist jedoch der so erworbene Wert auf die deutsche Wiedergutmachungsschuld zu verrechnen. Nicht jedoch im Fall Elsaß-Loth-

Bahnen, auch anderer Reichsbefitz gegenüber. Für Erwerb der Reichsbahnen wurde durch Reichsgesetz vom 4. Juni 1920 (RGBl. S. 1139) ein Kredit bis zu 18 100 Millisonen Mark bewilligt.

ringens, wo beisvielsweise die Reichsbahnen, die vom Deutschen Reich aus der französischen Kriegsentschädigung kausweise erworben und seitdem durch große Aufwendungen des Reiches wertvoller gemacht wurden, ebenso wie alles sonstige dort belegene öffentliche und kaiserliche Eigentum an Frankreich fallen, ohne daß die entsprechende Schuld von Frankreich übernommen wird, und ohne daß Frankreich verpflichtet ist, den Bert auf die Biedergutmachung zu berrechnen. Diese Bestimmung bedeutet nicht nur eine Benachteiligung Deutschlands, fondern auch eine beträchtliche Bereicherung Frankreichs auf Roften der übrigen Allkierten. Damit nun aber auch andere Alliierte sich nicht beklagen fonnten, wurde auf dieser Bahn weitergeschritten, indem, entgegen dem anerkannten Prinzip des Art. 256, alles Staats- und Kroneigentum in den Rolonien den Mandatarmächten, die die deutschen Schutgebiete erwerben, nach Art. 257, zufällt, ohne daß Deutschland deswegen eine Bahlung ober Gutschrift erteilt würde. Dementsprechend hat auch Belgien durchgesett, daß — gemäß Art. 256, Schlußabsat — für das mit Gebietserwerb von Belgien innerhalb Europas erworbene deutsche Staatseigentum Deutschland keine Gutschrift gewährt wird.

Bu der eben betrachteten finanziellen Wirkung der Verluste Deutschlands an Gebiet und Menschen gesellt sich infolge des Versailler Friedens noch eine weitere Wirkung auf die Zahlungsbilanz. Die Schwierigkeit, Devisen für die im Friedensvertrag auferlegten Leistungen aufzubringen, vergrößert sich dadurch, daß Deutschland im Osten agrarische Überschußgebiete verloren hat, nach deren Abtretung sich der Bedarf für Einfuhrdevisen verstärken mußte. In ähnlicher Weise bedeutet der Verlust Lothringens eine Belastung der Jahlungssbilanz durch Devisenbedarf für Bezüge an Cisenerz.

2. In all den bisherigen Fällen konnte eine Minderung der deutschen Finanzkraft, und zwar ohne entsprechende Entlastung von Berpflichtungen, als Kriegsfolge sestgestellt werden. Die Bedingungen sind hart, enthalten aber noch nicht Beeinträchtigungen des Privateigentums deutscher Staatsbürger. Die Besonderheit des Bersailler Friedens, wie der vorausgehenden Kriegspolitik, ist jedoch, daß, wo immer Zugrifse auf deutsches Privateigentum möglich waren, raffinierte Maßnahmen hiersür angewendet wurden. Durch die im folgenden zu betrachtenden Zugrifse auf deutsches Privateigentum im Ausland hat sich Deutschlands Zahlungsbilanz wesentlich verschlechtert und das deutsche steuerfähige Vermögen selbstverständlich sehr stark vers

22 W. Loty.

mindert; hieraus ergeben sich für das Reich gegenüber seinen Bürgern Entschädigungsverpflichtungen, deren Aufbringung die Finanzlage des Reiches bereits ernstlich verschlechtern würde, auch wenn gar keine Reparationslasten beständen. In den Haager Abmachungen von 1899 und 1907 war allerdings die Unverletzlichkeit des Privateigentums zu Lande, soweit es sich um Verhalten der Truppen im besetzen seindlichen Gebiet handelte, anerkannt worden. Diese Vestimmung, die die Teilnehmer des Weltkrieges verpflichtete, wurde jedoch verschieden ausgelegt. In den angelsächsischen Ländern herrschte die Meinung, daß damit nicht etwa ein Hindernis gegeben sei, im eigenen Lande Zugriffe auf das Privateigentum seindlicher Staatsangehöriger vorzunehmen. Außerdem war ja durch den Widerstand Englands überhaupt verhinz dert worden, daß dem Privateigentum zur See auch nur derselbe Schutz wie dem Privateigentum im Landkriege gewährt wurde.

Während des Weltkrieges verbreitete sich, — von England ausgehend —, die Pragis, nicht nur den Sandel mit dem Feind und die Bahlung an den Feind zu verbieten, sondern auch unbewegliches und bewegliches Eigentum der Privatpersonen aus feindlichen Ländern zu sequestrieren und zu "liquidieren". Nachdem der Frieden gekommen war, hätte man prinziviell eine zufriedenstellende Lösung finden können, indem man entweder all diese Kriegsmagnahmen rudgängig machte oder indem sich alle Varteien mit dem Geschehenen als etwas Unabänderlichem abgefunden hätten. Man ist anders vorgegangen. Während Deutschland nach Art. 297a des Berfailler Friedens die Angehörigen der ihm feindlich gewesenen Staaten — wenn die Liquidation noch nicht vollendet war - wieder in den früheren Stand einseten mußte, behielten sich im Art. 2976 die alliierten und assoziierten Mächte, soweit nicht im Vertrag anderweitig anderes bestimmt ist, "das Recht bor, alle den deutschen Reichsangehörigen oder den von ihnen abhängigen Gefellschaften bei Inkrafttreten des ... Bertrages gehörenden Güter, Rechte und Interessen innerhalb ihrer Gebiete, ... einschließlich der Gebiete, die ihnen durch den gegenwärtigen Bertrag abgetreten werden. zurückzubehalten und zu liquidieren". Dies bedeutet, daß auch nach Friedensschluß noch weiter Privateigentum Deutscher weggenommen werden konnte und dem Reiche Entschädigungspflichten gegenüber seinen Bürgern berursacht werden konnten, sofern ein Siegerstaat nicht aus Anstand oder Klugheit auf Rechte hierauf verzichtet. Deutschland hat ferner nach Art. 297e, f den Bürgern der Siegerstaaten, soweit möglich, die von Sequestrations= oder Liquidationsmaßnahmen ersaßten Güter zurückzuerstatten, andernfalls Entschädigung zu gewähren 1).

Nach § 1 der Anlage zu Artikel 208 bleiben die außerordentlichen Kriegsmaßnahmen der alliierten und assoziierten Mächte gegen Deutschland gültig, während Deutschlands Maßnahmen in den besetzten Gebieten oder überhaupt nach dem Waffenstillstand als ungültig beshandelt werden. Nach § 4 der Anl. zu Art. 298 können die Güter, Rechte und Interessen der deutschen Reichsangehörigen auf dem Gebiete einer alliierten oder assoziierten Macht, sowie der Reinerlös aus ihrem Berkauf usw. durch diese Macht mit Bezahlung gewisser Ansprüche belastet werden, wobei nicht nur Handlungen Deutschlands, sondern auch seiner Berbündeten Deutschland zur Last fallen. Aussnahmsweise ist übrigens hier ein unparteiischer Schiedsrichter vorsgesehen.

Bu den Eingriffen in den ausländischen Brivathesitz der Deutschen gesellen sich Schädigungen deutscher Rechte auf Fabrit- und Sandelsmarten, sowie auf ausschließliche Herstellungsversahren (§ 5 der Unlage zu Art. 298, vgl. auch Art. 306 ff.) und endlich für die Zukunft die dehnbaren Bestimmungen des § 18 der Anlage II zu Teil VIII, welche alle möglichen Eingriffe der Siegerstaaten in deutsche wirtschaftliche Rechte zulassen, "falls Deutschland borfählich seinen Verpflichtungen nicht nachkommt". Da es an einer unabhängigen und unparteiischen Instanz für die Feststellung fehlt, ob Deutschland aus Unbermögen oder aus Borfat die Erfüllung einer Berpflichtung unterläßt, fo ift an sich eine Möglichkeit, den Rrieg als Birtschaftskrieg nach Friedensichluß fortzuseben, hiermit gegeben. Einige Länder haben erklärt, daß jie nicht von diesem § 18 Gebrauch zu machen beabsichtigen; andere haben es vermieden, sich derart festzulegen. Die Ergebnisse der im Friedensbertrag sanktionierten oder neugeschaffenen Eingriffe in deutsches Privateigentum werden verwebt in das Ausgleichsverfahren,

¹⁾ Rach § 10 der Anlage zu Artikel 298 mußte Deutschland binnen 6 Monaten nach Friedensschluß Wertpapiere und sonstige Rechtstitel gegenüber den Siegerkaaten aus deutschem Besit an die Siegerstaaten abführen. Rach der deutschen Dentschrift "Die Durchführung des Versailler Vertrags vom 10. Januar 1920 bis zum 10. Januar 1922", S. 60, hat der Treuhänder für das feindliche Vermögen bis zum 30. November 1921 rund 2 Milliarden Mt. von den seinerzeit seiner Verwaltung unterstellt gewesenen Werten freigegeben oder ausgezahlt. Bgl. außerdem die vorausgehende Dentschrift über die Erfüllung bis zum 1. April 1921, S. 51 unter I, 4.

24 W. Loy.

welches zwischen den Ariegführenden nach Friedensschluß arbeitet. Abrigens gilt hier auch die Besonderheit, daß zwar im Prinzip binnen einer Woche jeweils nach der Monatsabrechnung die Saldi aus den privaten Forderungen und Schulden vom Schuldnerstaat bar beglichen, Deutschland zukommende Zahlungen aber zugunsten der Entschädigungsrechnung einbehalten werden [§ 11 d. Anl. zu Art. 296 1)].

Das Ergebnis der bisher betrachteten Gingriffe in das Privateigentum, die Kennes in seinem mutigen ersten Buch 2) als ohne Borbild in der Geschichte mit Recht bezeichnet, ist nicht nur eine Bernichtung der wirtschaftlichen Stellung der Auslandsdeutschen und der erworbenen Rechte der deutschen Kavitalisten im Augland, infolgebeffen eine Berichlechterung der deutschen Bahlungsbilang ichon bor Inangriffnahme aller Reparationsleistungen, sondern finanziell eine enorme Belaftung des Reichshaushaltes durch Entschädigungsleiftungen an die Opfer diefer Eingriffe. Im Reichshaushalt für 1921 waren für Durchführung der Borichriften der Artikel 297 und 298 des Friedensvertrages gegenüber bisher feindlichen Staatsangehörigen, sowie zur Zahlung der Ausgaben bei Aückgängigmachung von Liquidationen feindlichen Eigentums in Deutschland, sowie zur Erstattung der Rosten im 3mangsbermaltungs-, Liquidations- und Staatsauffichtsberfahren 1250 Millionen borgesehen. An Rosten des Ausgleichsverfahrens (Art. 296 des F.-B.) erscheinen im Boranschlag für 1921 samt Nachtrag 12, im ursprünglichen Voranschlag für 1922 18 Milliarden Mt. (monatlich seit dem Abkommen vom 10. Juni 1921 2 Millionen £ und außerdem die Anforderungen für den inneren Ausgleich). Für Zahlungen und Bewilligungen an Berdrängte, Rolonialdeutsche, Auslandsdeutsche waren im Saushaltvlan 1921 1048, für 1922 ursprünglich 3148 Millionen Babiermark vorgesehen. Nach der Denkschrift über die Zahlungen im Ausgleichsverfahren3) (vom 4. Dezember 1922, Anl. 1) waren bis

¹⁾ Nach der deutschen Regierungsdenkschrift: "Die Durchführung des Bersailler Bertrages vom 10. Januar 1920 bis zum 10. Januar 1922", S. 59, hatte Deutschland bis 15. Januar 1922 für Zahlungen an die feindelichen Ausgleichsämter rund 15 Milliarden Mk. insgesamt aufzuwenden. Bgl. auch Reichstagsbrucksache 1920/22, Nr. 5304: Denkschrift vom 4. Dezzember 1922 über die Zahlungen im Ausgleichsversahren.

²⁾ J. M. Kehnes, Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages. München und Leipzig, S. 55.

³⁾ Egl. Reichsdruckfache 1920/22, Nr. 5304, S. 6.

dahin insgesamt 42896,5 Millionen Papiermark zur Beschaffung der Zahlungsmittel im Ausgleichsverfahren tatsächlich aufgewendet worden.

Eine weitere schwere Beeinträchtigung der deutschen Leistungs= fähigkeit ist durch die Artikel 259, 260, 261 des Friedensvertrages bewirkt. Danach verliert Deutschland alle aus dem Friedensvertrag mit Aufland und Aumänien erlangten greifbaren Aftiba, ferner die bon Deutschlands Berbündeten, Biterreich-Ungarn und der Türkei, dem Deutschen Reiche übertragenen Pfänder und die den Verbündeten Deutschlands gegenüber erworbene Forderungen. Die privaten Rechte deutscher Reichsangehöriger oder Beteiligungen an allen öffentlichen Unternehmungen oder Konzessionen in den mit Deutschland verbündeten Staaten Ofterreich, Ungarn, Türkei, Bulgarien, aber auch in Rußland und China und in den von Deutschland verlorenen europäischen Bebieten und auswärtigen Schutgebieten können bom Wiedergutmachungsausschuß zugunsten der Reparationsschuld beschlagnahmt werden. Sierfür muß wiederum Deutschland seine enteigneten Ungehörigen entschädigen. Begreiflicher ift die im Artikel 263 zugunften Brafiliens — wegen der Kaffeevalorisation — vorgesehene Bestimmung.

Der Ausgleich der deutschen Zahlungsbilanz vor dem Ariege setzte beträchtliche Erträgnisse der Kapitalanlage im Ausland für Deutschland voraus. Durch den Friedensvertrag wurden Deutschlands Aktivposten in der Weltwirtschaft ebenso wirksam wie rücksichtslos wegsgenommen. Die Zahlungsfähigkeit Deutschlands als Schuldner gegensüber den Siegerstaaten wurde beträchtlich dadurch verschlechtert, daß Deutschland seinen geschädigten Angehörigen gegenüber gewaltige Summen zum Ersat dafür leisten muß, daß Deutschlands Gegner unsbedingte Berücksichtigung des Privateigentums im Weltkrieg nicht anserkannten. Durch die Wegnahme der Auslandsguthaben, wie durch die Maßnahmen bezüglich der Handelsflotte, wurden ferner die Grundlagen der deutschen Zahlungsbilanz völlig zerrüttet, ehe überhaupt Leistungen aus dem Friedensvertrag in Betracht kamen.

3. In den bei Ariegsende Deutschland auferlegten Leistungen sind zwei Gruppen zu unterscheiden: die durch den Waffenstillstand vom 11. Rovember 1918 und dessen Berlängerungsabkommen und Nachstragsprotokolle vorgesehenen "Mücklieferungen" und die eigentlichen Wiedergutmachungen. Artikel 238 des Friedensvertrages sieht vor, daß Deutschland die "Mücklieferungen in dar des weggeführten, beschlagenahmten oder segnestrierten Bargeldes, wie auch die Mücklieferung der

26 W. Loty.

weggeführten, beschlagnahmten oder sequestrierten Tiere, Gegenstände aller Urt und Wertpapiere, falls es möglich ist, sie auf dem Gebiete Deutschlands oder seiner Verbündeten sestzustellen", zu bewirken hat. Diese Kücklieferungen auf Grund des Urtikels 238 sind jedoch, gemäß Schlußabsah Artikel 243, Deutschland auf seine Wiedergutmachungsschuld nicht gutzuschreiben. Da Deutschland entsprechende Kücklieferungen für die in Ostpreußen erlittenen beträchtlichen Schäden von Rußland, dem Bundesgenossen der Westmächte, nicht empfangen hat, so sind hier nur die Deutschland belastenden Konsequenzen des Prinzips der Schadloshaltung erkennbar.

Ehe wir zur weiteren Betrachtung des Friedensvertrages übergehen, ist hervorzuheben, welch gewaltige sinanzielle Belastung und Untergrabung der deutschen Währungsgrundlagen bereits durch die Bedingungen des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 und durch dessen Verlängerungen i) bewirkt worden war. Deutschsland mußte nach dem Waffenstillstandsabkommen nicht nur Waffensmaterial und seine Kriegsslotte ausliesern, sondern auch sich verpflichten, an die alliierten Mächte 5000 Lokomotiven und 150 000 Eisenbahnwagen in gutem Zustande, sowie mit allen Ersatteilen und mit dem nötigen Gebrauchsgerät, in kurzen Fristen, außerdem die elsaßslothringischen Bahnen mit Material auszuliesern.

Ferner hatte Deutschland 5000 Lastkraftwagen zu liefern, sowie sämtliche, den Alliierten abgenommene Lastkähne zurückzugeben.

Vor allem war das rufsische und rumänische Gold, welches von den Deutschen beschlagnahmt oder ihnen ausgeliesert worden war, den Alliierten auszuhändigen, wie denn überhaupt Deutschland auf die Friedensverträge von Bukarest und Brest-Litowsk zu verzichten hatte. Dazu kam, daß der Kassenbestand der belgischen Nationalbank, sowie sämtliche in besetzen Gebieten beschlagnahmte Dokumente, Geldsummen und Wertpapiere zurückzuerstatten waren.

Da die Blockade fortbestand und die Ernährungsschwierigkeiten und der Rohstoffmangel in Deutschland nicht verschwanden, so wurde Deutschland infolge der beträchtlichen Reduktion seines Eisenbahnfahr-

¹⁾ Bgl. für die Waffenstillstandsbedingungen und für die Entwicklung seit dem 11. Rovember 1918: "Deutscher Geschichtskalender", begründet von Karl Wippermann, herausgegeben von Dr. Friedrich Purlip, "Der Europäische Krieg. Ergänzungsband. Bom Waffenstillstand zum Frieden von Bersailles". Berlag von Felix Meiner, Leipzig, S. 153 ff.

parkes 1) in Schwierigkeiten versetzt, die innere Versorgung und den Truppentransport nach dem Waffenstillstand zu bewältigen. Die Verscingerung des Goldvorrates der Reichsbank, die mit den Ansorderungen der Goldvolieserung infolge des Waffenstillstandes zusammenhing, warf die Vorbereitungen für Wiederherstellung der deutschen Währung um, welche nach Kriegsende eine Gesundung des Zahlungswesens hätte beswirken können. Dadurch haben die Alliierten es wesentlich Deutschsland erschwert, sich währungspolitisch für die Ausbringung der Resparationen zu rüsten.

Bei Verlängerung des Waffenstillstandes war die Entente der Ansicht, daß Verstöße Deutschlands hinsichtlich der Erfüllung vorlägen. Hierunter spielte eine Kolle, daß ein Teil der abgelieferten Eisenbahnwagen nicht den Ansorderungen entsprochen habe. und daß Deutschland keineswegs die volle Jahl der geforderten Lokomotiven und Lastkraftwagen geliefert habe. Deutschland wurden Straflieferungen auferlegt und bei der zweiten Waffenstillstandsverlängerung dafür zusätzlich statt der ursprünglich geforderten Mehrlieferungen von Lokomotiven und Eisenbahnwagen je 6500 Säemaschinen, Düngerstreumaschinen, Pflüge, Vrabantpflüge, Messerggen, serner 12500 Eggen, je 2500 Stahlwalzen, Croskillwalzen, Grasmähmaschinen, Heuwender. 3000 Bindemäher, 400 vollständige Dampspfluggruppen mit doppelter Maschine und dazu eingerichteten Flügeln angesordert.

Wenden wir uns nun der eigentlichen Wiedergutmachung in dem Versailler Friedensbertrag zu, so kommen hier 3 Gesichtspunkte in Betracht:

a) Wer entscheidet darüber, was zu leisten und was gut= zuschreiben ist?

Da vorauszusehen war, daß eine Menge von Streitfragen bei der Anwendung der Friedensvertragsbestimmungen sich ergeben würden, so mußte es sehr wesentlich sein, welche Instanz diese Streitigkeiten zu entscheiden hat. Der Friedensvertrag hat nicht ein unparteilsches Schiedsgericht für diese Entscheidungen vorgesehen; vielmehr wurde eine Organisation der Gläubiger mit der Funktion des Nichters über den Schuldner betraut, und zwar nicht nur, wo es sich um Entscheidung

¹⁾ Bor dem Kriege, 1913, hatte einschließlich der später verlorenem Gebiete der Bestand der vollspurigen deutschen Eisenbahnen nach Stat. Jahrb. f. d. Deutsche Reich 1915, S. 136, betragen: 29 990 Lokomotiven, 65 961 Personenwagen, 667 048 Güterwagen.

28 W. Lot.

zweifelhafter Fälle der Schadensberechnung, Bewertung gutzubringender Leistungen usw. handelt, sondern auch für den Fall, daß zu ent= scheiden ist, ob die Revarationsanforderungen Deutschlands Zahlungsfähigkeit übersteigen, ob ferner vorsätzliche Nichterfüllung gegeben ift oder ob eine Unmöglichkeit besteht, auch bei bestem Erfüllungswillen zu leiften. Daß eine Gläubigerorganisation über alle diese Dinge zu entscheiden hat, wäre schon außerordentlich drückend, wenn alle Glänbiger lediglich von dem Streben befeelt waren, möglichst viel an Leiftungen aus Deutschland herauszuschlagen. Wäre nur dies der Fall, so läge jedenfalls eine Bermengung von Interessentenstellung und richterlicher Stellung bor; aber es wäre doch Hoffnung, daß schließlich das eigene Interesse die Gläubiger zu Magnahmen führt, den Schuldner leistungsfähig zu erhalten und nicht zu ruinieren. All die große Macht aber steht auch folchen Gläubigern zu, für deren Politik die Erwägung bestimmend sein kann: wichtiger als der Empfang von deutschen Entschädigungsleiftungen sei es, wirkliche oder angebliche Berfehlungen Deutschlands zu Gebietsbesekungen, wirtschaftlicher Bernichtung und weiterer politischer Schwächung des entwaffneten Deutschlands auszunugen.

Sehen wir uns nach diesen Borbemerkungen die Zusammensetzung des Organs der Gläubiger an! In Teil VIII, Anlage II des Frieden& vertrages ift vorgeschen, daß der in der Regel (§ 8) geheim tagende Wiedergutmachungsausschuß, ohne an Gesetze oder bestimmte Berfahrensvorschriften gebunden zu fein (§ 11), die Schadenberechnung und die Gutschrift der Leistungen bewirkt. In dem Ausschuß sind immer nur 5 Delegierte teilnahmeberechtigt, darunter ftets ein Delegierter der Vereinigten Staaten von Amerika (allerdings unter der Voraussehung des Beitritts ber Bereinigten Staaten jum Friedensvertrag), Großbritanniens, Frankreichs, Staliens; Belgiens Vertreter nimmt teil mit Einschränkungen, Japans und Jugoflaviens Vertreter in gewiffen Fällen. Die Bertreter anderer Siegerstaaten dürfen - jedoch ohne Stimmrecht — anwesend sein und als Beisiter mitwirken, wenn ihre Interessen in Frage kommen. Deutschland ist nicht in dem Ausschuft vertreten. Doch hat der Ausschuß auf Antrag der deutschen Regierung alle Gründe und Beweise anzuhören, die von Deutschland hinsichtlich aller seine Zahlungsfähigkeit betreffenden Fragen vorgebracht werden (§ 9). § 10, Sat 1 bestimmt: "Der Ausschuß prüft die Ansprüche und gelvährt der deutschen Regierung Gehör nach Billigkeit, ohne daß

dieser jedoch irgendein Anteil an den Beschlüssen des Ausschusses zusieht..." Formell ist die Machtvollkommenheit des Ausschusses in Feststellung der Schäden, des Wertes der Sachleistungen, der Überwachung Deutschlands und der Gewährung von Ausschub von Zahlungen gegenüber Deutschland nahezu unbeschränkt; da die Delegierten jedoch von ihren Regierungen abhängig sind, so bedeutet dies nicht unbeschränkte Macht der Delegierten, nach ihrer persönlichen Überzeugung zu stimmen, sondern unbeschränkte Macht der sie instruierenden Regierungen, sosen letztere untereinander einig sind. Für eine Anzahl von Fällen sieht für Beschlüsse des Ausschusses § 13 der in Betracht kommenden Anlage II das Ersordernis der Einstimmigkeit vor, z. B. bei Gewährung von Aussichus von Zahlungen nach 1930 gegenüber Deutschland; im übrigen entscheidet Stimmenmehrheit.

Der Aussichuß, gemeinhin Reparationskommission genannt, ernennt seine Hilfskräfte; die Kosten werden für die Delegierten und deren Hilfskräfte nicht von den sie entsendenden Regierungen, sondern von dem Deutschen Reich getragen (Teil VIII, § 7 der Ank. II; Art. 240, 2165. 4 des Friedensvertrages). Die Kosten wurden für 1921 auf 400, sür 1922 auf 1000 Millionen Papiermark im deutschen Relchshaus-haltsplan veranschlagt. Im 7. Nachtrag zum Reichshaushaltsplan für 1922 sind die monatlich auf 5 Millionen Franken seitgesetzen Kosten der Reparationskommission bereits auf 13 440 Millionen Papiermark angewachsen 1).

b) Belche Schaden find wieder gutzumachen?

Deutschland war durch Artikel 231 des Friedensvertrages dazu gezwungen worden, anzuerkennen, daß Deutschland und seine Verbündeten für alle Verluste und Schäden als Urheber verantwortlich seien, "die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatseangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben". Der Sinn und die Konsequenzen dieser demütigenden Erklärung würden sich vieleicht ändern, wenn es gelingt, die Welt zu überzeugen, daß Deutschland und seine Verbündeten nicht die Urheber des Krieges waren. Einstweilen muß Deutschland auch in solchen Fällen zahlen, in denen Länder

¹⁾ Che übrigens im Reichsgesethblatt II 1922, S. 795, der 7. Nachtrag zum Reichshaushaltsplan für 1922 vom 19. Dezember 1922 veröffentlicht war, hatte bereits die vorhergehende Rummer des RGbl. II, S. 793, den 8. Nachtrag zum Etat vom 15. Dezember 1922 verkündet.

Schadenersatz beanspruchen, die nicht im geringsten behaupten können, daß ihnen von Deutschland und seinen Berbündeten die Teilsnahme am Kriege aufgezwungen worden sei.

Bei den Baffenstillstandsverhandlungen und beim Eintritt in die Friedensverhandlungen hatte sich Deutschland als der Unterlegene jedenfalls mit dem Gedanken abzufinden, daß finanzielle Lasten gu übernehmen seien. Aber der Waffenstillstand war nachgesucht und gewährt worden unter Augrundelegung der 14 Bunkte der Erklärung des amerikanischen Bräsidenten Wilson. Reinesfalls konnte dies bedeuten, daß Deutschland verpflichtet sei, jedwede Kriegskoften den Gegnern zu ersetzen. Bielmehr waren von den Gegnern Deutschlands in dem Memorandum, welches Bräsident Wilson erhielt und durch Staatssekretär Lansing am 5. November 1918 dem schweizerischen Gesandten in Washington für die deutsche Regierung übergab, die Friedensbedingungen Wilsons vom 8. Januar 1918 mit Wilsons Einverftändnis hinsichtlich der Reparationsfrage ausdrücklich dahin definiert worden, "daß Deutschland für allen durch seine Angriffe zu Land, zu Baffer und in der Luft der Zibilbevölkerung der Berbündeten und ihrem Eigentum zugefligten Schaden Ersat leisten werde". Dies schloß selbstverständlich Ersatleistung für militärische Berluste aus, ebenso aber auch nach deutscher Meinung Ersat von Militärpensionslaften, sowie Ersat für die Rriegsentschädigungsleiftungen der Berbündeten an ihre eigenen Angehörigen und an verbündete Mächte. Tatfächlich ist aber die Deutschland auferlegte Reparationszahlung auf Militärpensionen und ähnliches ausgedehnt worden; ferner wurde Deutschland zur Zahlung der Schuld Belgiens an feine Berbundeten verpflichtet; endlich wurde Deutschland in einer Anzahl von Fällen für Schäden haftbar gemacht, die zwar nicht Deutschland, aber die Berbündeten Deutschlands berursacht haben sollten. Gine gewisse Ginschränkung der Schadenersatpflicht, die sich in Wirklichkeit ichon mit Rücksicht auf die Waffenftillstandsbedingungen ergeben hätte, wird in Artikel 232, Absat 1 des Friedensvertrages damit begründet, "daß die Silfsmittel Deutschlands unter Berücksichtigung ihrer dauernden, sich aus den übrigen Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages ergebenden Berminderung nicht ausreichen, um die volle Wiederautmachung aller dieser" (im Art. 231 bezeichneten) "Berlufte und Schäden sicherzustellen". Es wird dann im Absat 2 des Artikels 232 — in ilbereinstimmung mit den Baffenftillstandsbedingungen — Deutschland

bazu verpflichtet, "daß alle Schäden wieder gutgemacht werden, die der Zivilbevölkerung jeder der alliierten und afsoziierten Mächte und ihrem Gut während der Zeit, in der sich die beteiligte Macht mit Deutschland im Kriegszustand besand, durch diesen Angriff zu Land, zur See und in der Luft zugefügt worden sind". Hierzu wird aber eine sehr dehnbare Klausel hinzugesügt: "sowie überhaupt alle Schäden, die in der Anlage I näher bezeichnet sind". Im Absah 3 des Artikels 232 ist dann der Ersah der Schulden Belgiens an seine Verbündeten samt Jinsen Deutschland auferlegt.

Im einzelnen führt Anlage I zu Teil VIII, Abschnitt 1, die Schäden auf, für welche Deutschland Ersatz zu leisten habe. Unter Verwertung der deutschen Regierungsdenkschrift von 1922: "Die Kriegsschädensrechnungen der alliierten und assoziierten Mächte", (Art. 232 des Friedensvertrages von Versailles), Bd. II, seien die diesbezüglichen Schadensrechnungen, welche Frankreich in Papierfranken anmeldete, jeweils beigefügt.

Frangofiiche Schadensrechnung:

1. Schäden, die, wo auch immer es sei, Zivilpersonen an ihrer Berson oder ihrem Leben und den ihnen gegensüber unterhaltsberechtigten Hinterbliebenen durch irgendwelche Kriegshandlungen, einschließlich der Bombardements und sonstiger Lands, Sees und Luftangriffe, sowie durch die unmittelbaren Folgen dieser Kriegshandlungen oder die Folgen irgendwelcher Kriegsoperationen der beiden friegsührenden Gruppen zugefügt worden sind.

514465000

- 2. Schäden, die, wo auch immer es sei, von Deutschland oder seinen Berbündeten Zivilpersonen oder den ihnen gegensüber unterhaltsberechtigten Hinterbliebenen durch Grausamsteiten, Gewalttätigkeiten oder Mißhandlungen zugefügt sind. Darunter fällt auch Schädigung an Leben und Gesundheit infolge von Gesangensetzung, Berschickung, Internierung, Absichiebung, Aussetzung auf See und Zwangsarbeit.
- 3. Schäden, die von Deutschland oder seinen Berbündeten auf eigenem Gebiet oder im besetzten und mit Krieg übersogenen Gebiet Zivilpersonen oder den ihnen gegenüber unterhaltsberechtigten Hinterbliebenen durch Berletzung von Gesundheit, Arbeitsfähigkeit oder Ehre zugefügt sind.
- 4. Schäden aus jeder Art schlechter Behandlung von Friegsgefangenen. 3u 2-4: Fr.

1869230000

Übertrag: Fr. 2 383 695 000

Übertrag: Fr. 2383695000

5. Als Schaden, der den Bölkern der allierten und associierten Mächte zugefügt ist, alle Pensionen und gleichartigen Bergütungen an die militärischen Opfer des Krieges (Landheer, Marine und Luftstreitkräfte), Berstümmelte, Berstundete, Kranke oder Invalide und an Personen, deren Ernährer diese Opfer waren; als Betrag dieser den alliierten und associierten Regicrungen geschuldeten Summen kommt für jede dieser Regicrungen der kapitalisierte Bert der bezeichneten Pensionen und Bergütungen in Unschlag. Bei der Umrechnung auf den Kapitalwert werden der Zeitpunkt des Inkrastretens des gegenwärtigen Bertrages und die in Frankreich zu diesem Zeitpunkt geltenden Tarise zusgrunde gelegt.

60045696000

6. Die Kosten der Unterstügung, die von den Resgierungen der alliierten und assoziierten Mächte den Kriegssgesangenen, ihren Familien und den Personen, deren Ernährer sie waren, gewährt worden ist. Fr.

976906000

7. Die Zuwendungen der Regierungen der alliierten und assoziierten Mächte an die Familien der Mobilisierten und aller im Heer Gedienten und an die ihnen gegensüber unterhaltsberechtigten Personen; der Betrag der ihnen für jedes Jahr der Dauer der Feindseligkeiten zustehenden Summen wird für jede der genannten Regierungen auf der Grundlage des in Frankreich in dem bestressenden Jahre für Zahlungen dieser Art geltenden Durchsschnittstarifs errechnet.

12936956824

8. Die den Zivilpersonen von Deutschland oder seinen Berbündeten durch Heranziehung zur Arbeit ohne ansgemessene Bergütung zugefügten Schäden. Fr.

223123313

9. Schäben an allem Eigentum, gleichviel wo belegen, das einer der alliierten ober assaiterten Mächte oder ihren Staatsangehörigen zusteht (ausgenommen Anlagen und Material des Heeres oder der Marine) und durch die Maß-nahmen Deutschlands oder seiner Verbündeten zu Lande, zu Wasser, oder in der Luft weggeführt, beschlagnahmt, beschädigt oder zerstört worden ist, oder Schäden, die unmittelbar aus den Feindseligkeiten oder irgendwelchen Kriegshandlungen erwachsen sind.

Fr. 140707603044

10. Schäben, die der Zivilbevölkerung in Form von Auflagen, Gelbstrafen oder ähnlichen Beitreibungen seitens Deutschland oder seiner Berbündeten zugefügt sind. Fr.

1267615939

Inegesamt Fr. 218541596120

Die beiden gewaltigsten Posten in der französischen Schadensrechnung sind, wie hieraus ersichtlich, die sogenannten Sachschäden
(Nr. 9) und die Militärpensionen, sowie die Beihilsen an die Familien
der Mobilisterten (5, 7). Wie Kehnes 1) eingehend begründet, ist nicht
nur bei Frankreich, sondern bei allen Gläubigern Deutschlands die Einbeziehung der Militärpensionen in die Schadensrechnung ein sehr ansechtbares Borgehen gewesen. Wenn es zu einer Revision des Bertrages
je kommen sollte, lassen sich sehr gewichtige Gründe dafür geltend
machen, daß der sehr erhebliche Teil der Deutschland auferlegten
Zahlungen, welcher mit Ersah der Militärpensionen und der Zuwendungen an die Familien der Mobilissierten motiviert wurde, von
Rechts wegen wegzufallen hätte. Nach deutscher Schähung entfallen
von 185 822,3 Millionen Goldmark angemeldeten Schähen sämtlicher
Mächte, ohne Polen, 78 424,4 Millionen Goldmark auf Pensionen oder
Familienunterstühungen (Deutsche Deutschrift von 1922, I. Teil, S. 18).

Bas die Sachschäben betrifft, so ist hinsichtlich beren Schätzung ein weiter Spielraum für Meinungsverschiedenheiten gegeben. Der Friedensvertrag stellt in § 120 der Anlage II zu Teil VIII für die Berechnung der Sachschäden das Prinzip des Reproduktionswertes, nicht des Kostenwertes auf: "Die Kosten, die durch die Wiederherstellung und den Wiederausbau der Anwesen einschließlich ihrer Wiedersausstattung mit Hausrat, Maschinen und allem Gerät in den mit Krieg überzogenen und verwüsteten Gegenden entstehen, werden mit dem Preis berechnet, den die Wiederherstellung und der Wiederausbau zur Zeit der Ausführung der Arbeiten erfordert."

Man hat dem zu entsprechen gesucht, indem jeweils von Frankreich der Wert 1914 für die verschiedenen Schäden berechnet und dann mit verschiedenen Kveffizienten (1—5) multipliziert wurde, um den Wiederherstellungswert zu berechnen.

Die Art der Berechnung wird ersichtlich, wenn man erwägt, daß der Gesamtwert der französischen Sachschäden 1914 auf 38 785 581 412 Fr. geschätzt und durch die Multiplikation mit den verschiedenen Koeffizienten ein zu vergütender Wiederherstellungswert von nicht weniger als 140 707 603 044 Fr. errechnet wurde. Auf Seite 10 der bereitz erwähnten deutschen Regierungsdenkschrift sindet sich folgende tabellari-

Schriften 164.

¹⁾ Bgl. J. M. Kennes, Revision des Friedensvertrages, München und Leipzig, 1922, S. 146 ff.

sche Zusammenstellung der von Frankreich in Rechnung gestellten Sachschäden: (vgl. Tabelle).

Daß in der Schätzung des Sachschadens, wie übrigens auch hinsichtlich der Berfonenschäden, bom deutschen Standpunkt aus die französischen Berechnungen als nicht maßvoll erschienen, ist bei der Natur solcher Probleme nicht überraschend. Frankreich berechnete beispiels= weise den Schaden seiner Textilfabriken allein an Gebäuden und Ginrichtungen auf 891,454 Millionen Fr., nach dem Wert von 1914, während Deutschland überhaupt den Wert der Textilfabriken in dem in Betracht kommenden französischen Gebiet nur auf 622,5 Millionen Fr. für 1914 nach feiner Renntnis der Dinge annahm, somit eine Schadensberechnung in Sohe von 144% des Wertes feststellen zu muffen glaubte 1). Fast durchweg sind Differenzen zwischen der deutschen und der französischen Auffassung darin begründet, daß nach deutscher Auffassung und während der Besetzung gemachter Bevbachtung bie franäbstischen Maschinen usw. abgenutt oder veraltet waren und dem bei der französischen Schadensberechnung nicht Rücksicht geschenkt wurde. In einzelnen Fällen wird von deutscher Seite festgestellt, daß Deutschland nicht Biederherstellung, fondern Berbesserungen bezahlen foll. In einem Fall (vgl. S. 301 der Denkschrift, Bd. II) konnte festgestellt werden, daß eine Firma (Gildemeefter in Ronchin-les-Lille) eine Schadenforderung angemeldet hatte, die sowohl bon Beru wie bon Frankreich in Rechnung gesetzt wurde 2). Gine gewaltige Überichätzung der Schäden in Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei ist in Frankreich nach deutscher Ansicht erfolgt. Unter anderem beanstandete Deutschland, daß die deutschen Bahlungen im Rriege, ferner die Möglichkeiten, Inventar rechtzeitig zu retten, nicht berücksichtigt wurden, und daß Gebiete als geschädigt angesehen wurden, welche außerhalb des Einwirkungsbereiches der deutschen Waffen lagen. Man mag, wie immer, über diefe Streitfragen denken; bei einer Nachprüfung durch unbefangenene und sachtundige Inftanzen würde wohl mancher deutsche Einwand gegen französische Schätzungen mindeftens zu weiteren Klärungen der Auffassung geführt haben. Gin Beispiel,

¹⁾ Bgl. Bd. II der Kriegsichädendenkichrift von 1922, S. 310.

³⁾ Nach Bd. I, S. 8 der Kriegsschädendenkschrift von 1922 sind übrigens die Reparationsansprüche von Bolivia, Peru und Haiti durch den Wiedergutmachungsausschuß nicht anerkannt worden.

Französische vorläufige Sachschabenschätzung in französischen Franten nach Bd. II, S. 101), der beutschen Denkschrift.

Roeffizient 1 Roeffizient 2 Roeffizient 3 Roeffizient 5 9	10 mg 17 mg			Wert 1914			Wieder
Schöben der Juduftrie, auf Einehöhren und Bergenerienten. 331 187 788 — • 7577 791 623 Schöben au Gerunden. 4 283 767 864 717 731 000 702 581 701 2 310 907 097 120 188 574 Schöben au Gerunden. 3nbuftrie, effenbehren. 3nbuftrie, effenbehren. — • 7577 791 623 150 000 Schöben au Gerunden. 3nbuftrie, effenbehren. — • 777 791 623 150 000 7261 500 000 Schöben au Gerunden. 3nbuftrie, effenbehren. — • 7721 791 623 150 000 7261 500 000 Schöben au Gerunden. 3nbuftrie, effenbehren. — • 7261 500 000 7261 500 000 7261 500 000 Schöben au Gerunden. 3nbuftrie, effenbehren. — • 7261 500 000 — 4975 900 000 Schindingen und au Geruffen. — • 7261 500 000 — 4975 900 000 Schindingen und au Geruffen. — • 7122 7780 4243 957 298 044 205 Aber Rodinen und im Ruffer, in ben Rolonien und im Ruffer, in hen Rolonien und im Ruffer, in hen Rolonien und im Ruffer, in hen Rolonien und im Ruffer, in	מזו הנו כואווהנוו	Roeffizient 1	Roeffizient 2	Roeffizient 3		Roeffizient 5	herstellungswert
Continue of the continue of							ONE POA GOOD OO
Continue	Merten	1	!	331 187 788	•	7 577 791 623	38 882 521 479
genommen Zndufftie, Eigenberte Bragnerte Beginstein au bewegl. Das genommen Judifteigner, Bergwerte Caddoen au bewegl. Das Judiftie Eigenberten Bergwerte Bergwerte Stephon au Etrafen. Gefighon au Etrafer. Gefighon au Etrafer. Gefighon au Etrafer. Gefighon au Gewiffen. Brinnenfolffatt, Gee. Gefighon au Gewiffen. Brinnenfolffatt, Gee. Gefighon au Gewiffen. Brinnenfolffatt, Gee. Gefighon au Gewiffen. Geriffatt Gen. Gen. Geriffatt Gen. Geriffatt Gen. Gen. Geriffatt Gen. Gen. Geriffatt Gen. Gen. Gen. Geriffatt Gen. Gen.	eigentum Schäden an 2	4 283 767 864	717 731 000	702 581 701	2 310 907 097	920 188 574	21 671 546 225
Consigenommen In Investment Subultrie, Continued	genommen Eisenbahnen, Schäden an b		I	195 000 000	1	7 261 500 000	36 892 500 000
Bijmenschäftstut, See Spirmenschafter. Schäben am Artaster. Schäben aus gewissen. Schäben in Allgier, in ben Rolonien und im Schöben in Allgier, in ben Rolonien und im Schäben in Allgier, in ben Allgier, in ben Allgier, in ben Rolonien und in Schäben in Allgier, in ben Rolonien und in Schäben in Allgier, in ben Allgier, in ben Rolonien und im Schäben in Algier, in ben Allgier, in ben Allgier, in ben Allgier, in ben Rolonien und in Schäben in Allgier, in ben Rolonien und in Schäpen in Allgier, in ben Allgier, in ben Rolonien und im Schäpen in Allgier, in ben Allgier, in ben Rolonien und in Schäpen in Allgier, in Bartifick was der Allgier, in Bartifick was de		240 000 000 1 583 078 242		11		4 975 900 000 685 308 096	25 119 500 000 5 009 618 722
Standseigentium, getremtt abgefläckt nach den öffent allegigten von der schausengentium, getremtt abgefläckt nach den öffent allegigten wir Allgier, in ben Koloniten und im Ausland von den Koloniten	Binnenschisschut, See- hasen und am Kataster. Schäden an gewissem			1 030 270	409 835 710	188 173 155	2 583 299 425
681 700 000			24 540 650	122 572 780	4 243 957	298 044 205	1 958 217 193
Amen vom 11. 3000. 1918 bis 1. Mai 1921	den Kolonien und im Ausland		1 1	701 845 000 178 000 000	13 000 000	218 433 000	2 105 535 000 2 359 865 000
742 271 650 2 232 217 539 2 737 986 764 22 126 438 653 1 38 786 681 412 Highließlich Milliarpenfionen ufw. Sierzu Perfonenschäden einschließlich Milliarpenfionen ufw. Summa		4 125 000 000			-	Ashan	4 125 000 000
		10 947 766 806	742 271 650	2 232 217 539	2 737 986 764	22 126 438 653	140 707 603 044
			Hierzu	38 786 681 412 Personenschäben e	infáliekliá Milik	ärpenfionen ufw. Summa	77 833 993 076 218 541 596 120

1) Auf S. 10 und S. 2 der Denkschrift befinden sich Druckfehler, die hier berichtigt sind.

36 W. Lok.

wie zu ungunften Deutschlands in der Schadenanmeldung gerechnet worden ift, möge jum Schluffe angeführt werden. In der Sachichadenrechnung fordert Frankreich 5 % Zinsen auf 33 Milliarden Fr. Sachschäden für die Zeit vom 11. November 1918 bis 1. Mai 1921. Man stütt sich hierbei auf § 16 der Anlage II, Teil VIII des Friedensbertrages; Absat 2 dieses § 16 lautet: "Wenn der Ausschuß zum 1. Mai 1921 den Gesamtbetrag der deutschen Schuld festjest, kann er Binsen für die wegen Sachschäden geschuldeten Summen vom 11. November 1918 bis 1. Mai 1921 in Rechnung stellen." Gang abgesehen davon, daß sich über die Ziffer 33 Milliarden Fr. Sachschäden sehr streiten ließe, ist unansechtbar, daß die Frist, für welche Zinsen berechnet werden können, nicht volle 30 Monate, sondern nur 30 Monate weniger 11 Tage umfaßt. Dadurch, daß Frankreich den Abzug der Beit bom 1. bis 11. November nicht berücksichtigt, erhöht sich die Menge der Deutschland belasteten Zinsen ungerechtfertigterweise um nicht weniger als 50 416 666 Fr.

Es ist leider nicht im einzelnen sestzustellen, welche Einwendungen der deutschen Regierung gegenüber der französischen Schadenberechnung vom Wiedergutmachungsausschuß berücksichtigt worden sind; es ist nicht einmal zu entnehmen, ob schließlich von der französischen Schadenserchnung von 218542 Millionen Franken ausgegangen wurde, oder ob etwas daran gestrichen worden ist 1). Wir wissen nur, daß der

¹⁾ Bd. I. S. 8 der deutichen Denkichrift über die Kriegeschädenrechnungen fagt: "Wie aus den amtlichen Mitteilungen der Reparations= kommission hervorgegangen ist, hat diese nicht etwa die Schadensbeträge der einzelnen Länder festgesett, sondern sich damit begnügt, nach einer Erörterung der bon ben einzelnen Delegationen borgefchlagenen Biffern, die anscheinend weit auseinandergegangen sind, den Gesamtbetrag der Reparationsichuld festzusepen. Es bestehen also keine offiziellen Bahlen für die Reparationsforderungen der einzelnen alltierten Staaten. Die Reparationskommission konnte von deren Festsetzung absehen, weil die Berteilung der von Deutschland auf die Reparationsschuld zu leistenden Bahlungen in Gemäßheit des Artikels 237 des Friedensvertrages von Bersailles von den alliierten Mächten ohne Zusammenhang mit den Schadensrechnungen geregelt worden ist. Die Bereinbarung ist gelegentlich der Konferenz von Spa im Juli 1920 erfolgt. Die folgende Zusammenstellung zeigt die in Spa festgesetten Einzelziffern, die danach berechneten Anteile der einzelnen Mächte an der Reparationsschuld und, zum Bergleich mit diesen, die Endziffern der Schadensanmeldungen, wie sie deutscherseits errechnet worden sind . . . :

Wiedergutmachungsausschuß, der durch Artikel 233, Absat 3 berpflichtet war, spätestens am 1. Mai 1921 Deutschland den Betrag der Wiedergutmachungsschulden bekanntzugeben, im Londoner Ultimatum einen Gesamtschaden der Siegerstaaten von 132 Milliarden Goldmark zuzüglich eines auf Belgiens Schuld an seine Berbündeten entfallenden Betrages, den Kehnes auf etwa 6 Milliarden Goldmark schuld aufserlegt hat 1). Wir können annehmen, daß über 185 Milliarden Golds

Land	Anteil- ziffer %	Unteil an ber Reparations: fumme Mis. Goldmart	Angemelbeter Schabens= betrag Miu. Golbmart
Frankreich	52	68 640	64 881
	22	29 040	42 678
	10	13 200	18 264
	8	10 560	11 441
Staat	5	6 600	6 844
	3/4	990	8 817
	3/4	990	1 641
Rumänien . Griechenland . Thechoslovatei	$1^{1/2}$	1 980	31 255

Die Reparationsansprüche von Bolivia, Peru und Haiti sind nicht anerkannt worden, weil diese Staaten sich nicht im Kriegszustand mit Deutschland befunden, sondern lediglich die diplomatischen Beziehungen abgebrochen haben. Ebenso wenig hat Polen einen Reparationsanspruch; die Frage, ob es etwa auf Grund von Artikel 116 Abs. 3 des Vertrages von Bersailles Ansprüche geltend machen könne, ist von der Reparationsetommission offengelassen worden.

Bon den Mächten, die im Eingang des Bertrages von Bersailles genannt sind, haben Reparationsansprüche vor der Reparationskommission nicht erhoben: China, Ecuador, Guatemala, Hedschas, Honduras, Nicaragua, Panama und Uruguay."

1) In der Revue economique internationale vom 22. August 1922, S. 362 ff. gibt Picrre Guebhard die Kriegsdarlehen, die Belgien seinen Berbündeten schulde, wie solgt an:

Forberung ber Bereinigten Staaten: Rapital .		3 77 5 64 000 🛊
Binfen		42 700 000 🕏
Insgefamt		420 264 000 \$
Forderung Großbritanniens		$81\ 000\ 000\ {\it \pounds}$
Sierzu Darleben nachträglich für Wieberaufbau		$9000000 extcolor{1}{\mathscr L}$
Forberung Frankreichs	. :	3 684 000 000 Fr.

mark Schäden angemeldet worden waren, von denen dann 132 Milliarden anerkannt worden sind. Es sind aber nicht alle Anmeldungen bei dieser Berechnung gekürzt worden, vielmehr nur die der kleineren Staaten, während Frankreich mehr zugewiesen bekam, als seine Schadensanmeldungen ausmachten. Die Gründe hierfür sind nicht erskennbar.

Nicht minder dunkel bleibt die wichtige und schwierige Frage des Maßstabes, nach welchem die Goldmarkverpflichtungen Deutschlands berechnet worden sind. Sämtliche Kriegsteilnehmerstaaten Europas waren mit Zettelwirtschaft belastet aus dem Kriege hervorgegangen. Heute noch ist im allgemeinen die Goldparität bei den europäischen Staaten nicht wieder hergestellt. Die Schäden waren zunächst in einer

Auf S. 369 rechnet er biese Beträge ohne weiteres um in Golbfranken, und zwar für bie Forberung ber Bereinigten Staaten in 2176 Mill. Fr.

Hierbei sind die von Frankreich an Belgien dargeliehenen Papierfranken ebensoviel Goldfranken gleichgesett, während für die Umrechnung der belgifchen Schuld an Frankreich durch Schiedsspruch des Amerikaners Bobben vom 2. September 1921 eine Entscheidung getroffen fein foll. Belcher Bfundsterlingskurs von Guebhard berechnet wurde und ob er korrekterweise die erst nach dem Waffenstillstand an Belgien von Großbritannien gelichenen 9 Millionen Pfund außer Betracht gelassen hat, ist nicht mitgeteilt. Anscheinend hat jedoch Guebhard auch die von Deutschland nicht zu ersetzenden weiteren 9 Millionen Pfund eingerechnet und den Bariwert des Sovereign mit Goldfranken (25,22 Fr. gleich 1) zugrunde gelegt. Die Zinsen von 5%, welche Deutschland auf die belgische Schuld nach dem Friedensvertrag Artikel 232 Abs. 3 zu erstatten hat, sind nur bei der Forderung der Vereinigten Staaten ersichtlich gemacht. Db wirklich volle 8130 Millionen Goldfranken (gleich 6585300000 Goldmark) von Deutschland an Belgien zu erstatten find, erscheint fehr zweifelhaft. Bei Buebhard findet sich auch sonft überraschendes, so S. 368 die befremdende Behauptung, daß die Gesamtforderung aus dem Ultimatum von 132 auf 120 Milliarden Goldmark "à la suite de certains ajustements" vermindert worden sei, wovon sonst nichts verlautet hat.

In der ofsiziellen Veröffentlichung "Reparation Commission I. Statement of Germany's obligations under the heading of reparations etc., at April 30th, 1922" London 1922, S. 27, sind provisorisch die Schulden Belgiens an seine Verbündeten, für welche Deutschland haftet, auf 4000 Millionen Goldmark neben der deutschen Reparationsschuld von 132000 Millionen Goldmark beziffert.

[&]quot; " Großbritanniens " 2270 " Fr.
" " Frankreichs " 3684 " Fr.

Er rechnet hierdurch in Golbfranten insgesamt 8130 Millionen.

Goldpari mehr oder weniger abweichenden Währung zu berechnen. Wir wissen, daß Frankreich für 64881 Millionen Goldmark Schäden angemeldet hatte und schließlich an der Reparationssumme von 132 Milltarden Goldmark mit einer Forderung von 68640 Millionen Goldmark beteiligt worden ist. Für die Berechnung der Goldmarkansprüche Frankreichs scheint ein Umrechnungskurs von etwas über 3 Pavierfranken für eine Goldmark zugrunde gelegt worden zu sein. Da tatsächlich im April 1921 der französische Papierfranken in New Pork durchschnittlich mit 7,236 Cts. berechnet wurde, während am 20. Februar 1923 der amerikanische Kurs für französische Franken in New York mit 5,97 Cts. gemeldet wurde, fo folgt, daß, wenn Frankreich die empfangenen Goldmark in Lavierfranken verwandelt und mit diesen Bavierfranken seine Militärvensionen und Wiederaufbaukosten usw. bestreitet, bei jeder Berschlechterung des Franken gegenüber dem Dollar sich ein Balutagewinn Frankreichs ergibt 1). Anders liegt die Sache bei der belgischen Forderung auf Ersatz seiner Berpflichtungen an die Berbündeten, soweit diese in hochwertiger Baluta zu erfüllen sind. Jedenfalls kommen aber hier Gesichtspunkte in Betracht, die bei einer Neuregelung der deutschen Revarationen, falls solche wirklich

¹⁾ Die Frage ist behandelt in der deutschen Denkschrift "Die Kriegssichädenrechnungen der alliierten und assoziierten Mächte (Art. 232 des Friedensvertrages von Bersailles)", Berlin 1922, Bd. I, S. 8, 34 ff. Es ist dort anerkannt, daß dem Balutagewinn Frankreichs bei steigender Entwertung des Papiersranken in Gold Mehrkasten durch Steigerung der französisschen Auswendungen bei zunehmender Teuerung in Frankreichgegenüberstehen.

In dem ausgezeichneten Werke von J. M. Kehnes, Revision des Friedensvertrages, München 1922, S. 113 und 127, finden sich Ausstührungen, daß der Amerikaner Bohden für die Umrechnung der französischen Schäden in Goldmark den Kurs 2,20 Papierfranken gleich I Goldmark durch Schiedsspruch festgesett habe. Auf meine Anfrage bestätigte mir Herr Kehnes, daß er diese Angabe nicht aufrechterhalten könne; er sei durch eine Rede von Loucheur in Lohalster Weise zu einem Mißsverständnis gelangt. Nach neuerdings erlangten Informationen, die er mir freundlichst zur Versügung stellte, sei Herr Kehnes zu der Erkenntnisgelangt, daß 1. Herr Bohden über Umrechnung französischer Sachschäden in Goldmark nichts zu entscheiden hatte, 2. seine Entscheidung 2,20 Fr. gleich 1 Goldmark sich nur auf Pensionslasten bezog, 3. daß bei dem hiervon zu sondernden Schiedsspruch über die Verechnung der belgischen Schuld Herr Bohden den Vertrag auszulegen, nicht eine Ziffer sestzuseten hatte.

40 W. Lop.

unter Gefichtspunkten der Billigkeit erfolgen würde, ernsteste Beructsichtigung verdienen dürften.

c) Bas hat Deutschland bisher erfüllt?

Artikel 235 bestimmte, daß vorläufig, unter Anrechnung auf die bis zum 1. Mai definitiv festzusezende Entschädigungssumme, Deutschland 1919, 1920 und bis Ende April 1921 den Gegenwert von 20 Milliarden Goldmark zu zahlen habe. Der Wiedergutmachungsausschuß habe sestzusezen, in wieviel Katen und in welcher Form (in Gold, Waren, Schiffen, Wertpapieren und anderswie) diese Leistungen erfolgen sollen.

Für die Berwendung der 20 Milliarden Goldmark sollten in Betracht kommen:

- 1. Deckung der Roften für die Befatungsarmee;
- 2. mit Genehmigung der alltierten und affoziierten Hauptmächte Zahlungen für diejenigen Nahrungsmittel und Rohftoffe, welche von den Regierungen dieser Mächte für nötig gehalten werden, um Deutschland die Möglichkeit zur Erfüllung seiner Verpflichtung zur Wiedersgutmachung zu gewähren;
- 3. der Reft ist von Deutschlands Wiedergutmachungsschuld in Abzug zu bringen.

Demgemäß hatte Deutschland für 20 Milliarden Goldmark Inhaberanweisungen, zahlbar bis 1. Mai 1921, als Sicherstellung und Anerkenntnis seiner Schuld, gemäß § 12c der Anlage II, Teil VIII, Abschnitt 1 des Friedensvertrages, den Alliierten zu überweisen. Ferner waren für zweimal 40 Milliarden Goldmark weitere, später fällige deutsche Inhaber-Schahanweisungen im genannten § 12c der Anlage II vorgesehen.

Ehe weiter berichtet wird, wie durch den Zahlungsplan, auf Grund des Londoner Altimatums 1921, diese Bestimmungen verändert wurden, muß die Frage der im Friedensvertrag angeordneten Sachleistungen erörtert werden. § 1, Anlage III zu Teil VIII, Abschnitt 1 des Bertrages legte Deutschland die Last auf, den Siegern "Ersat aller durch Kriegsereignisse verlorenen oder beschädigten Handelsschiffe und Fischereisahrzeuge, Tonne für Tonne (Bruttovermessung) und Klasse für Klasse" zu leisten. Dementsprechend mußte Deutschland alle den Reichsangehörigen gehörenden Seehandelsschiffe von 1600 Bruttovonnen und darüber, die Hälfte des Tonnengehaltes der Schiffe, deren

Bruttotonnengehalt zwischen 1000 und 1600 Tonnen beträgt, und je ein Biertel des Tonnengehaltes sowohl der Fischdampfer wie der anderen Fischereifahrzeuge binnen zwei Monaten, einschließlich der im Bau befindlichen Schiffe, an die Alliierten übertragen und noch weitere Bauberpflichtungen übernehmen.

Nach § 6 der Anlage II, Teil VIII, Abschnitt 1, tiefert weiter Deutschland binnen zwei Monaten nicht nur alle Flußschiffe aus dem Besitz der Alliierten zurück, sondern außerdem zum Ausgleich für Ber-luste bis zu 20% des deutschen Flußschiffbestandes vom 11. No-vember 1918. In diesem Fall entschieden Schiedsrichter.

Da Deutschland auf Ansprüche aus seinen Schiffsverlusten während des Arieges verzichten mußte, so ergaben sich für die deutschen Finanzen: 1. Entschädigungsleistungen an deutsche geschädigte Schiffsbesitzer aus Deutschland widerfahrenen Ariegsschäden, 2. Entschädigungsleistungen anläßlich Enteignung des an die Alliierten zu liefernden Schiffsparks, 3. eine bedeutende Berschlechterung der deutschen Jahlungsbilanz, in welcher die Einnahmen aus Schiffahrt bisher einen wichtigen Posten zur Bezahlung des Wertes der Mehreinfuhr der Handelsbilanz gebildet hatten 1).

Deutschland hat nach § 2, 3, 4 der Anlage IV, Teil VIII, Absichnitt 1 des Bertrages Ersat in Natura für die Tiere, Maschinen, Montierungsteile usw. zu leisten, die von Deutschland beschlagnahmt, verbraucht oder zerstört worden sind usw., ferner die Stoffe zum Biederausbau, welche begehrt werden, zu liefern. Für den Bert dieser Naturalleistungen soll Deutschland Gutschrift auf die Reparationsschuld erteilt werden. Als unmittelbare Abschlagslieserung auf diese Schuld hatte Deutschland nach § 6, Anlage IV, Teil VIII, Abschnitt 1 des Bersailler Bertrages binnen drei Monaten nach Inkrasttreten des Bertrages solgende Mengen von Tieren zu liesern:

¹⁾ Rach der Begründung in der Anlage zu Kapitel XX 7, Tit. 7 des außerordentlichen Reichshaushaltplanes, 7. Rachtrag 1922, S. 14, haben die deutschen Recdercien im Kriege und durch den Friedensvertrag insgesamt 1316 Schiffe mit 4788000 Bruttoregistertonnen gleich rund 7500000 Tragfähigkeitstonnen verloren. Als Gesamtabsindung zum Wiedersausbau von 2500000 Tragfähigkeitstonnen waren 2 Milliarden Papiersmark im Februar 1921 in Aussicht genommen worden. Insolge der Markentwertung mußte die Summe gewaltig erhöht werden. Für allein 760000 tentsieht eine Steigerung der Baukosten um nahezu 26 Milliarden Mt.

42 **23**. Log.

	an Frantreich	an Belgien	insgefamt
Buchthengste von 3-7 Jahren	500	200	700
Stutfüllen und Stuten von 18 Monaten			
bis 7 Jahren	30 000	10 000	40 000
Stiere von 18 Monaten bis 3 Jahren .	2 000	2000	4 000
Milchkühe von 2-6 Jahren	90 000	50 000	140 000
Färfen	_	40 000	40 000
Böcte	1 000	200	1 200
Schafe	100 000	20 000	120 000
Biegen	10 000		10 000
Mutterschweine		15 000	15 000

Gehören die Tiere, gemäß erfolgter Feststellung, zu den weggeführten oder beschlagnahmten, so wird der Wert dieser gelteserten Tiere nicht auf die deutsche Wiedergutmachungsschuld angerechnet während im übrigen die Anrechnung des Wertes zu erfolgen hat. Besonders die Minderung des deutschen Bestandes an Milchtühen erwies sich als ruinds. Durch besonderes Abkommen mit Frankreich wurde im Oktober 1921 eine Umwandlung solcher Verpflichtungen in andere erreicht 1).

Nach Anlage V, Teil VIII, Abschnitt 1 des Friedensbertrages hat ferner Deutschland sehr beträchtliche Mengen von Kohlen und Kohlenprodukten zu liefern.

Frankreich 2) hat zehn Jahre lang, abgesehen davon, daß es das Eigentum an den Saar-Kohlengruben erworben hat, zu beanspruchen: 7 Millionen Tonnen Kohlen jährlich, außerdem eine Kohlenmenge,

¹⁾ Bgl. "Die Durchführung des Versailler Bertrages vom 10. Januar 1920 bis zum 10. Januar 1922", S. 42, 43 auch 36, und "Die Erfüllung des Vertrages von Versailles durch Deutschland bis zum 1. April 1921", S. 37—39.

²⁾ Nach dem Stat. Jahrb. f. d. Deutsche Reich 1921/22, S. 318, und für 1915, S. 310, betrug für das ehemalige Deutschland einschließlich Saargebiet und ganz Oberschlesien der Berbrauch an Steinkohlen: 1912 154116877 Tonnen, bei Berücksichtigung der Ein- und Ausfuhr von Koks und Briketts 145250546 Tonnen, 1913 166051101 bzw. 156228244 Tonnen. Die deutsche Steinkohlengewinnung wird ebenda berechnet auf: 1912 174881452, 1913 190109440 Tonnen. 1919 ging die Gewinnung im verkleinerten Gebiet auf 116707234 Tonnen Steinkohlen zurück. Für die Ausfuhr standen vor dem Kriege 31,1 bis 34,6 Millionen Tonnen zur Berstügung, denen 10,4 bis 10,5 Millionen Tonnen Einfuhr gegenüberstanden. Bgl. auch Bennhold, Die deutsche Kohlenlage, in Schmollers Jahrbuch 1922, S. 307 ff.

gleich dem Unterschiede der früheren Jahresförderung kriegsbeschäbigter französischer Kohlenbergwerke und der seitdem wiedereintretenden Förderung, jedoch für diesen Ersatz nicht mehr als 20 Millionen Tonnen jährlich in den ersten fünf Jahren und nicht mehr als 8 Millionen Tonnen jährlich während der folgenden fünf Jahre. Belgien hat zehn Jahre lang 8 Millionen Tonnen jährlich zu beanspruchen, Italien zehn Jahre lang Höchstmengen, die von anfangs $4^1/2$ Millionen Tonnen jährlich bis zu $8^1/2$ Millionen steigen.

Auch für Lugemburg sind nach § 5 Kohlenbezugsrechte vorgesehen 1).

Statt je 4 Tonnen Kohle können 3 Tonnen Hüttenkoks beansprucht werden. Die Kohle wurde anfangs berechnet (in diesem Punkte erfolgen später etwas abweichende Festsehungen) zum deutschen Preis frei Grube, einschließlich Fracht bis zur Grenze, aber nie höher frei Grube als zum britischen Ausfuhrkohlenpreis. Dieser Wert wird Deutschland auf

Nach Wirtschaft und Statistit 1922, S. 589 und 1923, S. 33 wurden gellefert: 1921 . 1889 443 Tonnen | Im Januar 1922 rund 1 643 000 Tonnen 3m Februar " Februar 1922 .. 1221 000 " März 1921 . 1421849 " März 19221744000 April 1921 . 1591861 " April 19221796000Mai 1921 . 1549 993 " Mai 1922 " Juni 1921 . 1442 181 1813000 1922 " " Juni 1614000 1921 . 1406692 " Juli 1921 . 1579468 1922 1564000 " Juli " August " September 1921 . 1663276 " August 1922 1 258 000 " September 1922 " Oftober 1921 . 1509702 1436000 " Oftober " November 1921 . 1462318 1922 1 433 000 Dezember 1921 . 1409 157 " November 1922 " 1515000

Im Jahre 1922 wurde Deutschland durch die Kohlenlieserungen so von Borräten entblößt, daß die Reichsbahnen ausländische Kohlen mit riesigen Kosten zur Deckung des Desizits für ihren Bedarf einsühren mußten. Durch den Berlust eines Teils von Oberschlesien war natürlich die deutsche Leistungsfähigkeit hinsichtlich der Kohlen verschlechtert worden, vollends noch mehr durch Wegnahme der Saarbergwerke.

¹⁾ Nach der deutschen Regierungsdentschrift: "Die Durchsührung bes Bersailler Bertrages vom 10. Januar 1920 bis zum 10. Januar 1922", S. 48/49 wurden an Kohlen, Koks in Kohlen umgerechnet, von Deutschland geltefert: September 1919 bis Juli 1920 8807161 Tonnen, August 1920 bis Januar 1921 rund 11300000 Tonnen. Bon da ab wurden, nachdem die Reparationskommission vom Februar 1921 ab monatlich 2200000 Tonnen, mindestens aber 1,6, später 1,7 Millionen Tonnen forderte, geliefert:

44 W. Los.

die Biedergutmachungsschuld gutgeschrieben. An Frankreich sind ferner drei Rahre lang jährlich zu liefern:

35 000 Tonnen Bengol, 50 000 Tonnen Steinkohlenteer, 30 000 Tonnen ichwefelsaures Ammoniak: an Stelle des Steinkohlenteers kann Frankreich bestimmte Destillationserzeugnisse der Rohlengewinnung berlangen 1).

Nach Anlage VI. Teil VIII, Abschnitt 1 des Bertrages hat ferner Deutschland dem Wiederautmachungsausschuß Farbitoffe und chemischpharmazeutische Erzeugnisse nach dessen Anordnung, bis zu 25% seiner Erzeugung, zu liefern 2).

```
1) Rach der deutschen Regierungsdenkschrift: "Die Durchführung des
Berfailler Bertrages vom 10. Januar 1920 bis 10. Januar 1922", S. 50/51,
wurden bon Deutschland geliefert:
      an Bengol vom Februar 1921 bis 10. Januar 1922: 29 159,1 Tounen
      an ichwefelfaurem Ammoniat
         vom Mai 1920 bis April 1921 . . . . . . 29815825,00 kg
               " 1921 " 10. Januar 1922 . . . . 20894168,75 "
     2) Rach der obengenannten Denkschrift, S. 51/52, wurden von Deutsch-
land geliefert:
     a) an Farbstoffen
  50% ber am 15. August
    borhandenen Bestände
    bis 30. Runi 1921 . . 9872 642,432 kg im Werte von 149 763 104,15 Mt.
  25% ber laufenden Bro-
    buttion bis 10. Nanuar
    1922 . . . . . . . . 7 150 918,375 " " "
                                                    " 514 007 988.48
     Auf Grund eines am 24. Auguft 1921 in Rraft getretenen Bufahabtommens
find bis jum 10. Januar 1922 geliefert an:
      Amerifa . . . . . . 18688,000 kg im Werte von 4110338,95 Mf.
                          20940,000 "
                                                      120 109,78 $
      Belgien . . . . . 109 083,000 "
                                                 " 10 498 013,45 Mf.
                          26389,000 "
                                                      489 390,00 Fr.
                                              " 3 244 326,45 Mf.
     England . . . . . 67893,000 "
                           6 187,000 "
                                                     5 673/10/4 €
      Frankreich . . . . . 18712,000 " "
                                            " 3 185 456,40 Mf.
                           8 101,000 " "
                                                 " 314 162,40 Fr.
                                                 " 2443 514,15 Mf.
     Italien . . . . . . 20661,000 "
                           3628,000 "
                                                 " 167 474,65 Lire
     b) an chemisch=pharmazeutischen Brodutten
 50% ber am 20. September 1919 por=
   handenen Beftanbe bis 31. Mara
   1921 . . . . . . . . . . . . . . . 106 647 kg im Werte von 11 805 632 Mf.
 25 % ber laufenden Broduktion vom
   Ottober 1920 bis 10. Januar 1922 482 961 " "
```

" 208**63747**5 "

Im übrigen verliert Deutschland, nach Anlage VII, Teil VIII, den Rest seines Kabelnetes, soweit dies nicht schon im Kriege von den Feinden zerstört war. Auch hierdurch erwuchsen wiederum dem Reiche Entschädigungsverpflichtungen und entgingen der deutschen Jahlungsbilanz Einnahmeposten.

V. Äußerer Hergang seit dem Londoner Ultimatum vom 5. Mai 1921 bis zur Gegenwart. Zahlungsschwierigkeiten und Valutaverfall.

Überblicken wir die tatjächliche Entwicklung seit dem Versailler Frieden, so ist es das Programm der Reichsregierung gewesen, nach Möglichkeit die Bestimmungen zu erfüllen; andererseits wurden von der Gegenseite fortgesett Borwürfe erhoben, daß es an der Erfüllung und dem dazu nötigen guten Billen fehle. Deutschland hatte schon, wenn sich die Anforderungen der Siegerstaaten nicht geltend gemacht hätten, nach dem Kriege die riesigsten Finanzopfer zu bringen. Es ging mit einer Schuld des Reiches von ungefähr 156,5 Milliarden Papiermark 1) aus dem Kriege hervor, belastet — wie alle Kriegführenden mit Benfionsansprüchen der Armee und Marine und mit Demobili= sierungsausgaben: all dies inmitten einer Verfassungsumwälzung und heftigfter sozialer Unruhen. Berkurzt um Millionen leistungsfähigster Steuerzahler, mußte Deutschland die Steuerlaften für die berbliebenen Steuerzahler fortwährend steigern. Gine ergiebige Kreditbeschaffung, die ohne Zwang bei dem deutschen Sparkapital zur Erlangung von Mitteln etwa versucht worden wäre, ist in der Krise in der ersten Nachfriegszeit jedenfalls der Regierung nicht gelungen, als es die wichtigfte finanzielle Aufgabe wohl gewesen ware, die schwebende Schuld zu konsolidieren. Seit der Revolution nahm die schwebende Schuld und die Inanspruchnahme der Reichsbank und damit die Inflation immer mehr zu. Die Aufwendungen für die ersten Lieferungen aus dem Waffenstillstandsabkommen und Friedensbertrag murden mit Banknotenkredit gedeckt. Die unsichtbaren Aktiva der deutschen Bahlungsbilanz, die Bezüge aus auswärtigen Rapitalanlagen und aus der

¹⁾ Dies ist der Stand der Reichssichuld vom 31. März 1919 nach Stat. Jahrb. s. d. Deutsche Reich 1921/22, S. 367. Andere Ziffern durch Wegslassung der Reichskassenicheine, S. 371.

46 W. Loh.

Sandelsschiffahrt waren großenteils weggenommen, dafür riefige Entichädigungen an geschädigte Deutsche zu gahlen. Eine Erholung der Rahlungsbilanz durch Steigerung der Warenausfuhr war aus verschiedenen Gründen nicht erreichbar: es mangelte Deutschland an den Rohstoffen, es mangelte an Lebensmitteln nach der jahrelangen Kriegsblockade, die Arbeiter waren unterernährt und nicht voll leistunges fähig, sowie in fortwährender politischer und sozialer Unruhe. Die Möglichkeit, Devisenguthaben zur Zahlung für Reparation durch gesteigerte Warenausfuhr zu erwerben, war auch und ist bis heute beeinträchtigt durch Erschwerungsmaßnahmen für deutsche Waren in den vormals feindlichen Ländern, insbesondere durch Versagung der Meist= begünstigung; nicht minder durch die Kohlennot, welche bei den zudiktierten Rohlenlieferungen und vollends nach dem Berluste des Saargebietes und dann auch eines Teiles von Oberschlefien in Deutschland chronisch wurde. Es mangelte am täglichen Brot für die Menschen und am Brot der Industrie, der Rohle. Richt nur durch Ginfuhrerschwerungen für deutsche Waren, sondern vor allem auch durch das Shstem der erzwungenen Sachlieferungen wurde es unmöglich gemacht, daß die deutsche Zahlungsbilanz gefundete und damit der Markwert sich hob: statt daß Deutschland seine Brodukte am vorteilhaftesten Markt verkaufen kann und dann aus dem Debisenerlös Reparationszahlungen leistet, ist es gezwungen gewesen, nach Gutdünken der Alliierten Sachlieferungen zu betätigen, über beren Bewertung dann Verschiedenheit der Meinung obwalten kann. Bei der Kohle kamen diese Mißskände bereits im Juli 1920 zur Erörterung, als sich die Alliierten in Spa berieten und auch deutsche Vertreter dann zuzuziehen sich entschlossen 1).

In Spa haben sich zunächst im Juli 1920 die Allierten geeinigt, daß von den deutschen Wiedergutmachungsleistungen an Frankreich 52, an das britische Reich 22, an Italien 10, an Belgien 8, an Japan und Portugal je $^3/_4$ %, die restlichen $^61/_2$ % an die Balkanstaaten und andere Gebiete verteilt werden sollen. Im übrigen wurden ausdrücklich die Rechte der Länder anerkannt, von denen Belgien Darlehen empfangen hat, und Bestimmungen getroffen über die Rückzahlung dieser Beträge, denen jedoch der von allen Berbündeten anerkannte Prioris

¹⁾ Bgl. über das Spaabkommen vom 16. Juli 1920 J. M. Kehnes, Revision des Friedensvertrages, S. 208 ff., sowie Reparation Commission I. Statement of Germany's obligations, London 1922, S. 31.

tätsanspruch Belgiens auf 2 Milliarden Goldmark aus den deutschen Reparationszahlungen vorgeht. Mit Bezug auf die Kohlenlieferungen Deutschlands wurde folgendes beschlossen:

- 1. Deutschland muß vom 1. August 1920 ab, sechs Monate hins durch, monatlich 2 Millionen Tonnen Kohlen an die Alliierten liesern. Diese Kohle wird auf Wiedergutmachungskonto zum deutschen Inlandspreis, gemäß § 6 a, Anlage V, Teil VIII des Friedensvertrages, ansgerechnet.
- 2. Es wird von den Empfängern bar eine Prämie von 5 Goldmark pro Tonne Kohle an Deutschland geleistet. Deutschland muß diese Prämie zum Erwerb von Rahrungsmitteln für die deutschen Bergsarbeiter verwenden.
- 3. Die Alliierten geben vom 1. August 1920 bis 31. Januar 1921, gemäß Artikel 235, 251 bes Friedensvertrages, an Deutschland einen Borschuß in Höhe des Unterschiedes zwischen dem deutschen Inlandsfohlenpreis und dem Ausfuhrpreis der deutschen Kohle, frei deutsche Häfen, bzw. dem englischen Ausfuhrpreis, frei englische Häfen; hiersbei kommt jeweils der geringere der beiden letztgenannten Preise in Betracht.

Wird am 15. November 1920 festgestellt, daß für August bis Oktober nicht 6 Millionen Tonnen Rohlen insgesamt geliefert sind, so können neue deutsche Gebiete beset werden. Eine ständige Delegation der Reparationskommission, aus der sich dann das Garantiekomitee entwickln sollte, wird in Berlin errichtet.

Ehe die Entwicklung 1) bis zum Zahlungsplan vom Mai 1921, dessen Annahme durch Ultimatum Deutschland abgezwungen wurde, dargestellt wird, sind zwei Borbemerkungen zu machen. Das Borgehen der Alliierten und das Berhalten der deutschen Regierung mußte bestimmt werden: erstens durch Erwägungen über Deutschlands Fähigkeit, Reparationsleistungen zu erfüllen, zweitens durch Erwägungen, ob für in der Zukunft in Aussicht stehende Leistungen Deutschlands in irgendeiner Weise in der Gegenwart am Geldmarkt Kapital beschafft werden könne. Waren die Annahmen hinsichtlich Deutschlands Leistungsfähigkeit richtig, so kam es vom Standpunkte der Alliierten darauf an, den guten Willen zur Erfüllung von Deutschland garan-

¹⁾ Bgl. hiefür und für das folgende die Beigbücher, Reichstagsdrucksiachen 1920/22, Nr. 4140, 4484, auch 1640.

48 **W.** Log.

tiert zu bekommen, eventuell zu erzwingen. In jedem Fall handelte es sich um ein ungeheuer schwieriges und kompliziertes Finanzproblem und um Aufgaben, deren Lösung nur denkbar war, wenn ein übereinstimmender Wille der Alliierten ein reiflich durchdachtes, vernünftiges Programm konsequent als Endziel vertrat. Tatsächlich jedoch begegnet in dieser Zeit bei den Siegerstaaten eine Reihe von Irrtümern über Deutschlands Leistungsfähigkeit und das Gegenteil von einem staatsmännischen, sest auf ein reichlich durchdachtes sinanzielles Ziel gerichteten Willen. Es ist eine Zeit, in der Deutschland mit Gewaltdrohungen und Gewalttätigkeiten überhäuft wird, die ihrerseits wieder nicht so viel an Finanzleistungen herausbringen können, als die Alliierten wünschen, während sich das Ansehen der deutschen Regierung, die zu erfüllen hat, infolge der Mißersolge nach außen mindert und zugleich die Finanzlage, die Valuta und die Wirtschaftslage Deutschlands sich immer ungünstiger gestalten.

Bom 24. September bis 8. Oktober 1920 war in Brüffel eine internationale Finanzkonferenz abgehalten worden, an der sich auf Beranlassung des Bölkerbundes auch Deutschland und Dsterreich beteiligten. Dieser Konferenz war von den beteiligten Regierungen eine Fülle von Material über die sinanzielle Lage der einzelnen Staaten unterbreitet worden. Das Bureau des Bölkerbundes hatte es unternommen, dies Material zu bearbeiten, — leider ehe es in einem Nachtragsheft durch später erfolgende Ergänzungen berichtigt war. Man hatte versucht, Prokopsberechnungen der Steuerbelastungen in vergleichbarer Form für die berschiedenen Länder zusammenzustellen, und diesen Zissern Schätzungen des Bolkseinkommens gegenübergestellt. Ich habe mich bemüht, in einem Aufsatz 1) nachzuweisen, daß sich hier die größten Fehlsschlüsse sinden.

Leider ist der damalige Reichsminister Dr. Simons von seinen finanztechnischen Beratern nicht gewarnt worden, mit Ziffern des

¹⁾ In Schwollers Jahrbuch 1920, S. 1203, 1206, 1210, habe ich nachsgewiesen, daß für 1920 die Steuerlast pro Kopf für Deutschland unter Berücksichtigung der Reichse und Ländersteuern auf 558,53, bzw. ohne Abzug der überweisungen die Reichssteuerlast allein auf 633,67 Papiermark statt der vom Bölkerbund errechneten 474,9 Mk. und daß die Steuerlast in Frankreich auf 427,53 statt der vom Bölkerbund errechneten 416,6 Frs. pro Kopf anzunehmen sei, serner daß mit den Einkommenschätzungen des Bölkerbundes nichts anzusangen sei (vgl. ebenda S. 1212 ff.).

Bölferbundes zu argumentieren, als er in London vor Lloyd George und Briand nachzuweisen sich bemühte, daß in Deutschland nach Abzug der Steuerbelastung nur ein Einkommen pro Kopf von 330 Goldmark verbleibe, während man in den "Bemerkungen zur Denkschrift der Sachverständigen der Alliierten" deutscherseits das Gesamteinkommen der Deutschen pro Kopf, ohne Steuerabzug, damals auf nur 2331/3 Goldmark geschätzt hatte 1).

Ausgangspunkt der Verhandlungen der Alliierten unter sich und mit Deutschland über die Reparationsfragen vom Winter 1920 bis zum Mai 1921 waren folgende Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages:

Nach Artikel 233 hatte der Wiedergutmachungsausschuß bis spätestens 1. Mai 1921 über den Betrag der bon Deutschland zu ersebenden Schäden Beschluß zu fassen und der deutschen Regierung zu diesem Termin den Gesamtbetrag ihrer Berpflichtungen bekanntzugeben. Bu gleicher Zeit sollte der Ausschuß einen Bahlungsplan aufstellen, "der die Fälligkeitszeiten und die Art und Beise borschreibt, wie Deutschland vom 1. Mai 1921 ab feine gesamte Schuld in einem Zeitraum von 30 Jahren zu tilgen hat". Im Artikel 235 und § 12c der Anlage II, Teil VIII, war zunächst eine Abschlagszahlung von 20 Milliarden Goldmark borgefehen, dann für später fällig noch zwei Zahlungen in Schuldverschreibungen im Betrage von je 40 Milliarden Goldmark. § 12b der Anlage II, Teil VIII bestimmte: "In regelmäßiger Biederkehr schätt ber Ausschuß die Bahlungsfähigkeit Deutschlands ab und prüft bas deutsche Steuerjystem und zwar: 1. damit alle Ginfünfte Deutschlands, einschließlich der für den Zinsendienst und die Tilgung aller inneren Unleihen bestimmten, vorzugsweise zur Abtragung der Wiedergutmachungsschuld bermendet werden; 2. um die Gewißheit zu erlangen, daß das deutsche Steuersystem im allgemeinen im Berhältnis vollkommen ebenso schwer ist, als dasjenige irgendeiner der im Ausschuß vertretenen Mächte."

Die letzte Bestimmung hat wegen der enormen Schwierigkeit, bei verschiedenem Grade der Währungsverschlechterung den Steuerdruck in Deutschland und den alliierten Staaten exakt zu vergleichen, die Be-

Schriften 164. 4

¹⁾ Bgl. S. 175, 69 des deutschen Weißbuchs vom 11. März 1921 (Reichstagsbruckjache Nr. 1640).

deutung, einen Streitpunkt zu schaffen, bei dem es fortwährend unlösbare Differenzen gibt.

Die Prüfung aber des deutschen Budgets und der deutschen Belastungen mit Steuern im einzelnen war von Sachverständigen der Alliierten im Winter 1920/21 vorgenommen worden und darüber nach einer Konferenz in Brüssel am 2. Jebruar 1921 in solgendem Sinne berichtet worden¹): Es seien Mehrerträge vom deutschen Steuerspstem zu erwarten und Sinschränkungen der Ausgaben Deutschlands möglich; dann könne möglicherweise in sehr naher Zukunft mit einer Balancierung des ordentlichen Budgets gerechnet werden, aus dem alle Ausgaben auszuschließen wären, welche einen zufälligen Charakter hätten. "Man kann sogar, wenn nicht für das erste, so doch wenigstens sür die folgenden Rechnungsjahre, mit einem Überschuß an Einnahmen rechnen."

Die außerordentlichen und einmaligen Ausgaben müßten baldigst berschwinden. Im Budget für Ausführung des Friedensvertrages sei, unter Mitwirkung der alliierten Länder, eine Ermäßigung des Gesamtsbetrages der von Deutschland für die Besatungsarmeen, die intersalliierten Kommissionen usw. zu zahlenden Beträge anzustreben; ebenso sei aber auch eine Einschränkung der von Deutschland an die durch den Friedensvertrag verletzten deutschen Staatsangehörigen geschuldeten Entschädigungen durch Deutschland selbst zu bewirken. Das Budget zur Ausführung des Friedensvertrages könne dann gedeckt werden: 1. mit Hilse des Überschussertrages könne dann gedeckt werden: 1. wir hilse des Überschussertrages könne Budgets, 2. vor allem durch erhöhte Besteuerung alkoholischer Getränke und vermehrte Zollabgaben.

Diese optimistische Schätzung der deutschen Finanzlage, die in der Folge durch die tatsächliche Entwicklung durchaus nicht bestätigt wurde, lieferte die Grundlage für ein Zahlungsprogramm der deutschen Reparationen, welches seit Winter 1920/21 von den Alliierten in mehreren Bariationen aufgestellt wurde. Nachdem sich im Jahre 1920 in San Remo, dann in Hythe, Boulogne, Brüssel, Spa 2) die Premierminister der alliierten Länder ohne wesentlich befriedigendes Resultat über die

¹⁾ Bgl. deutsches Weißbuch vom 11. März 1921 der Reichstagsbrucks sache, Rr. 1640, S. 88 ff., S. 122 ff. Bgl. für die Schlußfolgerungen Rr. 1640, S. 101—103.

²⁾ Rennes, Revision des Friedensvertrages, S. 16 ff.

Reparationsfrage besprochen hatten (im Juni 1920 soll erörtert worden sein, daß Deutschland 35 Jahre lang mindestens je 3 Millisarden Goldmark zahlen müsse), wurde in einer Brüsseler Zusammenstunft vom 16. bis 22. Dezember 1920, unter Zuziehung deutscher Verstreter, zunächst über ein Provisorium für die nächste fünf Jahre, von 1921 bis 1926, verhandelt, aber ohne daß etwa für die Zukunft Bestimmendes dabei herauskam 1).

Nun tagten vom 24. bis 29. Januar 1921 die Alliterten unter sich in Paris und faßten bestimmte Beschlüsse hinsichtlich der deutschen Entswaffnung wie auch hinsichtlich der Reparationen. Diese Beschlüsse wurden mit Begleitnote des Ministerpräsidenten Briand vom 29. Januar 1921 der deutschen Regierung übermittelt 2).

Die finanziellen Beschluffe follten Deutschland verpflichten, bom 1. Mai 1921 ab 42 Jahre lang feste Annuitäten und außerdem bewegliche Unnuitäten zu zahlen. Daneben follten aber die Rücklieferungen nach Artikel 328 und andere Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage fortbestehen. Die festen Annuitäten sollten 1921 und 1922 je 2 Milliarden Goldmark betragen und dann allmählich ansteigen, um vom 1. Mai 1932 bis zum 1. Mai 1936 jährlich 6 Milliarden Goldmark auszumachen. Eine einzige Jahreszahlung der letten Periode würde dann das Anderthalbsache der gesamten nach 1871 von Frankreich an Deutschland bezahlten Kriegsentschädigung von 5 Milliarden Fr. oder 4 Milliarden Goldmark ausgemacht haben. Die Gesamtsumme der in festen Annuitäten zu gahlenden Summe würde, ohne Rudficht auf die Zeitdifferenzen, 226 Milliarden Goldmark betragen haben. Die beweglichen hinzutretenden Annuitäten sollten die Alliierten an einer Besserung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands beteiligen, und zwar durch Inanspruchnahme von jährlich 12% des Goldwertes seiner Warenausfuhr. Deutschland wurde zu einer Konferenz nach London zur Besprechung diefer Parifer Borichlage eingeladen. Gegenüber dem Bortlaut des Friedensbertrages war nach Ansicht der Alliierten hierin eine Milderung zugunften Deutschlands zu erblicken, indem die Frift für die Reparationszahlungen von 30 auf 42 Jahre verlängert wäre. Auch war man bereit, über einen anderen Magstab für die Bemeffung der beweglichen Annuitäten, als den vorgeschlagenen, zu diskutieren.

¹⁾ Bgl. Kehnes, a. a. D., S. 21.

²⁾ Bgl. Beigbuch Druckj. 1640, S. 6 ff.; insbesonders S. 18 ff.

52 W. Loh.

Im übrigen sollte Deutschland auf auswärtige Anleihen ohne Zustimmung der Reparationskommission für die nächsten Jahrzehnte verzichten und ein besonderes Pfand in Form der deutschen Sees und Landsölle, sowie aller sonstigen Einfuhrs und Aussuhrabgaben bestellen. Für den Fall der Nichterfüllung der gesorderten Zahlungen waren sehr energische Maßnahmen in Aussicht gestellt.

Die von der deutschen Regierung zur Brüfung dieser Borschläge einberufene Sachverständigenkonferenz erstattete eingehende wirtschaftliche und finanzielle Gutachten; letteres Gutachten fett sich auch ein= gehend mit dem der alliterten Sachverständigen über die deutsche Finanglage auseinander. Auf Grund dieser Prüfung der Sachlage lehnte der deutsche Außenminister Dr. Simons auf der Londoner, am 1. März 1921 eröffneten Konferenz die Pariser Beschlüsse ab und entwidelte einen Gegenvorschlag. Dieser wurde wiederum von den Alliierten abgelehnt, und zwar in den schroffften Formen; ebenso wenig drang ein darauf von dem deutschen Minister Dr. Simons vorgebrachter Borschlag, auf den Gedanken einer provisorischen Regelung für fünf Jahre zurudzukommen, durch. Lieft man die Berhandlungen der Ronferenz, fo scheint es, daß man sich gegenseitig bei Auseinandersetzung über diefe fehr komplizierten Dinge mehr migverftanden hat, als vielleicht unbedingt nötig gewesen wäre. Zedenfalls endete die Konferenz damit, daß die Alliierten Deutschlands Verhalten als unbefriedigend erklärten und sogenannte Sanktionen, gegen deren Zulässigkeit Minister Simons sofort Protest erhob 1), in Aussicht stellten; die angedrohten Magnahmen wurden bald verwirklicht.

1. Die Städte Duisburg, Ruhrort, Düsseldorf auf dem rechten Rheinuser wurden besetzt. 2. Es wurde angekündigt, daß alltierte Resgierungen einen gewissen Anteil von allen Deutschland für deutsche Waren geschuldeten Jahlungen für Reparationsrechnung einbehalten würden. Ein Teil des Kaufpreises werde für die Staatskasse des alliterten Landes erhoben, der Rest werde mit einer Quittung der Staatskasse kasse über den einbezahlten Betrag an Deutschland übersandt. (Es bebeutet dies, daß dann die deutsche Keichskasse dem geschädigten deutschen Exporteur für den Kauspreisabzug auskommen muß.) 3. Im besetzten Gebiet sollen die Einnahmen der Zollämter an den äußeren Grenzen

¹⁾ Bgl. über die Rechtslage auch Kehnes, Revision des Friedensvertrages, S. 32-34, 56 ff.

für die Reparation beschlagnahmt werden; zunächst waren auch Zölle für den Berkehr zwischen dem unbesetzten und dem besetzten deutschen Gebiet in Aussicht genommen. England ging selbständig mit Ersebung einer Abgabe von eingeführten deutschen Waren für Reparationszahlungen vor 1).

Inzwischen unterbreitete am 24. April 1921 Deutschland neue Gegenvorschläge durch die Regierung der Bereinigten Staaten von Amerika an die Alliierten, wonach man sich bereit erklärte, eine Gesamtlast von 50 Milliarden Goldmark Gegenwartswert anzuerkennen und eine internationale Anleihe hiefür zugunsten der Alliierten zu verzinsen und zu amortisieren?). Dies Angebot hat keine praktische Beseutung gewonnen. Der 1. Mai 1921 war herangenaht. Darüber, ob Deutschland bis dahin die im Bersailler Frieden vorgesehenen ersten 20 Milliarden Goldmark vollständig aufgebracht hat, besteht keine Einigkeit. Der Gesamtwert der von Deutschland bis 30. April 1921 bewirkten Leistungen wird von dem deutschen Staatssekretär Dr. F. Schröder in der am 28. September 1922 herausgekommenen achten Rummer der Serie "Reconstruction in Europe" des "Manchester Guardian Commercial" folgendermaßen geschäht:

1. Seiftungen aus vorhandenen Beftänden und Abtretung von Eigentum:

	Goldmark
1. Reichs- und Staatseigentum im In- und Ausland, ausschließlich Oberschliefien, ElsaßeLothringen, Eupen-Malmedy und beutsche Kolonien (anscheinend unter Einrechnung der anteiligen öffent-	
lichen Schulden)	4 710 000 000
2. Saargruben (anscheinend unter Miteinrechnung ber Reben=	
leiftungen ber Saarbergverwaltung)	1 100 000 000
3. Privattabel	85 500 0 00
4. Rudlagguter in den von den beutschen Truppen geraumten Ge-	
bieten (ausschließlich bes militärischen Ritalaffes)	3 000 000 0 00
Übertrag :	8 895 500 000

¹⁾ Die German Reparation Recovery Act vom März 1921 ist wiedergegeben in der Volkswirtsch. Chronik der Jahrbücher für Nationals ökonomie und Statistik, Märzheft 1921, S. 132 ff.

²⁾ Kehnes, ebenda S. 220. Deutschland erklärte sich ebentuell auch bereit, statt der 50 Milliarden sosomarf in Annuitäten zu leisten.

Übertrag: 5. Waffenstillstands-Eisenbahnmaterial, einschließlich Fahrzeugersatzteile und Lasttraftwagen, Eisenbahn- und Schiffbrücken, Eisenbahn- sahrzeugpark in den Abtretungsgebieten (hierin sind in den Abtretungsgebieten zurückgelassen- 1800 Lokomotiven, 1800 Personen-	Goldmark 8 895 500 000
wagen, 463 Gepäckwagen, 2000 Güterwagen und andere Wagen enthalten)	1 626 000 000
Schiffe)	7 310 300 000 78 000 000 650 000
Summe I, 1—8	·
9. Liquidiertes deutsches Eigentum im Ausland	
verbündeten	7 000 000 000 36 610 450 000
II. Leiftungen aus laufender Produktion: 11. Kohlen, Koks und Nebenprodukte (ohne Berücksichtigung der Fobpreise [Lieferung von über 22 Millionen t Kohlen usw.]) 12. Farbstoffe und chemisch-pharmazeutische Erzeugnisse (Inlandpreise	475 000 000
[Lieferung von weit über 14 000 t])	44 000 0 00 104 000 000
und andere Maschinen, Materialien [Inlandspreise])	30 000 000 653 000 000
III. Barzahlungen:	
15. Für die Überlassung des Schrotts aus zerstörtem Kriegsmaterial 16. Berschiedenes (Einnahmen aus der rheinischen Zollzone usw.)	
Summe III, 15—16 hierzu Summe II hierzu Summe I, 1—8	
Gesamtsumme für Reparationstonto nach beutscher Aussalfung ans zurechnen	18 599 450 000 18 700 000 000
Opfer Deutschlands aus bem Berfailler Frieden einschließlich Aus- gleichslaften bis 30. April 1921	
Die Gutschriften der Reparationskommission bliebe hinter dem Betrage von 18 599 450 000 Goldmark zurü weise ist für die von Deutschland ausgelieserten Überse	d. Beispiels-

blog eine Gutschrift von 749 458 000 Goldmark, wovon aber noch etwa 881/2 Millionen abzuziehen sein würden, zugestanden worden 1). Für die Saarkohlengruben betrug borläufig die frangofische Schätzung nur 300 bis 400 Millionen Goldmark. Rommt es später nach der Volks= abstimmung zu einer Rudgabe des Saargebietes an Deutschland, so bestimmt sich je nach der Bewertung des Kohlengrubenbesitzes der Rückkaufsbreis, den Deutschland den Franzosen zahlen müßte. Nach einer von Rehnes?) mitgeteilten Aufstellung des britischen Schakamtes bom August 1921 sollen die deutschen Leistungen bis 30. April 1921 von alliierter Seite auf 1 780 688 000 Goldmark in Barzahlungen, Schiffen, Rohlen, Farbstoffen und anderen Lieferungen, auf 2754 104 000 Goldmark in unbeweglichem Eigentum und anderen Übertragungen, also die gesamten Leistungen auf 4534792000 Goldmark geschätzt worden sein. Im Gegensat dazu teilt Vierre Guebhard in der Revue economique internationale vom 25. November 1922 (S. 409) folgende Tabelle aus einer Broschüre der Reparationskommission mit:

Deutschlands Lieferungen und Zahlungen zwischen 11. November und 30. April 1921 nach Berechnung vom 30. April 1922:

A. Barleiftungen für deutsche Rechnung:	Goldi	nart
Zahlungen Frankreichs		
a) für deutsche Marottobant-Aftien	643 000	
b) telephonische Rechnung vor August 1914	10 000	
Zahlungen Dänemarks		
a) für Gütererwerb in Schleswig	63 000 000	
b) für übernommenen Anteil an deutschen Reichs-		
und Landesschulden	2 000 000	
Gelb aus den bei Scapa Flow versenkten Kriegsschiffen	4 000	
Cinnahmen aus Kriegsgerät		
a) erlöst zwischen 11. Nov. 1918 und 30. April 1921	17 595 000	
b) erlöst zwischen 1. Mai 1921 und 31. Januar 1922	25545000	
Einnahmen aus theinländischen Zöllen	3 324 000	
Summe der Barleiftungen	112 121 000	112 121 000

¹⁾ Diese Angabe sindet sich in dem zitierten Aussatz von Staatssekretär Dr. Schroeder in der Beilage zum Manchester Guardian Commercial. In der englischen Broschüre der Reparation Commission, London 1922, I S. 8, 12, ist der Wert der bis 30. April 1921 anzurechnenden deutschen Schiffe mit vorläusig 659867000 Goldmark, wodon 390701000 noch nicht verteilt seien, Deutschland gutgeschrieben, der der Saargruben auf 400 Millionen Goldmark, wodon Frankreich 300 Millionen belastet sind, berechnet.

²⁾ Bgl. J. M. Rennes, Revision des Friedensvertrages, S. 134.

56 W. Loh.

	Goldmark
Übertrag: Summe ber Barleistungen	112 121 000 112 121 000
B. Sachleiftungen:	
= .7:11:	659 86 7 000
Docks von Rotterdam	325 000
Biehlieferungen	90 899 000
Berichiedene Lieferungen	8 430 000
Wiederaufbaumaterialien	1 068 000
Steintohle, Kots, Brauntohle a) von den Alliierten übernommen	409 960 000
b) an Luxemburg geliefert	423 700 000 17 595 000
Rohlennebenprodukte	11 323 000
	2.606.000
a) Benzol	5 408 000
Farbstoffe	38 001 000
Pharmazeutische Produtte	3 053 000
Bibliothet von Lowen	522 000
	251 064 000 1 251 064 000
C. Waffenftillftanbilieferungen 1	183 226 000 1 183 226 000
D. Andere liquide Bermögenswerte (Unterfee-	
fabel)	49 000 000 49 000 000
Summe A—D	2 595 411 000
	2 000 411 000
Außerdem wird noch als beutsche Leiftung anerkannt:	
E. Unbewegliches Vermögen und sonstige Rapitalwerte:	
	100 000 000
Deutsche Schute in der französischen Konzession in	
Shanghai	2 042 000
Eigentum in ber englischen Ronzeffion in Shameen	538 000
Eigentum in Riautschau	59 000 000
Gütererwerb durch: a) Tjchechojlowatei	5 64 0 000
b)	5 640 000
c) Freie Stadt Danzig	300 000 000
d) Polen: 1. Abgetretenes Gebiet 1'	712 025 000
2. Abstimmungszone	
Anteilig übernommene beutiche Sanberichulben ent- fallen auf:	
a) Belgien für Moresnet, Eupen, Malmeby	635 000
b) Tichechoflowakei für Schlefien	391 000
c)	
d) Freie Stadt Danzig	5 514 000
1. Abgetretenes Gebiet	18 557 000
2. Abstimmungsgebiet	
	504 342 000 2 504 342 000
A-E Summe aller beutschen Leiftungen vom 11. Rov.	
1918 bis 30. April 1921 nach Berechnung ber Resparationskommission nach Angaben von Guébhard .	5 099 753 000

Hierzu wird bemerkt, daß die Summe zu E im Betrage von 2504342000 Goldmark zur Minderung der Kapitalschuld Deutschlands verrechnet, nicht jedoch zur Zahlung der Besatzungskosten, entsprechend der von der Reparationskommission für Friedensvertrag Artikel 235 festgesehten Auslegung verwendet werden dürfe.

Die Besatzungskosten werden unter Abzug der Goldmarkwerte der von Deutschland bezahlten Papiermarkbeträge zum 1. Mai 1921 berechnet auf:

```
901 450 000 Goldmark für Großbritannien,
1 042 749 000 " " Frankreich,
10 052 000 " " Stalien,
177 644 000 " " Belgien,
1 010 614 000 " " Vereinigte Staaten.
```

3 142 509 000 Goldmark insgefamt Besatzungskoften bis Ende April 1921.

Hierzu werden die gemäß dem Spaabkommen vom Juli 1920 Deutschland auf Kuhlenlieferungen gewährten Vorschüffe von 392 Millionen Goldmark hinzugeschlagen, so daß insgesamt rund 3535 Millionen Goldmark vor allen Reparationen Deutschland zur Last geschrieben werden und gegenüber den anrechenbaren Leistungen Deutschlands von 2595 Millionen Goldmark ein Fehlbetrag von rund 940 Millionen Goldmark für Deutschlands Leistungen errechnet wurde.

Die frangofische Broschüre, aus welcher Guebhard schöpft, war mir nicht zugänglich, wohl aber die offizielle englische Beröffentlichung: "Reparation Commission. I. Statement of Germany's obligations under the heading of reparations, etc., at April 30 th, 1922. Extracts from the Accounting Records of the Reparation Commission", London 1922. Es ift fehr bedauerlich, daß das deutsche Bublikum bloß bie deutschen amtlichen Schähungen unserer Leistungen und gelegentlich etwas bom Notenwechsel mit der Reparationskommission erfährt, und daß nicht durch die Reparationskommission oder durch die deutsche Regierung Übersehungen der Rechenschaftsberichte der Reparationskommission bekanntgegeben werden, aus welchen die Grundsätze der Anrechnung deutscher Leistungen und die angerechneten Beträge erkennbar find. In dem englischen Text wird zunächst mitgeteilt, daß für die Bewertung der deutschen Lieferungen an Schiffen, Bieh, Kohle, zurudgelassenem Kriegsmaterial und der deutschen Waffenstillstandslieferungen, der Sagraruben und des Staatseigentums in abgetretenen

58 W. Loy.

Gebieten die Ziffern nur provisorisch seien, ferner daß auch nach dem 1. Mai 1921 erfolgte Lieserungen, die auf Rechnung der Periode bis 30. April 1921 gehen, mitgerechnet seien. Des weiteren wird bemerkt, daß nach der Auslegung des Artikels 235 des Friedensvertrages durch die Reparationskommission nicht alle Leistungen Deutschlands vor dem 30. April 1921 sür Deckung der Besatungskosten usw. zu verbuchen seien, sondern nur diesenigen von "liquidem Charakter", während der Wert abgetretenen Staatseigentums auf Deutschlands Kapitalschuld gutzuschreiben sei. So wird erklärt, daß sich für Deutschland ein Fehlbetrag in Deckung der allierten Besetungskosten bis 30. April 1921 ergibt, obwohl Deutschlands Gesamtleistungen als höher wie die Summe der Besatungskosten anerkannt sind. Zunächst wird in der englischen Broschüre (S. 8, 9) Deutschlands Gesamtleistung bis 30. April 1921, wie bei Guebhard, auf 5 099 753 000 Goldmark bewertet.

Nachher auf Seite 11 ff. sind die Leistungen Deutschlands bis 30. April 1921, unter Zurechnung später bis Ende April 1922 auf dieses Konto eingegangener Werte, nach der Berechnung der Reparationskommission, unter Nachweis der auf die einzelnen Vertragsländer verteilten und der unverteilten Veträge mit Scheidung der Gruppen A—D als liquider Werte und der Gruppe E als nichtausschüttbarer illiquider Wertmasse folgendermaßen angegeben:

A. Barzahlungen:	Goldmark
1. Franzöfische Zahlungen für:	
a) Deutschlands Unteil an ber Maroftobant 6	43 000
b) Telephonrechnung vor August 1914	10 000
2. Danifche Zahlung für:	
a) in Schleswig erworbenes Eigentum 630	00 000
b) Anteil an Reichs- und Canbesichulben 20	00 000
3. Gelb gerettet von den bei Scapa Flow versenkten	
deutschen Schiffen	4 000
4. Bertäufe von umgewandeltem Rriegsmaterial 431	40 000
5. Zahlungen für Sachlieferungen:	
a) Luxemburgs Rohlenbezug 175	20 000
b) Berschiedene Farbstoffvertäufe 55	25 000
6. Bereinnahmte Bolle im Rheinland 33	24 000
7. Zinsen aus Kapitalanlagen	02 000
8	
9. Borfcuß aus bem Zahlungsplan 6400	00 000
Summa A: Barzahlungen	778 2 6 8 0 00
Übertrag: 7782	68 000 778 268 000

Goth	mart
Übertrag: Summa A: Barzahlungen 778268000	778 268 000
B. Sachlieferungen ufw.	
1. Schiffe	
2. Rotterdamer Docks 325 000	
3. Vieh § 2a Anlage IV	
" § 6 " IV 83 364 000	
4. Verschiedenes § 2a Anlage IV 8430 000	
5. Wiederaufbaumaterial § 2b Anlage IV 1068 000	
6. Rohlen usw.	
a) Bon den Alliierten abgenommen 423 360 000	
b) An Luxemburg geliefert 1) 5000	
7. Rohlennebenprodukte:	
Benzol	
Ammoniakfulfat 5408000	
8. Farbstoffe	
9. Pharmazeutische Erzeugnisse 3053000	
10. Löwener Bibliothet	
Summa B: Sachlieferungen	1 228 019 000
C. Waffenftillstanbalieferungen	1 183 226 000
D. Andere liquide Aktiva:	
Unterjeekabel	
A-D. Gesamtwert ber liquiden Werte	3 238 513 000
Hiervon seien noch unverteilt: 499 559 000 Goldmark.	
E. Der Wert der Abtretungen auf Rapitalfonto	2 504 342 000
Sonach würde fich bie Gefamtbewertung von Deutschlande Leiftungen	
auf Rechnung bis 30. April 1921 berechnen auf	5742855000
Infolge andecer Berechnungen ift in der englischen Broichure S. 14	:
angenommen, daß Deutschland auf die ihm bis 30. April 1921 im	
Friedensvertrag auferlegte Abschlagszahlung von 20 Milliarden Gold-	
mart in Sachlieferungen abzüglich bes abgetretenen Staatseigentums	
geleistet habe	
Dazu in Leiftungen, die gegenüber Artifel 235 bes Friedensvertrags	
in Betracht kommen	4 961 000 000
Somit insgefamt	7 557 000 000

Indem die liquiden Werte der deutschen Leistungen, welche bis 30. April 1921 anrechendar waren, rund auf 2567 Millionen, dazu hier anrechendare Einnahmen zwischen 1. Mai 1921 und 30. April 1922 auf 28 Millionen, insgesamt also auf 2595 Millionen Goldmark beziffert werden, kommt der angeführte englische Bericht auf Seite 26 zu dem

¹⁾ Luxemburgs Kohlenbezüge werben von diesem Staate bezahlt, aber den Erlös erhält nicht Deutschland ausbezahlt, sondern auf seine Jahresleistung an die Alliserten gutgeschrieben.

60 W. Loh.

Ergebnis, daß die von Deutschland bis 30. April 1921 zu leistenden 3535 Millionen Goldmark nicht voll gedeckt seien, sondern daß ein Desizit von 940 Millionen Goldmark zu Lasten Deutschlands bis 30. April 1921 verbleibe. Die deutschen Lasten werden berechnet auf rückzubergütende Borschüsse für Kohlen nach dem Spaabkommen von 1920 mit 392 Millionen, Nettokosten der alliierten Besahungsarmeen, einschließlich der Bereinigten Staaten, bis 30. April 1921 mit 3143 Millionen, insgesamt 3535 Millionen Goldmark.

Das oben angeführte Beispiel mag genügen, um zu zeigen, welche Berschiedenheit in der Bewertung von Sachleistungen zwischen der deutschen Auffassung und der des Reparationsausschusses sich ergeben können. Würde bei einer Reviston des Bersailler Friedensvertrages ein Schiedsgericht für Entscheidung von Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Bewertung von Sachleistungen vereindart, so wäre ein wesentlicher Fortschritt im Sinne der Zivilisation erzielt.

So lange nicht eine unparteiische Stelle, sondern eine Bartei, nämlich die Gläubigerorganisation, im Reparationsausschuß entscheidet, so ift es ohne Ginflug, wie forgiam auch immer die Sachleiftungen bon bentscher Seite geschätzt sein mogen. Es bleibt immer die Möglichkeit, daß Deutschlands Sachleiftungen nachträglich niedrig bewertet werden und daß dann Deutschland ungenügende Bertragserfüllung vorgeworfen wird. Im vorliegenden Falle entschieden die Alliierten, Deutschland habe die finanziellen und andere Berpflichtungen aus dem Berfailler Bertrage bis 30. April 1921 nicht genügend erfüllt. Binnen sechs Tagen verlangte das Londoner Ultimatum vom 5. Mai 1921 von Deutschland die Annahme bestimmter Forderungen, widrigenfalls Besetzung des Ruhrgebiets, sowie sonstige militärische Magnahmen angedroht wurden 1). In finanzieller Hinsicht bestimmte das Ultimatum, daß Deutschland nach Artikel 231, 232, 233 des Friedensbertrages, gemäß Berechnung bes Wiedergutmachungsansschusses, 132 Milliarden Goldmark zu zahlen habe, ohne Rücksicht auf die Rücklieferungen nach Artikel 238 und andere Bertragsverpflichtungen. Bu diesen 132 Milliarden Goldmark find noch die Schulden Belgiens an feine Berbundeten hinzuzurechnen, welche von der Reparationskommission vorläufig auf rund 4 Milliarden Goldmark geschätzt wurden. Bon der 1921 fest-

¹⁾ Bgl. deutsches Beigbuch, Reichstagebruchfache 1921/22, Rr. 4140, S. 9 ff.

gestellten Rapitalschuld von somit 136 Milliarden Goldmark Gegenwartswert wurden die bisher auf Reparationskonto geleisteten Beträge, serner Summen für Staatseigentum in abgetretenen Gebieten, sowie einige sonstige Leistungen, über die die Reparationskommission noch Entscheidung zu trefsen hat, abgeschrieben.).

Eine Borstellung von der Höhe der verlangten Summe mag es geben, wenn man bedenkt, daß nach der Wehrbeitragseinschätzung von 1913 für das damals weit größere Deutschland das beitragspflichtige Vermögen der natürlichen Personen 152 544 Millionen Goldmark, das steuerpflichtige Einkommen 4766 Millionen Goldmark betrug ²). Rechnet man zum steuerpflichtigen unfundierten Einkommen für 1913 die damals befreiten 5% des versteuerten Vermögens mit 7627 Millionen hinzu, so ergibt sich ein über die Freigrenze hinaus steuerfähiges Einkommen von insgesamt 12 393 Millionen Goldmark.

Seitbem hat Deutschland verloren:

Elfaß=Lothringen	mit	3392	MiA.	Vermögen	unb	130	MiA.	Eintommen.
Posen	*	2397	"	#	"	69		7
Weftpreußen		1862	,,	,	,,	51		

Insgesamt Berluft von 7651 Dill. Bermögen und 250 Mill. Gintommen.

Hierdurch würde sich die Steuerfähigkeit Deutschlands um 7651 Millionen Bermögen auf 144893 Millionen Goldmark berzingern. Zu dem versteuerten Einkommen der verlorenen Provinzen sind noch 5% des dort steuerbaren Bermögens, gleich 383 Millionen Goldmark, hinzuzurechnen, so daß sich das Einkommen im übrigzgebliebenen Deutschland um insgesamt 633 auf 11760 Millionen Goldmark mindert.

Noch nicht abgezogen sind hierbei die Berluste, welche sich durch zeitweilige Abtrennung des steuerkräftigen Saargebiets vom übrigen Deutschland, ferner durch Lostrennung eines Teiles von Oberschlesien und von Nordschleswig, sowie durch andere kleinere Gebietsverluste ergeben. Ebenso wenig sind die Berluste durch Wegnahme von deutschen Auslandsguthaben und Kolonialbesitz, die durch den Krieg und die Revolution innerhalb Deutschlands bewirkten Berluste, die Abnützung

¹⁾ In der englischen Broschüre Reparation Commission I, S.27, ist berrechnet, daß die deutsche Kapitalichuld durch Gutschriften sich von insgesamt 136 auf 133,496 Milliarden Goldmark verringert habe.

²⁾ Bgl. Bierteljahröhefte 3. Stat. b. Deutschen Reiches 1919 II. Erganzungsheft: Behrbeitragsstatistit, S. 9 ff.

ber Maschinen und der Berbrauch der Warenborräte und die Minderung der Sparvermögen berücksichtigt, wenn wir die letzte in Goldvaluta über Deutschland sich erstreckende Steuerveranlagung von 1913 zusgrundelegen. Es wäre ein sträslicher Optimismus, wollte man heute das deutsche Nationalbermögen etwa nach den Ziffern von 1913 noch auf etwa 144 893 Millionen Goldmark schäken.

Der Zahlungsplan für die in dem Londoner Ultimatum vorgesehene Riesensumme wird, wie folgt, formuliert: Als Ersat der in § 12 c, Anlage II, Teil VIII des Versailler Vertrages vorgesehenen und zum Teil übergebenen Schuldverschreibungen werden dem Wiedergutzmachungsausschuß von Deutschland übergeben:

- a) für 12 Milliarden Goldmark Schuldverschreibungen der Serie A, ab 1. Mai 1921 laufend, worauf jährlich 6%, davon 5% für halbjährlich zahlbare Zinsen und der Rest für Tilgung, zu entrichten sind;
- b) für 38 Milliarden Schuldverschreibungen der Serie B, ab 1. November 1921 laufend, worauf jährlich ebenfalls 6%, davon 5% für halbjährlich zahlbare Zinsen, der Rest für Tilgung, zu entrichten sind:
- c) für 82 Milliarden Schuldverschreibungen der Seric C, ab 1. Nosvember 1921, worauf ebenfalls in der bereits geschilderten Art jährlich 6 % Gesamtzahlung vorgesehen ist, während einstweilen diese Schuldsverschreibungen noch ohne Zinsscheine bleiben und weitere Richtigskellung des Gesamtbetrages noch vorbehalten wird.

Insgesamt würde sich hieraus eine Annuitätenlast von jährlich ansangs 7,92 Milliarden Goldmark, für Serie A und B allein von 3 Milliarden Goldmark ergeben, die sich mit der Tilgung der Schuldsscheine durch Auslosung zum Nennwerte mindern würde 1).

¹⁾ In der englischen Broschüre Reparation Commission I, London 1922, S. 27, ist ausgerechnet, daß Deutschland, nach Gutschrift der auf Kapitalkonto gutzuschreibenden 2504 Millionen Goldmark Wert des Staatselgentums in abgetretenen Gebieten und der eingelieserten 132 Milliarden Bonds A—C, vorläusig noch immer 1496 Millionen Goldmark auf die einschließlich der belgischen Berpflichtungen an die Alliierten 136 Milliarden betragende Gesamtschuld nicht abgedeckt habe, jedoch wird vorbehalten, daß sür das Staatseigentum, welches in Oberschlesien, Memel und sonst noch abgetreten und Deutschland gutzuschreiben sei, entsprechend C Bonds vernichtet oder bei nichtausreichender Deckung zur besinitiven Rechnung nachgesordert würden.

Angesichts der Besonderheiten der Serie C ist jedoch eine andere Art der Annuitätenleistung vorgesehen.

Deutschland foll bis zum Rückfauf der Schuldverschreibungen aus dem Amortisationsfond zahlen:

- 1. fest jährlich 2 Milliarden Gold;
- 2. außerdem jährlich eine veränderliche Annuität, entweder 25% vom Wert der Außfuhr oder wahlweise "einen entsprechenden Betrag, so wie es in Übereinstimmung mit einem anderen von Deutschland vorgeschlagenen oder von der Kommission angenommenen Index sesses gesetzt werden sollte". (Nach Art. VII, Abs. V des Zahlungsplanes soll der Gegenwert der Abgabe von 25% von der deutschen Kegierung den Exporteuren bezahlt werden. In dieser veränderlichen Annuität ist eine Verallgemeinerung der von England 1921 in der German Reparation Recovery Act geschaffenen Einrichtung gegeben.);
- 3. eine weitere Summe entsprechend 1% des Wertes der Ausjuhr oder wahlweise eine entsprechend einem genehmigten Inder bemessen Summe.

Die Zahlungen zu 1. erfolgen jeweils spätestens am 15. Januar, 15. April, 15. Juli, 15. Oktober, die Zahlungen zu 2. und 3. spätestens am 15. Februar, 15. Wai, 15. August, 15. Rovember, die erste Zahlung dieser Art am 15. November 1921 auf Grund der Aussuhr vom 1. Mai bis 31. Juli 1921.

Nach Artikel V des Zahlungsplanes zahlt zunächst Deutschland innerhalb 25 Tagen nach Bekanntgabe des Ultimatums 1000 Millionen Goldmark in Gold oder indossierten dreimonatlichen Schatzwechseln. Diese erste Milliarde wird gleich den zwei ersten Vierteljahrsraten gesetzt und als deren Abstattung betrachtet.

Ein Garantiekommitee aus den alliierten Mächten, welches an die Stelle des bisherigen Berliner Ausschusses der Wiedergutmachungs-kommission tritt, wird mit weitgehenden Vollmachten eingesetzt.

Als Fonds für die Leistungen Deutschlands haften:

Es ist nicht gesagt, in wieviel Jahren die Annuitäten nach dem Zahlungsplan die Tilgung der Schuld bewirken. An sich wäre bei sesten Annuitäten mit 5 % Zins und 1 % Tilgung ein Kapital in etwas weniger als 37 Jahren getilgt, bei Halbjahrszahlungen schon in 36 Jahren. Ein Kapital von 136 Milliarden würde also eine jährliche Zahlung von 8160 Millionen, die Bonds A und B mit zusammen 50 Milliarden würden allein schon eine Jahreszahlung von 3 Milliarden ersordern, und zwar bei halbjährlicher Entrichtung ungefähr sür 36 Jahre.

1. die Erträgnisse aller deutschen See- und Landzölle und insbesondere aller Einfuhr- und Aussuhrabgaben;

- 2. die Erträgnisse einer Abgabe von 25% auf den Wert aller deutschen Ausfuhr, mit Ausnahme der bereits von der englischen Abgabe oder dieser nachgeahmten Abgaben erfaßten Aussuhr;
- 3. eventuell weitere ergänzende oder an Stelle der Abgaben zu 1 und 2 tretende Steuern.

Deutschland hat diesem Ultimatum sich unterworsen. Kennes, der in seinem Werk "Revision des Friedensbertrages", S. 41, es für richtig erklärt, daß das Ultimatum von Deutschland bedingungslos akzeptiert wurde, "trohdem es noch Forderungen enthielt, die unmöglich erfüllt werden konnten", hat vorausgesagt, und zwar überraschend genau hinsichtlich des Zeitpunktes (S. 77), daß zu irgendeiner Zeit, zwischen Februar und August 1922, "Deutschland der unvermeidlichen Nichterfüllung berfallen" würde.

Der deutsche Reichskanzler Dr. Wirth vertrat das Programm, alles daran zu seigen, um die Nichterfüllung zu vermeiden. Mit welchen Schwierigkeiten man zu kämpfen hatte, mag solgendes Beispiel veranschaulichen 1): Für Leistung der im Ultimatum gesorderten ersten Milliarde Gold vom Mai bis August 1921 mußten eine Anzahl von Hilfsmitteln ergrifsen werden, die fast sämtlich als verzweiselte letzte Auswege zu bezeichnen sind. Es lieserte:

18. Devisenantauf am Martt	421,18	Millionen	Goldmark
1b. Devijenüberweifung durch die Reichsbant	147	"	"
Das würde aufgebracht haben insgefamt	568,18	"	"
Infolge von Aursverluften betrug die Summe			
nur	541	,,	•
Bierzu 2. burch Silberlombarbierung von der			
Reichsbant beschafft	58	"	"
3. Durch Goldantauf der Reichsbant im Inland	15	"	"
4. Überweisung eines Regierungsguthabens bei der			
Banca d'Italia	32	"	"
5. Devifenleihe bei inländischen Banten	16	"	"
6. Amfterdamer Aredite	270	"	"
7. Lieferung von effettivem Gold	68	"	"

Summe 1000 Millionen Goldmart

Ermöglicht wurde die Leiftung, indem es gelang, die Bezahlung der Lebensmitteleinfuhr hinauszuschieben, und dank dem Umstande, daß

¹⁾ Bgl. Deutsches Beißbuch, Reichstagsbrucksache 1921/22, Ar. 4140, S. 180 ff.

im Ausgleichsverfahren Deutschlands Saldo sich im August 1921 weniger ungünstig stellte, als angenommen worden war:

Es begann aber die Verschärfung der Markentwertung, da nach der Zahlung der ersten Milliarde Goldmark eine Erleichterung des Dedisenmarktes ausbleiben mußte; denn es waren kurzfristige ausländische, für die Reparationszahlungen aufgenommene Kredite und die Getreidekredite abzudecken. Der Dollarkurs in Verlin, der im Durchschnitt des Jahres 1920 63,06 Mk. betragen hatte, stieg vom Juni 1921 ab, um im Septemberdurchschnitt 1921 104,91, im Durchschnitt des Rovember 1921 bereits 262,96 Mk. zu erreichen 1). Heute, wo wir Dollarkurse von vielen Tausend Mark, ja von über 49 000 Mk. erlebt haben, erscheinen uns diese Ereignisse von 1921 vielleicht nicht so ernst, wie sie als Symptome beginnenden Valutaversalls genommen zu werden verdienen.

Auch in der Zeit seit dem Londoner Altimatum sind die beiden Probleme auseinanderzuhalten: die Schwierigkeit, im Reichshaushalt die Mittel zur Deckung der Ausgaben aufzubringen, und die Schwierigsteit, für eingegangene Summen die Umwandlung von Papiermark in Goldmark bzw. Golddebisen zu bewirken.

Das erstere ist die Frage der Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt durch folgende Magnahmen: Sinwirkung auf Beseitigung der Betriebsdefizite bei Bost und Eisenbahn mittels Tariferhöhungen und Beamtenreduktion, fortwährende Anspannung der Besteuerung und Streben nach Ausgabeeinschränkung. Das zweite Problem stellt sich zunächst dar als Ausschöpfung der im Weltverkehr entstandenen deutschen Devisenguthaben für Barleistungen und durch Erwerb von Sachgütern mit Papiermark für Reparationsleistungen. In Bahrheit sind beide Probleme unaufhörlich in Wechselwirkung. Bei schlechter Finanzlage nimmt der Reichsfinanzminister bisher fortwährend steigende Milliardenbeträge von kurzfristigen Schulden bei der Reichsbank auf; der Notenumlauf der Reichsbank vermehrt sich dann entsprechend. Die Bermehrung des Notenumlaufes verringert Deutschlands Kredit in der Welt und ist von fortwährender Steigerung der Devisenkurse begleitet. Die Steigerung der Devisenkurse bewirkt enorme Berteuerung der Wareneinfuhr, nicht nur an Luxusgütern, sondern erst recht in gewaltigen Summen an Rohstoffen und Lebensmitteln.

¹⁾ Bgl. Stat. Jahrbuch f. d. Deutsche Reich 1921/22, S. 276, 277 und Wirtschaft und Statistik 1922, S. 712 (1. Novemberheft 1922).

66 W. Lok.

Die Berteuerung der Wareneinsuhr wirkt zurück auf die Berteuerung der Lebenshaltung in Deutschland. Diese inländische Berteuerung hat sich vor allem seit Sommer und Herbst 1922 ins Phantasttische gesteigert. Die Berteuerung zwingt wieder zu höheren Auswendungen in Papiermark für die Reichsbertwaltungen und diese höheren Ausswendungen zu höheren Eisenbahn- und Posttarisen; letztere Tarismaßenahmen steigern wieder die Berteuerung. Fortwährende Erhöhungen der Beamtengehälter und der Löhne der Staatsarbeiter sind unvermeidbar und untergraben das Gleichgewicht im Haushalt des Reiches.

Wenn wir, um eine Milliarde Goldmark anzuschaffen, das Hundertfache und später sogar mehr als das Reunzehnhundertsache, ja Mehrtausendsache in Papiermark auswenden mußten, so ist keine Ordnung in den Finanzen möglich. Es gelang bisher nicht, unsere Ausstuhr dauernd über den Betrag der Einfuhr zu steigern; es gelingt vollends nicht, eine Aussuhr zu entwickeln, die uns über die Schulden für die Einfuhr und sonstige Passivopsten der Zahlungsbilanz hinaus jährlich 3 Milliarden Goldmark liefern würde, was für die auferlegten Reparationen unumgängliche Boraussetzung wäre.

Nach einer Aufstellung der Reichsregierung 1) sind seit dem Lonsdoner Ultimatum, genau seit 1. Mai 1921 bis März 1922, insgesamt 1899 888 487,72 Goldmark geleistet worden, freilich ohne daß in der deutschen Beröffentlichung ersichtlich gemacht worden war, ob der Biedergutmachungsausschuß unsere Bewertung der Sachleistungen voll gelten läßt, was bisher nie erreicht wurde.

Unter ben 1899 888 487,72 Goldmart find:

a)	Barzahlungen bis einschließlich 18. März 1922	1 294 888 487,72
b)	Leiftungen gemäß der German Reparation Recovery Act	
	an England einschließlich ber vorliegenden noch einzulöfenben	
	Gutscheine bis 15. März 1922	55 000 0 00
c)	Sachleiftungen nach Schähung Deutschlands bis einschließlich	
	15. März 1922	550 000 00 0
	insgesamt Goldmark:	1899888487,72

Bis 31. Juli 1922 betrugen nach beutscher Schähung die vom 1. Mai 1921 ab bewirkten beutschen Leistungen, gemäß der Beröffents lichung des deutschen Staatssekretärs Dr. Schröder in der Beilage zum "Manchester Guardian Commercial": "Reconstruction in Europe", sect. 8:

¹⁾ Bgl. Beigbuch, Reichstagsdruckfache 1921/22, Nr. 4140, S. 184.

I.	Bargahlungen:	Wert in Golds mark
	1. Devisenzahlungen	1 446 000 000
	2. Englische Sanktionsabgabe (Recovery Act) bis Ende Februar 1922	
	3. Berichiedenes	950 000
		1498950000
11.	Sacleiftungen:	
	4. Gifenbahnfahrzeugpart in den Abtretungegebieten (neue Lieferungen)	
	geschätzt auf	500 000 000
	5. Fahrzeugerfatteile	1 500 000
	6. Binnenschiffe	32000000
	7. Tiere (etwa 52000 Bferbe, 36000 Rinder, 70000 Schafe,	
	186 000 Stück Geflügel)	86500000
	8. Rohlen, Rots und Rebenprodutte (über 21 Millionen Tonnen)	409 000 000
	9. Farbftoffe und chemisch = pharmazeutische Erzeugnisse (über	
	5000 Tonnen)	23000000
1	0. Biederaufbaulieferungen (Friedensbertrag Teil VIII Anl. II § 19,	
	Anl. IV § 2a, 2b), Waffenstillstandslieferungen (Maschinen,	
	Geräte, Poena) und Berpflichtungen aus Friedensvertrag	
	Artikel 247 (Löwener Universität und Kunstgemälbe)	100000000
]	1. Englische Sanktionsabgabe (Recovery Act), ab 1. März 1922 bei	
	den Sachleiftungen zu verbuchen	
	Summe II:	
	Dazu Summe I:	
	Mithin insgesamt:	2692950000

Außerdem wird von Staatssekretär Dr. Schröder mitgeteilt, daß in der Zeit vom 15. Oktober bis Ende Dezember 1921 3375 Millionen Papiermark als Gegenwert von 25% der deutschen Ausfuhr dieses Zeitzaumes zur Sicherstellung der am 15. Januar 1922 fälligen Reparationsrate an das Garantiekomitee auf Grund besonderer Vereinbarung gezahlt worden sind.

Wieviel von den deutscherseits berechneten Leistungen bis Ende Juli 1922 von der Reparationskommission anerkannt worden ist, ergibt sich aus der englischen Broschüre (1922, I) der Reparationskommission (S. 15) und ist wiedergegeben von Vierre Guébhard in der "Revue économique internationale" vom 25. November 1922, S. 413. Danach sind dis 30. April 1922 folgende Leistungen, die Deutschland seit 1. Mai 1921 aufbrachte, von der Reparationskommission in Goldmark gutgeschrieben worden:

A. 3	Barzahlungen:			
a)	Urt. V bes Zahlun	g spla ns	1 000 000 000	
b	Beränberliche Ann	uität, Zahlung vom		
	15. November 1921		13 014 991,51	
c)	Bargahlungen Jani	1ar—April 1922	300 645 504,59	
,		ime A Barzahlungen:		1 313 660 496,10
				5*

68 W. Lop.

n ~	Übertrag: Summe A Barzahlungen:	1 313 660 496,10	1313660496,10
	achlieferungen:		
	Recovery act usw	72 26 3 441, 56	
2.	Verschiebene Lieferungen § 2 Ant. II	44 193 285,01	
3.	Schiffe (Seehandel3flotte)	43 889 767,06	
4.	Binnenschiffahrtsflotte	21 071 825	
	Dieh	51 592 015,78	
6.	Berichiedene Lieferungen (Wiederaufbau-		
	materialien usw.)	21 101 715,84	
7.	Rohlen und Roks	275 398 643,36	
8.	Steinkohlennebenprodutte	11 690 454,19	
9.	Farbftoffe	10 006 781,65	
10.	Pharmazeutische Produkte	8 4 5 1 2 1 1 , 8 8	
11.	Löwener Bibliothet	816 276,01	
	Summe B Sachlieferungen:	560 475 417,34	560 475 417,34
С. 233	affenstillstands=Sachlieferungen.	<u>.</u>	3 6 7 8 8 1 5 , 8 1
		Summe A-C:	1877814729,25

Provisorische Rechnung für die Periode bis

	1	2		3
	Rohlenvorschüffe und Befatungs= koften bis 30. April 1921	Sachlieferungen bis 30. April 1921		ılbi
	Rredit	Debet	Debet	Rredit
England Frantreich Frantreich Stalien Sapan Belgien Griechenland	995 330 1 281 518 39 104 — 208 169 —	297 246 982 696 83 978 8 965 556 674 5 318 14 705	44 874 8 965 348 505 5 318 14 705	698 084 298 822 — — — — —
Rumänien	- - -	4 536 82 6 848 905	4 536 82 6 848 —	
Summa	2 524 121	1 961 953	433 833	996 906

\					
1) Nichtverteilte und in d	er Schwel	e gelajjei	ne Poster	n, die bis	30. April
1922 den alliierten Mächten n	roch nicht	zur Last	geschrie	ben sind:	
Waffenftillftanbilieferungen			. 59,0	Millionen	Goldmark
Unterfeetabel			. 49,0	,,	"
Erwerb burch Freistaat Danzig .				"	,,
Saar: Provisorische Differeng gm	vischen Gu	tschrift fü	r		
Deutschland und Lastschrift fü	ir Frankre	id)	. 100,0		,,

Diese Summe bis Ende April 1922 bleibt somit um 22 Millionen Goldmark hinter der zuerst mitgeteilten deutschen Regierungssichätzung zurück. Dabei ist zu beachten, daß die Reparationskommission das Rechnungsjahr vom 1. Mai bis 30. April zugrundelegt, ferner, daß die deutsche Regierungsaufstellung die Zeit vom 16. bzw. 19. Märzbis 30. April 1922 nicht mit einbezog, welche von der Reparationsstommission mitberücksichtigt wurde.

Nachdem wir die großen Abweichungen zwischen beiden Berechnungen zu ungunsten Deutschlands festgestellt haben, gilt es zu untersuchen, wie sich auf die einzelnen Gläubigerländer die deutschen Leistungen verteilen. Die englische Broschüre der Reparationsstommission (I, S. 23, 24) gibt folgende Ziffern:

30. April 1921 in Taufenden von Goldmart.

4	5		6	7	
Bar= zahlungen	Salbi 30. April 1922 vor Belaftung mit Staatseigentumufw.		Abtretungen von Staatzeigen- tum in abgetretenen Gebieten befinitiv oder provisorisch	Schlußfalbi für die Periode bis 30. April 1921	
Debet	Debet	Aredit	Debet	Debet	Rredit
637 599 140 307 ————————————————————————————————————	44 874 8 965 348 505 5 318 14 705 4 536 82	60 485 158 515 — — — — —	Shameen-Konzelfion 538 Shanghai 2 042 Riautschau 59 000 Eupen-Malmedh 635 Staatzeigentum und Staatzschaulb 1 730 582		59 947 156 473 — — — —
_	6 848 —	_	Staatšeigentum und Staatšfchulb 6 031	12 879 —	_
777 906	433 833	219 000	1 798 828	2 230 081	216 420

Schiffe:	Differenz	awischen	Gutf	drift	für	Deu	tjájlai	16			
unb	Laftschrift	an Mäc	hte .						390,7	Millionen	Goldmark
Wechfelt	ursverluft .								0,4	U	"
								_	904.6	Millionen	Goldmark

Die Angaben: 904,6 Millionen unverteilte Leiftungen und 905 000 Golb= mark in bem Reparationsbericht find miteinander nicht zu vereinen.

4 Const 1004 tile 20 Offered 1000 in Granfankan nam Granfank Manifestical Conference Black to Obsert the Committee of the Committee of

2. Provijorijche Rechnung für die Periode vom 1. Mai 1921 die 30. April 1922 in Laufenden von Goldmart.	ca) mm	g fur ote L	seriooc vom	1. Wat 19.	21 bts 30. %	april 1922 i	n Laujeno	en von 180	lomart.
		1.	2.	3		4.		5.	
		Besatungs: toften	Sach= lieferungen	ភ្ជ	Salbi	Barzahllungen	ungen	Echluß-S albi am 30. April 1922	Ealbi pril 1922
		Predit	Debet	Debet	Rredit	Debet	Predit	Debet	Rredit
Marainiata Stantan		58 180			58 180				E 160
England		10 787	116 018	105 231	00100		8683)	104 363	007 00
Frankreid) 1)	•	164 160	519 927	355 767	1	1	21474	353 620	I
Italien		1	73 250	73 250	1	İ	1	73 250	1
Japan	•	1	12	12	1	1		12	1
Belgien	•	35 639	65 049	29 410	ı	(9 057 6)	-	699 057	1
Eriechenland	:		1 528	1 528	1	1	1	1 528	1
Holen	•			1		1	1	1	1
Rumänien.	•	1	5 608	2 608	١	1		2 608	1
Jugoflawien	:	1	51 567	51567		ı		51 567	1
Tichechoflowakei	:	1	6 409	6 409	1	1	1	6 409	1
Unverteilt")	•	1	88	1	1	1	i	1	1
Gumma:	: uu	266 746	839 406	628 782	56 160	LSO 699	3 015	1 295 414	56 160

1) Bei Frantreich find 300 Millionen Golbmart für Die Saargruben mitbelaftet.

33,0 Millionen Goldmart 2) Richt verteilt an bie alliierten Müchte waren am 30. April 1922 : Bargeld und Wertschriften Daß auch hier in ber Tabelle 38 000, in ber Erlauterung 37 800 000 Golbmart erfcheinen, gibt fehr viel zu benten.

37,8 Millionen Golbmark.

2

7) Zahlung gemäß Enticheibung vom 29. Juli 1921. 4) Bechfelfursgewinn. 3) Wechselfursgewinn.

Zieht man diese beiben Berechnungen nach der von Guébhard in der Revue économique internationale 1922, S. 412, angewendeten Methode, jedoch unter Berichtigung der dort enthaltenen störenden Drucksehler¹), für die gesamte Zeit vom 11. November 1918 bis 30. April 1922 zusammen, so ergibt sich folgendes Bild:

Provisorische Gesamtrechnung über Empfänge der alliierten Regierungen aus deutschen Reparationsleistungen vom 11. November 1918 bis 30. April 1922 nach Aufstellung der Reparationskommission in Causenden von Goldmark.

	1 1	2	3	4	5	
	Borjchüsse auf Kohlen und Be- jahungs- tosten	Berfchie)	Sacklieferungen und Bar• leistungen	Abtretung von unveweglichem Befiß	30. Ap r	ı
	Rredit	Kredit	Debet	Debet	Debet	Aredit
Bereinigte Staaten . England. Frankreich . Italien . Igapan . Belgien . Griechenland . Rolen . Rumänien . Ingoflavien . Lichechoflovafei .	56 160 1 006 117 1 445 678 39 104 — 243 808 — — — — —	868 2147 — — — — — — — —	1050 863 1342 930 157 228 8 977 1291 370 6 846 14 705 10 144 51 649 13 257 943	588 302 042 59 000 635 1730 582 — 6 031		56 160
	2790867	3015	3948912	2 098 828	3 309 075	56 160

Rätselhaft bleibt, wieso in der Berechnung der Gesamtverwendung durch die Reparationskommission die underteilte Summe mit 943 000 Goldmark erscheinen kann, während in den Erläuterungen der Reparationskommission 943 Millionen nachgewiesen sind. Im übrigen ist zu ersehen, daß die bis 30. April 1922 nach Berechnung der Reparationskommission von Deutschland insgesamt geleisteten

¹⁾ In der Revue économique internationale 1922, S. 412, hat Guédshard aus den Berechnungen der Reparationskommission die Bereinigten Staaten und Rumänien weggelassen, serner die Leistungen an Jugostawien mit 51699000 statt mit 51649000 Goldmark angegeben, so daß seine Tabelle nicht ganz mit der meinigen stimmt.

72 W. Loh.

Barzahlungen und Sachleiftungen , . , . 39489 bie Abtretungen von unbeweglichem Befit 20988	28 000 "
die Gefamtleiftung mit	40 000 Goldmark
•	60 000 "
gu leiften.	00 000 Waxhmank
Gefamtfumme: 6 103 9	
Den alliierten Mächten wurden danach verte	eilt:
a) jur Dedung der Befahungstoften und der Rohlen-	
vorschüffe	2 790 86 7 000 Goldma rf
b) auf verschiedene kleine Posten (Wechselkursverrechnung)	3 015 000 "
c) Empfänge	3 3 09 075 000 "
d) Rücklage noch unverteilt	943 000 "
Summe wie oben	3 103 900 000 Goldmark.

Im übrigen ist zu ersehen, daß die alliierten Mächte Gelegenheit gehabt hätten, recht bedeutende Werte für den Wiederausbau zu erslangen, wenn nicht die Besatungskosten so ungeheuere Kosten dersichlungen hätten. Vor allem Frankreich hat durch Aufrechterhaltung einer riesigen Besatung in Deutschland selbst bewirkt, daß ihm von deutschen Leistungen von 1342930000 Goldmark, zu denen noch 302042000 Goldmark Wert abgetretenen Staatseigentums hinzukamen, nur 197147000 zur sonstigen Versügung blieben.

Um die Last der deutschen Leistungen voll zu würdigen, muß noch berücksichtigt werden, daß in der Zeit nach dem Waffenstillstand, bis zum 31. Juli 1922, im Zusammenhang mit dem Friedensvertrag, noch weitere große Ausgaben, die aber nicht für Reparationskonto gutgeschrieben werden, dem Deutschen Reich zur Last sielen. Sie machten, nach der vorher angeführten Berechnung des deutschen Staatssekretärs Dr. Schröder, in Papiermark folgende Summen aus:

1.	Zahlungen aus dem Ausgleichsverfahren	22 411 000 000	Mit.
2.	Befatungstoften (beutsche Ausgaben)	14 000 000 000	,,
3.	Ausgaben für alliierte Rommiffionen	2 900 000 00 0	,,
4.	Leiftungen aus bem Bertrage von Berfailles außerhalb		
	der Reparationen (Restitutionen und Substitutionen von		
	Bieh, Maschinen und anderem Material, Auslieferung und		
	Unbrauchbarmachung von Ariegsgerät)	6 340 000 000	"
5.	Innere Ausgaben für Ausführung des Friedensvertrages		
	(Durchführung ber Entschädigung ber Austand= und		
	Rolonialbeutschen und ber Berdrangten, Fürforge für bie		
	deutschen Flüchtlinge aus den abgetretenen Gebieten usw.)	7 256 000 000	υ
	Summe 15. Papiermart	52 907 000 000	Mf.

Hinzu treten noch die oben erwähnten, zur Reparation gehörenden Sicherheitsleiftungen an das Carantiekomitec (Gegenwert von 25% des Wertes der deutschen Ausfuhr vom 15. Oktober bis 31. Dezember 1921)

3 375 000 000 Mt.

Bon all den Lasten, die auf Deutschland ruhen, wird nichts gewonnen für den offiziell als dringendes Bedürfnis anerkannten 3wed, die Schäden in Frankreich zu reparieren, so lange die Kosten der Besahungsarmeen und die belgische Priorität von 2 Milliarden Goldmark noch nicht völlig gedeckt find. Die Besatungskoften aber verschlingen - trop aller nicht zu leugnenden Bemühungen auch alliierter Rreise, ebenfalls auf ihre Berminderung hinzuwirken - Summen, die geradezu beschämend find, wenn man erwartet, daß es das nächste Biel wäre, Deutschlands Leistungen für den Wiederaufbau zerstörter Webiete nutbar zu machen. Nach der dem Reichstag als Drucksache 4339 von 1920/22 vorgelegten zweiten Denkschrift vom 1. Mai 1922 über die Kosten der Rheinlandbesetzung wurden — ohne die Ausgaben, welche seit der Besetzung anläglich der sogenannten Sanktionen entstanden sind -also für das altbesette Gebiet für die Zeit vom Baffenstillstand bis März 1922 die Besatungskosten auf nicht weniger als 5 536 953 542 Goldmark angegeben 1); die dem Reich außerdem für Leiftungen und Lieferungen an die Besatzungsarmeen erwachsenden Kosten wurden damals auf 14 Milliarden Bapiermark geschätt. Es jind also allein in Goldmark um anderthalb Milliarden Goldmark mehr, als die gesamte französische Kriegsentschädigung nach 1871 betrug, und außerdem 14 Milliarden Baviermark nur für diesen durchaus unproduktiven Zweck zu zahlen gewesen. Allein für Einrichtung von Bordellen sind auf Anfordern der Franzosen bis Ende Oktober 1921 nicht weniger als 801 942,85 Mf. aufzuwenden gewesen.

Berfolgen wir jest kurz den äußeren Hergang der Ereignisse, seitedem Deutschland das Londoner Ultimatum angenommen hat, so ist gerechterweise anzuerkennen, daß bei Verhandlungen im November 1921

¹⁾ Wie oben angeführt, berechnet Guebhard die Kosten der Alliierten für Besatung vom 11. November 1918 bis 30. April 1922 nur auf 3409269000 Goldmark. (Bgl. die Ausklärungen in der englischen Broschüre der Reparationskommission I, S. 4 und 6.) Nach der deutschen Deukschrift betrug der Auswand gemäß Angabe der Besatungsmächte bis Ende März 1921: 3936954542 Goldmark; für 1. April 1921 bis 30. März 1922 schätzt die deutsche Regierung nach der Besatungsstärke und den Ansprüchen die Ausgabe auf weitere 1 600 000 000 Goldmark.

74 W. Lot.

und seitdem 1) die Reparationskommission auf die Grundursache der deutschen Markentwertung wiederholt energisch hingewiesen hat, auf die Praxis, durch Begebung kurzfristiger Schuldscheine an die Reichsbank Geld zu beschaffen und dadurch die Inflation zu steigern. Rur ist das uns empfohlene Abhilfemittel, durch energische Mittel den Reichshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen, nicht ausreichend. Unumgängliche Boraussekung der Gesundung des Reichshaushaltes wie auch der Devisenkurse wäre eine auswärtige Anleihe in der Höhe der ichwebenden Schuld, sowohl der bei der Reichsbank wie bei Banken und Privatkapitalisten untergebrachten, gewesen, wenn eine solche Unleihe mit der Berpflichtung, hieraus die schwebende Schuld abzuzahlen, gewährt würde. Man wandte sich tatsächlich an die Finanzwelt Englands wegen einer Anleihe, jedoch anscheinend nur, um zwei Zahlungen, die nach dem Londoner Ultimatum im Januar und Februar 1922 jällig gewesen wären, zu decken, nicht aber wegen einer großen Konsolidierungsanleihe. Die deutsche Anfrage in England wurde abgewiesen, und zwar mit Sinweis auf die deutschen Bahlungsbervflichtungen aus dem Friedensvertrag 2). Am 14. Dezember 1921 mußte die deutsche Regierung erklären, daß sie voraussichtlich die zum 15. Januar und 15. Februar 1922 fälligen Zahlungen nicht aufbringen könne und um einen Aufschub nachsuche. Im Januar 1922 trat in Cannes der Oberfte Rat zusammen. Bor ihm gab Rathenau in einer wirkungsvollen Rede am 12. Januar 1922 ein anschauliches Bild von Deutschlands verzweifelter Lage 3).

Die Entente habe für möglich erachtet, daß 1922 Deutschland 500 bis 720 Millionen Goldmark in bar, 1450 Millionen Goldmark in Sachleistungen liesere. Es sei zu erwägen, daß die deutsche Zahlungsbilanz mit einem Einfuhrbedarf von 2,5 Milliarden Goldmark für Lebensmittel und 2,5 Milliarden für Rohstosse vorweg belastet sei Früher, vor dem Kriege, habe Deutschland aus Investitionen im Ausland usw. jährlich 1,5 Milliarden Goldmark bezogen: jest habe es 0,75 Milliarden Goldmark sie seinen Schuldendienst ans Ausland zu entrichten. Das Kassivum der Zahlungsbilanz betrage 5,75 Milliarden

¹⁾ Bgl. Weißbuch, Reichstagsdrucksache 1921/22, Rr. 4140, S. 29.

²⁾ Bgl. Weißbuch 1921/22, Druch. 4140, S. 30, Ebenda die Rote des Reichskanzlers vom 14. Dezember 1921 an die Reparationskommission wegen Zahlungsausschubs.

³⁾ Bgl. Reichstagsbruchjache 1921/22, Nr. 4140, S. 39 ff.

Goldmark, denen eine Ausfuhr im Werte von 3,5 bis 4 Milliarden Goldmark gegenüberstehe. Das Destzit sei zu decken: 1. durch Verkauf der Substanz des Landes, was in starkem Maße erfolge, 2. ebentuell durch große auswärtige Anleihen, die bisher nicht erreicht seien, 3. durch Verkauf von Papiermark aus Ausland. Letztere Praxis habe die internationale Spekulation in Reichsmark begünstigt; nunmehr siehe man vor einem Streik der auswärtigen Papiermarkkäuser. Der Dollarkurs sei von 55 bis auf zeitweise 300 gestiegen, als Deutschland in kurzer Zeit Witte 1921 die erste Goldmilliarde beschaffen mußte. Das deutsche Budget werde dadurch in Gesahr gebracht. Eine Einschränkung des deutschen Verbrauches sei ein unmögliches Auskunstsmittel. Einer Sebung der deutschen Ausfuhr stelle sich die Gegenwehr anderer Völker gegen Einsuhr deutscher Produkte in den Weg.

Rathenau schätzte, daß bei 21 Millionen arbeitefähiger Bevölterung in Deutschland und 2400 Arbeitsstunden im Jahre 50 Milliarden Arbeitsstunden in Deutschland geleistet würden. Er berechnete, daß hiervon insgesamt 9 bis 9,28 Milliarden Arbeitsstunden auf folgende Aufwendungen entfielen: an die Stelle von Ginnahmen aus Investitionen im Ausland seien Berpflichtungen ans Ausland getreten, und die deutsche Warenausfuhr habe sich von 10 auf 3,5 Milliarden Goldmark verringert (3,75 Milliarden Arbeitsstunden); das deutsche Gebiet und die Bevölkerung habe sich um mehr als 10 % vermindert, und damit seien die berfügbaren Ersparnisse zurückgegangen (1 Milliarde Arbeitsstunden); durch Gebietsverlufte fehle ein Teil der Rohitoffe, und hiefür muffe durch Ginfuhr geforgt werden (0,83 Milliarden Arbeitöstunden); die landwirtschaftliche Flächengestaltung sei ungünstiger geworden, und der Düngemittelbezug habe sich verschlechtert (1,82 Milliarden Arbeitsstunden); endlich seien die Einbuße an Einnahmen bom Ausland aus Schiffahrt, internationalem Sandel und Muslandsbankverkehr wetizumachen (1,66 Milliarden Arbeitsstunden).

Von 50 Milliarden Arbeitsstunden seien mehr als 9 Milliarden Arbeitsstunden, mehr als ein Fünftel der Gesamtzeit, für Arbeit aufzuwenden, die vor dem Kriege nicht von Deutschland zu leisten war. Eine "unsichtbare Arbeitslosigkeit" bestehe darin, daß etwa 4 Millionen Deutsche arbeiten müssen, ohne daß dadurch Deutschland irgendwie reicher wird. Zu den 500 bis 720 Millionen Goldmark und weiteren 1450 Millionen Goldmark, die man von Deutschland für Reparationen jährlich haben wolle, träten noch hinzu: Goldlasten in

76 W. Loy.

bar aus dem Ausgleichsverfahren von 360 bis 400 Millionen Goldsmark und der Aufwand für einzuführende Rohstoffe (ohne Rohle) von 250 Millionen Goldmark, der unumgänglich sei, damit überhaupt Deutschland Sachleiftungen liefern könne.

Der Biedergutmachungsausschuß 1) hat, saut Mitteilung vom 13. Januar 1922, eine ganz kurze Atempause Deutschland zugestanden. Statt der am 15. Januar und am 15. Februar 1922 fälligen Jahlungen zahlt, "während der vorläufigen Berzugsfrist" die deutsche Regierung alle zehn Tage, vom 18. Januar 1922 ab, je 31 Millionen Goldmark in zugelassenen Devisen. Die deutsche Regierung sollte binnen 14 Tagen einen "angemessenen Reform» und Garantieplan betreffs des deutschen Budgets und des deutschen Papierumlaufs, sowie ein vollständiges Programm für Barzahlungen und Sachlieferungen für das Jahr 1922" unterbreiten. Sobald über diesen Plan von der Reparations-kommission oder den alliierten Regierungen entschieden sei, gehe die vorläufige Berzugskrist zu Ende. Hierauf entwickelte sich, im Anschluß an die Konferenz von Cannes, ein Schristwechsel zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem Wiedergutmachungsausschuß 2).

Am 28. Januar 1922 legte der Reichskanzler Dr. Wirth der Reparationskommission ein Resormprogramm für den Reichshaushalt und den Notenumlauf, sowie ein Programm für Reparationsleistungen im Kalenderjahr 1922 vor.

Beginnen wir mit dem letzteren. Bon alliierter Seite seine sür 1922 als deutsche Leistungen für Reparationen 720 Millionen Goldmark Barzahlungen und bis zu 1450 Millionen Goldmark Sachleistungen in Cannes in Erwägung gezogen worden. Die deutsche Regierung sehe voraus, daß so bedeutende Barleistungen nur durch Erhöhung der schwebenden Schuld zum großen Teil beschafft werden könnten, und regt daher an, nötigenfalls die Sachleistungen zu erhöhen. Sie hat jedoch in ihrer Note nicht hervorgehoben, wie das Geld hiefür zu beschaffen sei. Im übrigen schlug die deutsche Regierung vor, die auf die Fälligkeiten vom 15. Januar 1922 und 15. Februar 1922 bewirkten und noch zu bewirkenden Leistungen auf die Reparationseleistungen für 1922 anzurechnen, serner die in fremder Währung zu

¹⁾ Bgl. Reichstagsdrucksache 1921/22, Nr. 4140, S. 44 ff.

²⁾ Bgl. Aktenstücke zur Reparationsfrage vom Mai 1921 bis März 1922. Reichstagsdrucksache 1921/22, Nr. 4140, S. 48 ff.

erstattenden Besatungskosten auf die Gesamtleistungen für 1922 ansurechnen, die in Papiermark zu leistenden Beiträge zu den Besatungsstoften bedeutend zu ermäßigen; endlich seien die übrigen in fremder Bährung zu tilgenden Berpflichtungen aus dem Friedensbertrag, insbesondere die Lasten aus dem Ausgleichsbersahren, im Wege besonderer Bereinbarungen auf ein erträgliches Maß zurückzuführen.

Bezüglich der Lasten aus den Sachleistungen ist vom damaligen Reichskanzler nur das Bedenken hervorgehoben worden, daß Goldzahlungen für den Bezug ausländischer Rohstoffe gebraucht würden, nicht aber ein Plan, wie ohne Bermehrung der diskontierbaren schwebenden Schuld die inländische Bezahlung der Sachleistungen von der deutschen Regierung gedacht sei, entwickelt worden. Im übrigen wird mit Recht vom deutschen Reichskanzler darauf hingewiesen, daß eine klare definitive Regelung der deutschen Reparationsleistungen im allgemeinen Interesse liege, und daß zur Zeit die Kreditwürdigkeit Deutschlands weder vom inländischen noch vom ausländischen Anlagekapital anerkannt werde. Die Folgerung jedoch, daß dringendstes Bedürfnis sei, einen anderen Weg zur Kreditbeschaffung als Vermehrung der diskontierbaren schwebenden Schuld zu finden, ist nicht in den Vordergrund gestellt.

Was die deutschen finanziellen und valutarischen Reformen betrifft, so ist in der Note des Reichskanzlers Dr. Wirth ein Steuersprogramm, welches inzwischen verwirklicht wurde, skizziert; es wird serner auf die Tariserhöhungen bei Eisenbahn und Bost hingewiesen. Auf eine Beschränkung der Ausgaben habe man hingewirkt: durch Berminderung der Beamtenstellen, durch Abbau der Zuschüsse zur Lebensmittelverbilligung, organisatorische Resormen bei den Verkehrsanstalten; endlich sei geplant, die Erwerbslosenunterstügung durch eine Arbeitslosenversicherung zu ersehen, deren Kosten überwiegend von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu tragen seien. Demgemäß werde für 1922 im ordentlichen Reichshaushalt ein Überschuß von 16,5 Milslärden Papiermark zugunsten der Ausgaben für den Friedensvertrag und für Reparationen angestrebt.

Selbstverständlich basierte diese, wie jede Budgetschätzung, auf bestimmten Annahmen über die zukunftigen Balutaverhältnisse. Daß letztere brauchbar sein würden, hing davon ab, welche Entschlüsse hinssichtlich der schwebenden Schuld und des Notenumlauses von der Regierung verfolgt wurden. Letztere bilden daher das Wesentliche und sind

78 X6. Loy.

nunmehr zu betrachten, da hiermit alles steht und fällt. Man wird allerdings lebhaft dadurch enttäuscht, daß in diesem Programm nichts als die geplante Iwangsanleihe und die Autonomie der Reichsbank erwähnt ist. Es fehlt jeder Hinweis darauf, daß ohne Konsolidierung der mit Inflation verbundenen unverzinslichen schwebenden Schuld nichts erreichbar sei, und es fehlt jede ernste Betonung, daß im Interesse Deutschlands und seiner Gläubiger eine solche Resorm unumgänglichste nächste Pflicht sei; es sehlt auch jeder Hinweis darauf, daß die Resgierung die warnenden Mahnungen, welche ihr damals zugingen, nicht durch eine Iwangsanleihe die Grundlagen für eine geschicktere Pflege des freiwilligen Kredits und für eine Konsolidierungsanleihe zu gestährden, irgendwie voll würdigte. Die Reparationskommission nahm durch die Rote vom 21. März 1922 1) zu dem deutschen Regierungsprogramm Stellung.

Sie ging nicht auf eine Herabsetzung der Forderung von 720 Millionen Goldmark Barleistungen für 1922 ein und hielt daneben die Forderung von weiteren 1450 Millionen Goldmark Sachleistungen für 1922 sest.

Bon den 720 Millionen Goldmark Barleistungen seien abzuziehen 281 948 920,49 Goldmark, "welche den von Deutschland bereits zur Ersüllung der von ihm durch die Reparationskommission im Jahre 1922 gesorderten Zahlungen bewirkten Barzahlungen entsprechen". Die Differenz, d. h. 438 051 079,51 Goldmark, seien in monatlichen Raten vom 15. April bis 15. Dezember 1922 bar zu zahlen, und zwar am 15. April 1922 mit 18 051 079,51 Goldmark, Mitte Mai bis Mitte Okstober 1922 mit monatlich je 50, Mitte November und Dezember 1922 mit monatlich je 60 Millionen Goldmark.

Bon den 1450 Millionen Goldmark Sachleiftungen, zu welchen von nun ab auch die Erträge der britischen Recovery Act und ähnslicher Bestimmungen zu rechnen sind, sollen Frankreich 950, die anderen Allierten 500 Millionen Goldmark zu beanspruchen haben. Im Falle der Richterfüllung oder mangelhafter Erfüllung²) der Berpflichtungen

¹⁾ Bgl. Reichstagsbrudfache 1921/22, Rr. 4140, S. 157 ff.

²⁾ Wörtlich lautet die Bestimmung: "Sollte die Reparationskommission im Laufe des Jahres 1922 seststellen, daß von Frankreich oder seinen Staatsangehörigen oder von anderen reparationsberechtigten Mächten oder ihren Staatsangehörigen nach Maßgabe des im Bertrage vorgesehenen oder auf Grund eines von der Reparationskommission gebilligten Bersahrens

zu diesen Sachleistungen werde für Ende 1922 entsprechende Zusatzzahlung in bar gefordert werden.

Auf diese Bestimmung gestützt, mußte im Januar 1923 die deutsche Regierung den Bormarsch der französischen Regierung im Ruhrredier als Bertragsbruch ansehen.

Es wurde von der Reparationskommission hervorgehoben, daß die 720 und 1450 Millionen geforderten Goldmark für 1922, ausschließlich der durch Artikel 8 bis 12 des Rheinlandabkommens vom 28. Runi 1919 zur Last gelegten Leistungen, zu zahlen seien, und es wurde ausdrücklich hinzugefügt, daß die Sachleiftungen, welche von Deutschland zwischen dem 1. Mai 1921 und dem 31. Dezember 1922 an eine Macht bewirkt werden, welche wegen ihrer Besakungsarmee forderungs= berechtigt ift, "in erster Linie und in einem entsprechenden Berhältnis jum Ausgleich der Roften der Befatungsarmeen während desfelben Zeitraumes verwandt werden" sollten. "Nur ein etwa verbleibender Restbetrag soll gleichzeitig mit den Barzahlungen zum Ausgleich der Reparationsannuität nach Festsehung von Artikel 4 des Zahlungeplanes vom 5. Mai 1921 gutgeschrieben werden." "Der Unterschied zwischen den auf Grund des Zahlungsplanes und wegen der Besatungsarmeen geschuldeten und den 1921 und 1922 tatsächlich bezahlten Summen soll zuzüglich 5 v. H. jährlicher Zinsen eine Schuld Deutschlands bleiben, die über die Annuitäten des Zahlungsplanes hinaus von ihm abgedeckt werden soll, sobald die Reparationskommission es dazu in der Lage erachten wird." Bis 31. Mai 1922 behielt sich die Reparationskommission eine definitive Stellungnahme vor. Besondere Drohungen find noch vorgesehen, falls am 31. Mai 1922 die Kommission den Aufschub für ungültig erklären sollte oder falls bei Bestätigung des Aufschubs später eine "Berfehlung" Deutschlands festgestellt werde.

Inzwischen hatte eine Pariser Finanzkonferenz der alliierten Mächte am 11. März 1922 1) eine Einschränkung der Besahungskosten

und in den Grenzen der oben angegebenen Ziffern angesorderte Sacheleistungen insolge Obstruktion der deutschen Regierung oder ihrer Organisationen oder insolge von Berstößen gegen das Bersahren des Bertrages oder eines von der Reparationskommission gebilligten Bersahrens nicht ausgeführt worden sind, so werden von Deutschland am Ende des Jahres 1922 an Stelle der nicht ausgeführten Sachleistungen entsprechende Zusabzahlungen in bar gesordert werden."

¹⁾ Bgl. Reichstagsdrucksache 1921/22, Nr. 4140, S. 190 ff.

80 W. Lot.

für die Zukunft, vom 1. Mai 1922 ab, auf jährlich 220 Millionen Goldmark beschlossen und angeordnet, daß von den von Deutschland gesleisteten Zahlungen 500 Millionen Goldmark an Großbritannien für Kosten seiner Besatungsarmee vor dem 1. Mai 1921, 140 Millionen Goldmark ebenso an Frankreich fallen sollten. Der Überschuß der deutschen Barzahlungen von 1921 über diesen Betrag, sowie die nach 1921 bewirkten Barzahlungen Deutschlands werden Belgien auf Kontoseiner Priorität dis zur Tilgung der letzteren zugestellt, mit Ausnahme von 172 Millionen, die Italien auf Reparationskonto zugeteilt erhält. Frankreich werden einstweisen 300 Millionen Goldmark auf den Wert der ihm zugesallenen Saargruben belastet, jedoch nicht nach den Grundssten für Barzahlungen, sondern für Sachleistungen.

Hinsichtlich der deutschen Sachlieferungen im Jahre 1922, sowie der Erträgnisse der britischen Recovery Act und eventueller Nachsahmungen derselben, wurde vereinbart, daß 65 % hiervon an Frankreich fallen sollten, während die übrigen 35 % auf die anderen alltierten Mächte entfallen, und zwar unter Anwendung eines sehr verwickelten Berrechnungsmaßstabes. Wichtiger ist, daß die beteiligten Regierungen sich nunmehr verpflichteten, die Wiederaussuhr der empfangenen Sachsleistungen zu untersagen, ferner, daß das Wiesbadener Abkommen anserkannt wurde.

Die Abrede, daß die Wiederausfuhr empfangener Sachleistungen den alliierten Regierungen berboten wurde, berührt Erscheinungen, die Delaifi in Sect. 7 der Reconstruction Numbers des Manchester Guardian Commercial vom 7. September 1922 in äußerst lehrreicher Beife dargestellt hat. In Frankreich ringen danach bei Ausführung des Berfailler Bertrages miteinander die Interessen der Staatsfinanzen, denen an Einnahmen aus deutschen Leistungen gelegen sein muß, die Interessen der Gisenindustrie, welche nunmehr über die ergiebigsten Eisenerzvorkommen Mitteleuropas verfügt und Koks massenhaft und billig haben will, und die Interessen der französischen Rohlenproduzenten, welche gewinnreichen Absatz für ihre Kohle erstreben. Zeitweilig war der französische Markt durch deutsche Kuhlenlieferungen und Verwertung der Saarkohle mit Kohle überfüllt. Bis 28. Februar 1922 seien nach Delaisi 28 751 000 Tonnen Kohle seit dem Waffenstillstand nach Frankreich von Deutschland geliefert worden. Das französische Kohlenbureau habe diese Kohle, für welche Deutschland 1 489 228 000 Franken angerechnet worden seien, für 2 623 263 000 Franken, also mit 1 134 035 000 Franken Profit, verkauft. Der Gewinn sei nicht den frangösischen Staatsfinanzen zugeflossen, sondern berwendet worden, um französischen Rohlenkäufern, die französische, brittsche, belgische Rohle über einen festgesetzten Satz beim Rauf bezahlen mußten (über dem Sat der "perequation"), Bergütungen zu gewähren. Die französischen Rohlengruben erhielten hohe Breise; der französische Berbraucher kaufte billig, dank den empfangenen Auschüssen. Seit Beginn 1921 herrschte eine Überfüllung Frankreichs mit Kohle, während Deutschland bitteren Mangel an Kohle litt. Für Abril bis Oktober wird in Frankreich der Normalpreis (peréquation) von 96 auf 82 Franken erniedrigt. Da die Nachfrage der französischen Abnehmer enttäuschte, ervortiert Frankreich 1921 2 300 000 Tonnen Kohle. Nachdem man die Saarberawerke für Deckung des französischen Kohlenbedarses erlangt hatte, verwendet man nur einen Teil (3 448 000 Tonnen) Saarkohle von insgesamt 7684000 Tonnen im Jahre 1921 für Frankreich und verkauft den Reft nach Deutschland. Die französischen Rohlenverkäufe auf dem Weltmarkt aus den Lieferungen Deutschlands aber berühren die Interessen der britischen Rohlenproduzenten äußerst störend. Richt minder wird die Entwicklung der französischen bestehenden Rohlengruben und die der friegsgeschädigten, wiederherzustellenden französiichen Rohlengruben gefährdet. Ihre Interessen ringen mit dem Ronjumenteninteresse der französischen Eisenindustrie, welche auf Lieferungen bon Ruhrkoks besteht und immer mehr ihre große Macht im Sinne der gewaltsamen Besetzung des Auhrgebietes durch Frankreich geltend macht.

Und während Deutschland um Ermäßigungen der Kohlenlieserungen wiederholt nachsuchen muß und diese Lieserungen sogar durch Auslandskäuse decken möchte, was Frankreich nicht zugesteht, herrschte fünstliche Preisbeeinflussungspolitik in Frankreich, so lange das Kohlenbureau bestand, und machte sich französische Schleuderkonkurvenz in Rohlen am Weltmarkte geltend. Zu diesem Widersinn ist ja später noch hinzugekommen, daß die durch die deutschen Kohlenlieserungen an Frankreich in ihrem Bedarf verkürzten Reichsbahnen 1922 Auslandskohle mit großen Balutaopsern einsühren mußten. Es ist für Deutschland und die Welt verhängnisvoll geworden, daß nicht die wirtschaftliche Vernunft, sondern das Sonderinteresse und die imperiatischlagebende Macht über die französische Politik errangen.

Echriften 164.

82 W. Loh.

Auch im übrigen sind die Bestimmungen des Moratoriums vom 21. März 1922 im Zusammenhalt mit dem Abkommen der Alliierten vom 11. März 1922 bedeutsam für die deutschen Berpflichtungen gesworden, wie eingehend die Broschüre "Die Reparationssachleistungen" von Ruppel und Cunte (Berlin 1922) nachweist.

Nach dem Londoner Zahlungsplan, auf Grund des Ultimatums bom 5. Mai 1921, waren von Deutschland Unnuitäten zur Berzinsung und Tilaung der Reparationsschuld zu leisten, die in Barzahlungen und je nach Anforderung in Sachleiftungen zu erfüllen waren. Daneben hatte Deutschland für die Besatungskoften aufzukommen. Weder die Besatungskoften noch die außerdem zu leistenden Rücklieferungen baw Substitutionslieferungen waren auf die Annuitäten für Reparationen an sich anzurechnen. Die Reuerungen seit dem Moratorium und dem Abkommen der Alliierten bom März 1922 sind: die Leistung Deutschlande statt der Annuität für 1922 auf Reparationekonto wird auf 720 Millionen Goldmark bar und 1450 Millionen Sachleiftungen borläufig herabgesett: aber der nichterfüllte Teil der Annuität nach dem Londoner Zahlungsplan ist nicht erlassen, sondern nur gegen Binsen gestundet. Die Leiftung für 1922 in Sachlieferungen ist so gedacht, daß die alliterten Regierungen durch Optionen innerhalb der Besamtsumme hiervon Gebrauch machen, und daß, wenn Frankreich seine Quote bon 500 Millionen Goldmark Sachleistungen durch Optionen nicht erschöpft, der Rest eine - vorübergehende - Ersparnis für Deutschland bedeutet. Auf die Sachannuität für 1922 werden nicht nur die Lieferungen angerechnet, für die der Friedensbertrag eine Unrechnung auf Reparationskonto borfieht, sondern auch sonstige Berpflichtungen aus Substitutionslieferungen für Rücklieferungen, gemäß einer Entscheidung der Reparationskommission vom 10. Mai 1922. Die Leistungen Deutschlands werden in erster Linie für die Deckung ber Befahungekoften, bie auf 220 Millionen begrenzt werden, fowie für die Deckung der Substitutionsverpflichtungen verwendet, kommen also dem Reparationsschulddienst insoweit nicht zugute, ohne daß deshalb Deutschland in Berzug geraten mare. Aber Deutschlands Berpflichtungen nach dem Londoner Zahlungsplan sind nicht erlassen, sondern nur hinausgeschoben. Braktisch ift der Erfolg, daß die Opfer Deutschlands dem unproduktiven 3weck der Besahungskosten gewidmet bleiben und der Zwed des Wiederaufbaues der zerftörten Gebiete noch immer bereitelt wird.

Der Zahlungsplan nach dem Moratorium vom 21. März 1922 wird von der Reparationskommission in der englischen Broschüre I, 1922, S. 25, folgendermaßen als erfüllt und nicht erfüllt bis 30. April 1922 dargestellt:

I. Barzahlungen.	Gol	dmart
Bezahlt vor bem 21. März 1922		282 454 540,19
Bezahlt zwifchen 22. Marz und 30. April 1922 Andere Gutschriften:		18 190 964,40
Als Barzahlung angerechnete Verfäufe von Sach- lieferungen zwischen 1. November 1921 und 30. April 1922:		
Rohlen	10 783 828,10	-
Farbstoffe		11 600 343,65
Summe der Barzahlungen bis zum 30. April 1922		312 245 848,24
II. Sachleiftungen bom 1. Januar bis 30.	. April 1922 (ei	infchließlich Gin-
nahmen aus Repar. Recovery Act).		,, -,
-		
Lieferungen Frankreich	And. Alliierte	, , ,
Lieferungen Frankreich Fanuar 1922 16 297 294,24	And. Alliierte 32 067 864,95	,, ~ ,
Gieferungen Frankreich Januar 1922	And. Alliierte 92 067 864,95 19 069 905,12	,, -,
Gieferungen Frankreich Januar 1922 16 297 294,24 Februar 1922 10 402 072,32 März 1922 16 159 509,55	And. Aniierte 32 067 864,95 19 069 905,12 33 613 535,92	,, , ,
Bieferungen Frankreich Januar 1922 16 297 294,24 Februar 1922 10 402 072,32 März 1922 16 159 509,55 April 1922 19 109 462 98	And. Allierte 32 067 864,95 19 069 905,12 33 613 535,92 50 250 952,76	196 970 597.84
Bieferungen Frankreich Januar 1922 16 297 294,24 Februar 1922 10 402 072,32 März 1922 16 159 509,55 April 1922 19 109 462 98 Gefamtliefran. bis z. 30. April 1922 61 968 339,09	And. Allierte 32 067 864,95 19 069 905,12 33 613 535,92 50 250 952,76	
Bieferungen Frankreich Januar 1922 16 297 294,24 Februar 1922 10 402 072,32 März 1922 16 159 509,55 April 1922 19 109 462 98 Gefamtliefran. bis z. 30. April 1922 61 968 339,09 Deutsche Gesamtleistungen	And. Affilierte 92 067 864,95 19 069 905,12 38 613 535,92 50 250 952,76 185 002 258,75	196 970 597.84
Bieferungen Frankreich Januar 1922 16 297 294,24 Februar 1922 10 402 072,32 März 1922 16 159 509,55 April 1922 19 109 462 98 Gefamtliefran. bis z. 30. April 1922 61 968 339,09	And. Affilierte 92 067 864,95 19 069 905,12 38 613 535,92 50 250 952,76 185 002 258,75	196 970 597.84 509 216 446,08

Es bleiben nun noch die Forderungen zu betrachten, welche die Reparationskommission anläßlich der Gewährung des Moratoriums vom 21. März 1922 hinsichtlich deutscher finanzieller Resormen geltend gemacht hat 1).

Die Reparationskommission beginnt mit der zutreffenden Feststellung, daß das deutsche Budget für 1922 bei der Ausführung sich wesentlich abweichend vom Boranschlag gestalten werde, wenn die Regierungsannahme, daß 45 Papiermark einer Goldmark entsprächen, sich nicht bewähren sollte. Sie hat hiermit leider sehr recht behalten. Im übrigen sind 12 Punkte hervorgehoben, in denen zum Teil sehr Richtiges, zum Teil aber auch Misverständnisse über Deutschlands Lage begegnen:

¹⁾ Bgl. Reichstagsdruckfache 1920/22, Nr. 4140, S. 162 ff.

84 W. Log.

- 1. Der Ausgleich des für 1922 vorgesehenen Fehlbetrages müsse von Deutschland schleunigst durch Anleihe beim deutschen Kapital oder durch Abgabe geschafft werden. Daß eine freiwillige inländische Anleihe mit der deutschen Zwangsanleiheidee nicht verträglich ist, und daß vor allem eine Konsolidierung der die Inflation verursachenden unverzinselichen schwebenden Schuld erstes Bedürfnis sei, ist von der Reparationsecommission anscheinend nicht erkannt worden.
- 2. Beschleunigung und rechtzeitige Durchführung der ben der deutschen Regierung in Aussicht genommenen Einnahmesteigerungen wird verlangt.
- 3. Insbesondere soll Deutschland durch Steuervermehrung für 1922/23 mindestens 60 Milliarden Papiermark über die im Haushaltsplan vorgesehene Einnahme hinaus aufbringen; mindestens vor 31. Wai 1922 soll dies bewilligt und in Kraft gesetzt und dafür gesorgt werden, daß die tatsächliche Erhebung von mindestens 40 Milliarden zusätzlichen Einnahmen vor Ende Dezember 1922 sichergestellt wird.
- 4. Die Quellen der Mehreinnahmen soll Deutschland aussuchen, hierbei aber die Möglichkeit prüfen, "ein System anzunehmen, nach welchem die Steuersätze sich automatisch nach der künftigen Vermehrung der Schuld der deutschen Regierung gegenüber der Reichsbank oder nach der Berminderung der Kaufkraft der Mark auf dem innerdeutschen Markte erhöhen würden". Dieser an sich interessante Gedanke der Answendung des Indezsystems auf die Steuersätze hat zwar nachträglich 1923 praktischen Ginfluß gewonnen, enthält aber unverkennbar sehr große Schwierigkeiten. Schon längst sind die Jölle beweglich nach dem Goldausgeld. Man erwäge aber die Unsicherheit, welche sich hinsichtslich der Höhe der Umfatzteuer und der inneren Verbrauchssteuern jeweils ergeben müßte, wenn sie nach einem Index von Tag zu Tagschwanken würden. Der Grundsatz der Bestimmtheit der Steuer, welcher seit Adam Smith zu den elementarsten Prinzipien vernünftiger Besteuerung gehört, wäre damit für Deutschland außer Kraft gesetzt.
- 5. Die Reparationskommission fordert, daß ihr unverzüglich alle Gesetze und Ausführungsbestimmungen hinsichtlich der Reichssteuern mitgeteilt werden. Diese Forderung hängt mit den beiden folgenden innig zusammen und ist als Konsequenz derselben zu begreifen.
- 6. Die Reparationskommission will nicht nur zur Beratung über die "Maßnahmen zur Anwendung der Steuer- und Tarisgeschung Deutschlands" im Sinne des von ihr festgesetzen Programms zugezogen

werden, sondern eine fortdauernde Überwachung durch das Garanties fomitee ausüben.

7. Eine energische Berminderung der Ausgaben soll durchgeführt werden; bei Überschreitungen des Boranschlages soll die Reparationsstommission unverzüglich Kenntnis erhalten. Sie beansprucht also Funktionen, welche an sich der Finanzminister in einem selbständigen Staat zu erfüllen hat.

Deutschland soll Resormen im Sinne der Überwachung der Ausgaben einführen. Dem ist durch den Entwurf einer Reichshaushaltssordnung 1), welcher dem Reichstage am 9. Juni 1922 vorgelegt wurde, entsprochen worden. Die Reichshaushaltsordnung ist am 31. Dezember 1922 (R.Gbs. 1923 II, S. 17) Gesetz geworden.

- 8. Die wichtigste Forderung lautet: "Die deutsche Regierung soll bor dem 30. April 1922 einen Entwurf für die Ausgabe ihrer inneren Unleihen in anderer Form als der von der Reichsbank diskontierten Schahanweisungen und in einem Betrage aufstellen, welcher genügt, um dem Fehlbetrage des Haushaltes bis zu dem Augenblick etwas gegenüberzustellen, in welchem der Haushalt mit Hilfe des Ertrages der Steuern ins Gleichgewicht gebracht werden kann." Hier ist in der Tat von der Reparationskommission die für Deutschlands finanzielle Gesundung wesentlichste Frage berührt worden. Gine richtige Lösung des Problems wäre ebensosehr für Deutschland selbst wie auch für Deutschlands Gläubiger eine Lebensfrage. Die Beschämung, daß die Reparations= kommission eine zweckmäßigere Lösung dieses Problems, als sie bisher Deutschland fand, uns aufzwang, ist uns damals nicht zuteil geworden. Eine gründlich wirksame Lösung, insbesondere im Sinne der dringend nötigen Konfolidierung der bisherigen unberzinslichen schwebenden Schuld, scheint auch der Reparationskommission nicht vorgeschwebt zu haben; ebensowenig leider auch der Reichsbank und der Reichsfinangverwaltung.
- 9. Die notwendige Boraussetzung einer Stabilisierung der deutschen Baluta und einer Konsolidierung der unverzinslichen schwebenden Reichsschuld war und ist eine auswärtige Anleihe. Bon äußeren Anleihen spricht auch die Note der Reparationskommission. Jedoch begegnet hier immer die Konzentration auf das den Gläubigern Deutschlands nächstliegende Ziel: die Flüssigmachung eines Teiles der

¹⁾ Bgl. Reichstagsbrucksache 1920/22, Mr. 4510.

86 W. Log.

Reparationsschuld, die der Kommission baldigst erwünscht erscheint. Die Kommission betonte die Wichtigkeit einer Reparationsanleihe Deutschlands und erklärte fich bereit, im Falle des Richtzustandekommens einer folden im Ginbernehmen mit der deutschen Regierung über eine Rapitalszahlung, insbesondere durch eine Abgabe auf die unbeweglichen und beweglichen Sachwerte Deutschlands, zu verhandeln. Es ift Klar, daß bor dauernder Stabilifierung der deutschen Baluta, die ohne äußere Anleihe und ohne Konfolidierung der unverzinslichen schwebenden Schuld nicht erreichbar ift, die "Sachwertbesteuerung" eine für die Reparation unergiebige Konfiskation deutschen Bolksvermögens bedeuten würde. Der damalige deutsche Reichskanzler ist zwar auf den Gedanken einer auswärtigen Anleihe eingegangen; er nahm aber in Aussicht, daß ein Teil davon zur Regulierung der deutschen Valuta abgezweigt, der Rest zur Deckung der Reparationslast verwendet werde. So fehr beides einleuchtet, so ist doch anscheinend nicht mit der wünschenswerten Energie die Notwendigkeit der völligen Abbürdung der bisherigen unverzinslichen schwebenden Schuld als Voraussehung künftiger gesunder Finanzwirtschaft des Reiches von deutscher Seite wie von der Reparationskommission bei den Erörterungen über eine Auslandsanleihe in den Vordergrund gestellt worden.

- 10. Die Reparationskommission fordert ferner ein Programm zur Bekämpfung misbräuchlicher Kapitalausfuhr aus Deutschland.
- 11. Ein besonderes Interesse widmet die Reparationskommission der Frage der Autonomie der Reichsbank. Gewiß ist dem ja später durch deutsche Gesetzgebung entsprochen worden. Es scheint jedoch, daß die Reparationskommission hier formelle Dinge etwas überschät hat, wenn ihr auch der richtige Grundgedanke vorschwebte, daß eine energischere Initiative der Reichsbankleitung gegen die Inanspruchnahme von Banknotenkredit durch das Reich verbunden mit positiven Maßnahmen einer wirksamen Kreditbeschaffung beim Sparkapital eine der wichtigsten Fragen der deutschen sinanziellen Zukunft sein mußte.
- 12. Endlich forderte die Reparationskommission Vervollskommung der statistischen deutschen Veröffentlichungen.

In seiner Antwortnote vom 7. April 1922 hat der damalige Reichsekanzler Dr. Wirth sich bereit erklärt, alle notwendigen Ausklärungen über die Finanzlage Deutschlands und über finanzielle Maßnahmen der Reparationskommission zu gewähren, jedoch mit Energie begreislichere weise jede Kontrolle abgelehnt, "welche mit der deutschen Finanzhohett

nicht vereinbar ist". Er gab zu, daß bereits die Entwicklung der Devisenkurse die Kinanzen und die Bolkswirtschaft aufs äußerste gefährde, und regte an, daß Sachkenner, "die nicht lediglich den unmittelbar beteiligten Staaten angehören", die Fragen der deutschen Leistungsfähigkeit und die Schwere der deutschen Steuerbelastung im Vergleiche zu den Ententestaaten prüfen sollten. Für lettere Frage war bereits in Anlage I, Unteranlage 2 der deutschen Note vom 28. Januar 1922 der Reparationskummission Material unterbreitet worden. Gine Nachprlifung der Entscheidung der Reparationskommission bom 21. März 1922 erbat der Reichskanzler angesichts der Lage in Deutschland, mit Rücksicht auf Artikel 234 des Friedensbertrages. Den bon der Reparationskommission am 21. März 1922 geforderten Garantien erklärte der Reichskanzler, soweit sie über sein Angebot vom 28. Januar hinausgingen, nicht zustimmen zu konnen. Die Forderung von 60 Milliarden neuen Steuern über das Steuerkompromik hinaus sei nicht durchführbar. Dafür biete man die geplante Zwangsanleihe.

Vom 24. Mai bis 9. Juni 1922 beriet ein internationgles Komitee von praktischen Bankleuten 1), um die Frage zu prüfen, ob Deutschland unter Berücksichtigung der ihm durch den Friedensbertrag und den Zahlungsplan, gemäß dem Londoner Ultimatum bom 5. Mai 1921, auferlegten Bedingungen auswärtige Anleihen zur Ablösung eines Teiles der Rapitalschuld der Reparationen aufnehmen könne. Das Unleihekomitee fragte bei der Reparationskommission an, ob die Deutschauferlegten Zahlungsbedingungen als unabanderliche Berpflichtung zu behandeln seien, oder ob das Komitee Freiheit habe, "die Möglichkeit von Lösungen zu prüfen, welche Abanderungen dieser Regelungen mit sich bringen". Ein Mehrheitsbeschluß der Reparationskommission, gegen den der frangofische Delegierte stimmte, bejahte die Freiheit des Unleihekomitees. In ihrem Bericht vom 10. Juni 1922 er-Klärten die versammelten Bankfachleute, daß an sich die Marktlage für eine solche Anleihe nicht ungünstig sei, daß aber zuerst Deutschland sich bemühen müsse, seine Finanzen auf gesicherte Grundlage zu stellen, und daß die Unsicherheit hinsichtlich der Reparationsberpflichtungen beseitigt werden muffe; endlich muffe zuerst Einmutigkeit unter Deutschlands Gläubigern, also unter den Siegerstaaten, existieren, die noch fehle. Da weitläufige Berhandlungen über eine große und langfristige

¹⁾ Bgl. Reichstagsbruchjache 1920/22, Nr. 4484, S. 34 ff.

88 W. Lop.

Anleihe sich so lange hinausziehen könnten, daß inzwischen Deutschlands finanzielle Lage ernstlich bedroht sein könne, so sei es möglich, eine Interimsanleihe zu erwägen. Es komme aber vor allem auch auf das Verhalten der alliierten Regierungen an.

War somit aus dem seit 21. März 1922 zwischen der Reparationskommission und der deutschen Regierung erörterten Gedanken einer äußeren deutschen Reparationsanleihe nichts geworden, so wurden inzwischen die übrigen in dem Notenwechsel 1) berührten Fragen nun weiter behandelt; charakteristisch ist, daß dabei auf beiden Seiten grundlegende neue Gedanken einer Lösung der ineinander berquickten Probleme: Budgetnot, Valutanot, Nreditnot nicht entwickelt wurden

Bor und nach der internationalen Konferenz von Genua, die vom 3. bis 19. Mai 1922 stattsand und sehr tugendhafte und wahre Grundsätze, auch über die Schädlichkeit der Deckung von Destziten durch Jnanspruchnahme von Notenbankkredit²), der Welt wiederverkündet, im übrigen aber die Frage der deutschen Reparationen nicht neugeordnet hat, spielte sich vom 13. April 1922 ab ein Notenwechsel zwischen der Reparationskommission und dem deutschen Reichskanzler ab, der an die im Zusammenhang mit dem Zahlungsausschub vom 21. März 1922 gespslogenen Verhandlungen anknüpste und folgendes Wesentliche entshielt³):

Die Kommission hielt daran fest, daß eine Steuervermehrung über das vom Reichskanzler zugestandene Maß zur Wiederherstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalte wie auch zur Erlangung des für Ansleihen nötigen Vertrauens ersordert werde. Auf die Vorfrage der Absbürdung der schwebenden Schuld durch Kreditausnahme kommt sie immer noch nicht zu sprechen.

Der Reichskanzler Dr. Wirth sagt am 28. Mai 1922 zu, daß der Stand der schwebenden Schuld vom 31. März 1922 von jest ab als "der normale Höchstbetrag" gelten solle. Nach dem Statistischen Jahrs buch für das Deutsche Reich 1921/22 (S. 367) hat der Bestand an uns verzinslichen Schahanweisungen am 31. März 1922 271,9 Milliarden Mark betragen.

¹⁾ Bgl. zum folgenden den Nachtrag zu dem Weißbuch "Attenstücke zur Reparationsfrage vom Mai 1921 bis Wärz 1922" vom 14. Juni 1922. Reichstagsbrucksache 1920/22, Ar. 4484.

²⁾ Bgl. Reichstagsdructsache 1920/22, Nr. 4378, S. 73, Entschließung 7.

³⁾ Bgl. Reichstagsbrucksache 1920/22, Nr. 4484. Nachtrag zu dem Weißbuch "Alktenstücke zur Reparationsfrage vom Mai 1921 bis März 1922".

Bei Überschreitung des normalen Höchstbetrages solle binnen drei Monaten nach Quartalsschluß jeweils die Überschreitung aus Einnahme- überschüssen gegenüber den lausenden Ausgaben oder durch eine Aredit- aufnahme, die außerhalb der Reichsbank stattsindet und nicht die Instation erhöht, zurückbezahlt werden. "Wenn trotz dieser Schritte der Betrag der schwebenden Schuld am Ende der drei Monate noch den normalen Höchstbetrag überschreitet, wird die deutsche Regierung alsbald Borschläge für den Ausbau des Steuerschstems eindringen und alles tun, um ihre Annahme im Wege der deutschen Gesetzgebung zu erreichen mit dem Ziel, daß noch in dem jeweils lausenden Rechnungsjahr oder, wenn davon mehr als die Hälfte abgelausen ist, binnen sechs Monaten ein Betrag beschafft wird, welcher nicht geringer ist als die bereits vorhandene und jede dis zum Ende des Rechnungsjahres voranssichtlich noch weiter entstehende überschreitung."

Hierzu werden zwei Einschränkungen hinzugefügt, die im folgenden wegen ihrer Wichtigkeit wörtlich wiedergegeben werden:

- a) "So lange noch keine Eingänge aus auswärtigen Anleihen zur Verfügung stehen, um die von der deutschen Regierung in Erfüllung von Verhildtungen auf Grund des Vertrages von Versailles seit dem 1. April 1922 in ausländischen Zahlungsmitteln geleisteten Zahlungen zu decken, wird für die Feststellung, ob und inwieweit eine Überschreitung des normalen Höchstbetrages vorliegt, ein Betrag in Höhe des Papiermark-Gegenwertes der vorläufig auf diese Weise nicht gedeckten Gesamtheit der genannten Zahlungen dem Stande der schwebenden Schuld vom 31. März 1922 hinzugerechnet.
- b) Alle Eingänge aus auswärtigen Anleihen sollen zur völligen Rückzahlung dieses zum normalen Höchstetrage hinzugerechneten Bestrages berwandt werden, und zwar mit Borrang vor allen anderen Berwendungszwecken, vorbehaltlich der auf Grund des Bertrages von Bersailles in ausländischen Zahlungsmitteln zu begleichenden Verbindlichsteiten und solcher anderen Lasten, hinsichtlich deren die Reparationsstommission auf Ersuchen der beutschen Regierung ihre Zustimmung besonders erteilt."

Tatsächlich ist seitdem die unverzinsliche schwebende Schuld und damit die Inflation so sehr wie nie zuvor gestiegen, und zwar Ende Dezember 1922 bis auf über 1494 Milliarden Mark, wobei allerdings Zahlungen aus dem Versailler Frieden in hohem Maße eine Rolle gespielt

90 B. Lot.

haben. Es muß zur Ehre der deutschen Regierung angenommen werden, daß bei Abgabe der sehr verklausulierten Sverrvervflichtung hinsichtlich der schwebenden Schuld diese Gefahren nicht vorausgesehen wurden. Dann kann aber den finanziellen Ratgebern der damaligen Regierung nicht der Borwurf erspart werden, daß ihnen überhaupt nicht die Notwendigkeit der schleunigen Abbürdung der bestehenden unverzinslichen schwebenden Schuld und ein brauchbarer Weg bierzu klar vorschwebte: ein weiteres Bedenken besteht darin, daß man bei Abgabe der Erklärung nicht deutlich genug die verhängnisvoll wirkende unverzingliche von der harmloseren verzinslichen schwebenden Schuld, die nicht inflationswirkend zu sein braucht, schied; endlich, daß man nicht gegenüber der Reparationskommission betonte, zur Valutastabilisierung komme es nicht nur darauf an, weiterer Bermehrung der schwebenden unberzins= lichen Schuld und Banknotenausgabe Einhalt zu tun, sondern vor allem die bisherige schwebende unverzinsliche Schuld zu konsolidieren. Letteres zu betonen hätte bor allem der Reichsbank nabe liegen muffen. In der zukunftigen Geschichtsschreibung wird man — wie zu befürchten ist — in der Erklärung der Reichsregierung vom 28. Mai 1922 nur einen Bersuch, sich formal gegen Kritik der Inflationswirtschaft zu decken, aber nicht einen Beweis vorausschauender konstruktiver Volitik erblicken. Gerechterweise muß allerdings hinzugefügt werden, daß damals und in der Folge sich die deutsche Regierung in wirklich verzweifelter Lage befunden hat und — den allerschwierigsten Problemen gegenüberstehend — fortwährend Vorwürfen Frankreichs wegen angeblich borsätlicher Nichterfüllung, angeblicher absichtlicher Schädigung der deutschen Valuta und Drohungen mit Einmarsch und Vfandwegnahmen ausgesett war. Eine verzweifelte Lage führte zu einer verzweifelten Politif.

Auf die Wünsche der Reparationskommission hinsichtlich der Autonomie der Reichsbank und der Reformen der Statistik ging die deutsche Regierung ein; sie erklärte sich auch bereit, bezüglich der weiteren Bekämpfung der Kapitalflucht mit der Reparationskommission zu derhandeln. Bas die gesorderte Ausgabeeinschränkung anging, wies die deutsche Regierung auf erzielte Fortschritte hin; ebenso betonte sie, daß nach erneuter Schähung der deutschen Steuern, einschließlich des Steuerskompromisses, sich die für 1922 zu erwartenden Einnahmen im Reichschaushalt günstiger als angenommen gestalten würden. Im übrigen setzt sie besondere Hoffnungen auf die Zwangsanleihe.

Die Reparationskommission mahnte in ihrer Antwort 1) vom 14. Juni 1922 besonders dazu, die Maßnahmen vorzubereiten, um der Papierwirtschaft abzuhelsen, und fügte die nicht unbegründete Warnung hinzu, daß beim Unterlassen von Maßnahmen gegen die Instation zu befürchten sei, "daß die Opser, welche jetzt von den deutschen Steuersahlern gesordert werden, um ein weiteres Anwachsen der schwebenden Schuld zu verhindern, den damit beabsichtigten Zweck nicht erreichen".

She die weitere Entwicklung der Verhandlungen zwischen Reparationskommission und Reichsregierung und das weitere Schicksal der deutschen Valuta betrachtet wird, muß hier eines neuen Gedankens Erwähnung getan werden, der sich durchsetze, seitdem der deutsche Minister Dr. Rathenau mit dem französischen Minister Loucheur im Oktober 1921 das Biesbadener Abkommen zustandebrachte 2). Es folgten auf das Biesbadener Abkommen dom 6. Oktober 1921, welches zwischen der deutschen und der französischen Regierung abgeschlossen wurde, folgende weitere Vereindarungen, die einem ähnlichen Grundgedanken entsprangen:

- 1. das auf Anregung der Reparationskommission zwischen dem Belgier Herrn Bemelmans, als Bertreter der Keparationskommission, und dem Bertreter der deutschen Regierung, Herrn Cunke, am 2. Juni 1922 abgeschlossen "Cunke-Bemelmans-Abkommen" über freien Sach-lieferungsverkehr und
- 2. das am 15. März 1922 abgeschlossene und am 3. Juni 1922 ergänzte Abkommen zwischen dem Bertreter der deutschen Regierung, Herrn Dr. Ruppel, und dem Bertreter der französischen Regierung, Herrn Gillet, das "Ruppel-Gillet-Abkommen".

¹⁾ Der gesamte Notenwechsel sindet sich auch wiedergegeben in der englischen Broschütze Reparation Commission III. Official documents relative to the amount of payments to be effected by Germany under Reparations account. London 1922, Vol. I (May 1, 1921—July 1, 1922).

²⁾ Bgl. Reichstagsbrucksache 1921, Nr. 2792, über die Wiesbadener Protokolle vom 6. Oktober 1921, betreffend deutsche Sachlieferungen an Frankreich, und vom 7. Oktober 1921, betreffend die Rücklieferungen und die Vieh- und Kohlenlieferungen an Frankreich, sowie den Notenwechsel vom 7. Oktober 1921, ferner lehrreiche eingehende Darstellung bei Julius Ruppel und Albert Cunte, Die Reparationssachleistungen. Ein Kommenstar zu dem Wiesbadener, dem Cunte-Bemelmanns- und dem Ruppel-Gillet-Abkommen. Berlin 1922. Bgl. auch die englische Broschüre: Reparation Commission II. Agreements concerning deliveries in kind to de made by Germany under the heading of Reparations. London 1922.

92 W. Lot.

Eine Vereinbarung auf Grund der durch die berschiedenen deutschfranzösischen Regierungsabkommen geschaffenen Grundsätze zwischen dem Vertreter der Genossenschaften der französischen Kriegsgeschädigten im Wiederaufbaugebiet, Herrn Marquis de Lubersac, und einer deutschen Lieserungsorganisation, bertreten durch Herrn Hugo Stinnes, ist das "Stinnes-Lubersac-Abkommen" vom 4. September 1922.

Die Grundidee, um die es sich bei diesen Einvernehmen handelte, war, an Stelle des sogenannten "gebundenen" Sachlieserungsverkehre zwischen der deutschen Regierung und den durch die Reparations-kommission vertretenen alliierten Regierungen einen freien Verkehrzwischen alliierten Bestellern und deutschen Lieseranten in privatrechtslichen Formen treten zu lassen.

Nach dem Londoner Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 waren die Deutschland auferlegten Annuitäten entweder in bar oder, soweit Optionen alliierter Regierungen auf Sachlieferungen geltend gemacht wurden, in solchen von Deutschland zu leisten. Außer den nach Friedensvertrag Anlage IV, Teil VIII, zur Wiederherstellung kriegszgeschädigter Gebiete stattfindenden Sachlieferungen hatte aber Deutschsland noch die nach Anlage III., V., VI., VI., Teil VIII des Verfailler Friedens geschuldeten "Pflichtlieferungen", bei denen es sich nicht um Optionen, sondern um Leistungen von vorgeschriebener Art und Menge handelt, zu vollziehen. Zu ihnen können "freiwillige" 4), nach Friedenszvertrag Teil VIII, Anlage II, § 19, hinzutreten; zu ihnen gesellen sich serner noch die "Mücklieferungen" des Artikels 238, an deren Stelle saktisch immer mehr Ersahlieferungen traten, sowie "besondere Lieferungen" nach Artikel 245 und 247.

Bei den Reparationssachlieferungen im Gegensatz zu den übrigen angeführten Fällen von Sachlieferungen — handelte es sich einerseits um die sogenannten Pönalieferungen, die durch das Jusatzabkommen vom 16. Januar 1919 zum Waffenstillskandsabkommen an die Stelle der zusätzlich geforderten Eisenbahnwagen und Lokomotiven landwirtschaftliche Maschinen umfaßten, ferner um Viehlieferungen, bezüglich deren, in Abänderung der Kücklieferungen, Ersableistungen

- 1) Sechandelsschiffe, Flußschiffe.
- 2) Rohlen und Rohlenderivate.
- 3) Farbstoffe und chemisch-pharmazeutische Erzeugnisse.
- 4) Anzahlungen auf festgestellte Schadenersagansprüche, die von der Reparationskommission in beweglichen oder unbeweglichen Sachen, Rechten usw. entgegengenommen werden.

vereinbart worden sind ¹), endlich um die Lieserungen von Stoffen und Fabrikaten für den Wiederausbau zerstörter Gebiete. So lange diese Lieserungen von Regierung zu Regierung betätigt wurden, stellten sich viele Schwierigkeiten in den Weg. Immerhin haben die auf Berstangen der alliierten Regierungen im "gebundenen Verkehr", auf Anfordern von Staaten, von Deutschland betätigten Sachlieserungen schon bis Ende Juni 1922 — mit Ausnahme der Lieserungen von Tieren — bereits folgende Werte ²) dargestellt:

5.11 S. 11 S	Anforder in Papier: mart	eungen in Gold= mark	Lieferungen in Papier- mart	Angemelbete Gutichriften in Gold= mark
Frankreich Belgien	589 513 806 1 064 102 528 1 496 052 824 6 933 627 787 101 493 645	18 519 367 31 281 783 27 190 045 122 823 656 1 266 557	175 907 755 415 524 501 70 108 885 459 650 334 318 610	7624845 13647256 5587804 33147705 819630
insgesamt:	10 184 790 590	201 081 408	1 121 510 085	60 827 240

¹⁾ Nach der deutschen Regierungsdentschrift: Die Durchführung des Bersailler Bertrages vom 10. Januar 1920 bis zum 10. Januar 1922, S. 36/37, ist das Prototoll B über Rücklieserungen von Bieh vom 27. Des gember 1920 durch besondere Bereinbarungen nachträglich dahin abgeändert worden, daß — zwecks Ablösung der deutschen Berpstlichtungen auf Rücklieserung von identifizierten Tieren — im Interesse der Bermeidung von schwersten Störungen des deutschen Birtschaftslebens Ersatlieserungen (Substitutionse stärungen) traten, und zwar:

```
an Belgien (bis 30. Juni 1922) von 8000 Pferben

an Polen (im Jahre 1921) " 9415 "

" " ( " 1922) " 12 850 "

" " ( " " 1923) " 12 935 "

" Jtalien " 5000 "

" " 1000 trächtigen Färsen

" Rumänien (bis 9. Juni 1922) " 5050 Pferben,
```

serner Lieserung von Waren zu Lasten eines Kredits in Sühe von 20 Millionen Papiermark, an Serbien Lieserung von Waren zu Lasten eines Kredits von 60 Millionen Papiermark. Nach dem Wiesbadener Abstommen vom 7. Oktober 1921 gelten die gesamten Reparations= und Restitutionsverpslichtungen auf Tierlieserungen an Frankreich — bis auf eine Reparationslieserung von 13 000 Pserden — als abgesunden durch Lieserung von 62 000 Pserden, 25 000 Kindern, 25 000 Schasen (darunter 50 Böcken), 40 000 Vienenvölkern in Körben. Über die Reparationslieserungen an Bieh und die Ersetzung von Milchkühen durch Gesclügel, Ziegen, Wilb usw. ebenda S. 43/44.

²⁾ Bgl. Ruppel und Cunte, a. a. D. S. 22.

94 W. Lot.

Im wesentlichen war auf Grund von Listenanmeldungen ein verwickeltes behördliches Berfahren erforderlich; die Bewertung der deutschen Sachleistungen erfolgte durch die Reparationskommission. Während Belgien und Italien, vor allem aber Jugoslawien von diesen Optionen reichlichen Gebrauch machten, verhielt sich Frankreich hier zurückhaltend. Vielleicht weil es Kücksichten auf seine Industric zu nehmen wünschte, vielleicht weil es durch Entgegennahme beseutender Werte in Sachlieserungen, unter dem Londoner Jahlungsplan, Ansprüche auf Barzahlungen einbüßte und setztere Form der Leistungen vorzog, besonders solange Besatungskosten und nicht Wiedersherstellungsauswendungen aus den deutschen Leistungen bestritten werden.

Die deutsche Regierung wünschte sehnlich, daß mehr als in Devisenzahlungen in Sachlieferungen erfüllt werden könne, erstens, um
die dringliche Nachfrage nach Devisen und die davon ausgehende preißsteigernde Wirkung zu vermeiden, und zweitens aus rein sinanziellen Erwägungen, da zeitweilig vor der Anpassung der deutschen inneren Preise an das Weltmarktniveau der Einkauf von Sachgütern in Papiermark weniger kostete, als die Gutschrift in Goldmark einbrachte. Endlich erschien es politisch und aus Menschlichkeitsgründen geboten, auf Beschleunigung der Wiederherstellung in den zerstörten Gebieten Deutschlands so eifrig als möglich mithinzuwirken.

Belgien 1) war bereits, angesichts der Schwerfälligkeit des "gestundenen Berkehrs" bei Option von Sachlieferungen zum Wiederaufsbau, selbständig vorgegangen und hatte seine Staatsangehörigen versanlaßt, mit deutschen Lieferanten seit Ende 1921 in private Bersträge einzutreten, wobei die beiden Regierungen dann in diese Bersträge eintraten (sogenannter "kontrolliert freier Berkehr").

Beiter ging das Wiesbadener Abkommen, das Cunge-Bemelmans= und das dessen Grundsätze auf den französischen Sachlieferung&= verkehr ausdehnende Ruppel-Gillet-Abkommen.

Private Berträge zwischen den Organisationen der Rriegesgeschädigten und — im Falle des Wiesbadener Abkommens schließelich — mit dem deutschen Reichskommissar, in den späteren Abkommen unmittelbar mit deutschen privaten Lieferantenorganisationen,

¹⁾ Bgl. Cunte und Ruppel, a. a. D. S. 22.

setzten Art und Wenge und Preis der Wiederausbaulieserungen fest. Allerdings mußte die Genehmigung der deutschen Regierung und der Reparationskommission erlangt werden. Bei dem Wiesbadener Abstommen waren noch besondere Abreden für den Fall getroffen, daß die Frankreich geleisteten Sachlieserungen seine Jahresquote an den Annuitäten überstiegen. Um Herauszahlungen Frankreichs an seine Alliterten zu vermeiden, war hier ein Stundungssystem der deutschen Leistungen bis zur endgültigen Gutschrift auf die Annuitäten vorsgesehen.

Seit dem Moratorium vom 21. März 1922 hat sich die Sachlage insosern verschoben, als nunmehr die Barzahlungen Deutschlands fiziert sind und ihnen Sachlieserungen gegenübergestellt sind, die entweder als solche von den Alliierten ausgenützt werden müssen oder für das Jahr zugunsten Deutschlands verfallen 1). Das Interesse sämtlicher in Betracht kommender Alliierter an Ausnuhung der Sachlieserungen ist dadurch wesentlich gesteigert worden.

Ein großer Fortschritt ist bei all diesen Abkommen, daß üben Streitigkeiten hinsichtlich der Preise feste Grundsätze oder ein Schiedsegericht entscheiden, nicht mehr bloß das Ermessen der Reparationsemmission.

Die Anwendungsgebiete der verschiedenen Bestimmungen gliedern sich nach der von Cunke und Ruppel gegebenen Übersicht 2) folgendermaßen:

- a) Frankreich bezieht nach wie vor Sachlieferungen, die nicht für den Wiederaufbau zerstörter Gebiete bestimmt sind, z. B. an Kohlen und Farbstoffen im "gebundenen Versahren" des Versailler Friedensvertrages. Für Lieferungen zum Wiederaufbau zerstörter Gebiete kommt der "freie Verkehr" des Cunte-Vemelmans- und des RuppelsGillet-Abkommens in Betracht, soweit es sich nicht um Waren handelt, die auf der sogenannten "negativen Liste" stehen, sonst das Wiesbadener Abkommen, dessen praktische Anwendung damit sehr eingeschränkt ist.
- b) Für Länder, die dem Cunge-Bemelmans-Abkommen beitreten, kommt der Bezug im freien Berkehr im Sinne dieses Abkommens so

^{&#}x27;) Diese Bedeutung des Moratoriums ist bei Cunte und Ruppel a. a. D. S. 36 ff. auseinandergesett.

²⁾ a. a. D. S. 45 ff.

96 W. Lot.

weit in Betracht, als die Waren nicht auf der "negativen Liste" stehen; für letztere nach wie vor das Versahren des Versailler Friedens.

c) Für Länder, die dem Cunte-Bemelmans-Abkommen nicht beitreten, bleibt es bei allen Waren bei dem "gebundenen Verkehr" des Versailler Friedensbertrages.

Bom Standpunkte der deutschen Baluta ist es zunächst einleuchtend, daß, falls fich die geschilderten Sachlieferungsverfahren im freien Berkehr ftark entwickeln sollten, dringlichste Nachfrage am Devisenmarkt, nicht im bisherigen Make entfaltet werden muß. Andererseits bleibt, wenn Deutschland mit Laviermark die Rahlungen begleicht und daneben die Laften für Besatungekoften, die Laften der Barzahlungen aus den Annuitäten, die Lasten des Ausgleichsversahrens fortbestehen, die Baluta so lange notleidend, als wir mit unverzinslichen, bei der Reichsbank diekontierten Schatscheinen die Zahlungen decken. Das Problem bleibt also auch künftig im besten Falle die Abbürdung der unverzinslichen schwebenden Schuld, die Stabilisierung der Mark, die Serbeiführung eines wieder gesicherten freiwilligen Aredits und eines Gleichgewichtes im öffentlichen Haushalt. Notleidend find im Laufe des Jahres 1922 nicht nur der mit Goldmarkzahlungen belastete Reichshaushalt, sondern auch die Haushalte der Länder — trot hoher Forsteinnahmen — und die Gemeindehaushalte geworden, und zwar weil sich die Entwertung der Papiermark gegen Gold und die Teuerung in Deutschland auswirkte und fortwährende Erhöhung der Bersonalausgaben, bald auch der Materialkosten mit sich brachte. Von Ende März 1922 bis Ende November 1922 stieg die unverzinsliche diskontierbare Reichsschuld von 271,9 auf 838,9 Papiermilliarden, um Ende Dezember 1922 1494,9 Milliarden zu erreichen. Der Beftand der Reichsbank an diskontierten Reichsschatscheinen und sonstigen Borschüssen zugunften des Staates betrug am 30. Dezember 1922 bereits 1 184 464 Millionen, ihr Umlauf an Noten 1 280 095, die Summe ihrer ftets fälligen Berbindlichkeiten 530 526 Millionen. Zum Notenumlauf treten noch die Darlehenskassenscheine hinzu. Telegraphische Auszahlung Newyork in Berlin, die im Durchschnitt 1920 noch 63,06, 1921 104,57 Mt. pro Dollar gekostet hatte, notierte im November 1922 durchschnittlich 7 183,10, im Dezember 1922 durchschnittlich 7589,30, Ende Januar 1923 49 000 Mf. pro Dollar.

Die deutsche Großhandelsindezziffer des reichsstatistischen Amtes betrug gegen 1 im Jahre 1913

												November: hjchnitt 1922	am 25. Januar 1923
fur Bebensmittel												1033,5	2764,4
für Induftrieftoffe												1370,8	4262,0
für 16 Inlandemaren												952,9	2871,7
für 22 Ginfuhrmaren												2141,5	5359,5
. , ,			8	eja	m	tin	be	EJ	iff	er	:	1151,0	3286,3

Dementsprechend stiegen die Personal- und Materialausgaben. Bei der zunehmenden Teuerung im Lause des Jahres 1922 fing sich die disherige Spannung zwischen dem inländischen Preis in Papiermark und dem Weltmarktpreis immer mehr zu verslüchtigen an; in gewissen Branchen wurde der Weltmarktpreis erreicht oder sogar überschritten.

Entsprechend den geschilderten Schwierigkeiten ergab sich im Sommer 1922 für die deutsche Reichsregierung die Notwendigkeit, der Reparationskommission anzuzeigen, daß sich die Erfüllung der vorgeschriebenen Zahlungen nicht durchführen lasse; es solgen einander verschiedene deutsche Gesuche um Moratorien.

Im August 1922 lehnte die Reparationskommission mit den Stimmen Frankreichs und Belgiens gegen die Stimme Englands und unter Stimmenthaltung Italiens das Gesuch Deutschlands um Stundung der die Ende 1922 fälligen Zahlungen von 270 Millionen Goldmark ab, nahm aber einen belgischen Kompromisvorschlag an. Belgien hatte ein Prioritätsrecht auf diese deutschen Zahlungen. Es wurde abgefunden, indem von Belgien deutsche Reichsschaswechsel mit 6 Monate Laufzeit, und zwar in drei Raten von je 50 Millionen Goldmark am 15. August, 15. September, 15. Oktober 1922 und in zwei Raten von je 60 Millionen Goldmark am 15. November und 15. Dezember 1922 als Zahlung angenommen wurden. Für die Diskontierung dieser Wechsel sift durch Zusammenwirken der deutschen Reichsbank mit der Bank von England gesorgt worden 1). Die Verpflichtungen aus den deutschen Goldwechseln sind seitdem in dem Ausweisposten der schwebenden

¹⁾ Bgl. Anlage XX zum 7. Nachtrag zum Reichshaushaltsplan für 1922, Erläuterung zu ord. Haushalt XVII, Kap. 6 Tit. 1, auf S. 5. und zu Kap. 6 Tit. 7 auf S. 7. Weitere amtliche Dokumente hierüber sind mir nicht bekannt. Ich stüge mich auf die Franks. Zeitung, II. Mbl., Kr. 616 vom 1. September 1922, II. Mbl., Kr. 669 vom 21. September und Abendbl. Kr. 719 vom 9. Oktober 1922. Die Summe der an Belgien begebenen Schahwechsel einer Kate wird darin auf 96 Millionen Goldmark, die Gesamtleistung auf 100 Millionen Goldmark angegeben, indem restliche 4 Millionen anderweit gedeckt worden seien.

98 W. Loh.

Reichsschuld "Berpflichtungen aus Schatzanweisungen und Schatzwechseln" neben der diskontierbaren unverzinslichen Schuld nachgewiesen.

Neben den Reparationszahlungen und Besatungskosten lastet auf den deutschen Finanzen die Verpflichtung zur Deckung jeweiliger Passisialdi aus dem Ausgleichsversahren des Versailler Friedens. Während Deutschland etwaige Aktivsaldi nicht ausbezahlt, sondern nur auf die Reparationsschuld angerechnet bekommt, muß es die Passisivsaldi umgehend decken. Es ergaben sich Schwierigkeiten, die am 21. Okstober 1922 durch ein Abkommen des deutschen Reichsausgleichsamtes mit den allierten Ausgleichsämtern 1) dahin geregelt wurden, daß bis zum 10. Juli 1923 Deutschland von sämtlichen Barzahlungen im Ausgleichsversahrungen befreit wurde und die noch ungedeckten Debetsaldi, welche auf 24,2 Millionen geschätzt wurden, durch Schatzanweissungen deckte, welche in monatlichen Teilbeträgen — von 300 000 auf 500 000 ansteigend — vom 10. Juli 1923 bis 10. November 1928 fällig sind.

An ein erneutes Moratoriumsgesuch, welches der Reichskanzler Dr. Wirth im Spätherbst 1922 an die Reparationskommission richtete, knüpften sich Borgänge von großer Tragweite, die jetzt zu betrachten sind.

Die deutsche Regierung lud am 16. Oktober 1922 sieben ausländische Sachverständige, den englischen Bankier R. H. Brand, den schweizerischen Bankpräsidenten Dubois, den niederländischen Bankpräsidenten Dr. Vissering und den in verschiedenen Banken beteiligten Bankpräsidenten Kamenka, ferner den schwedischen Professor Cassel, den englischen Professor Rehnes und den amerikanischen Professor Jenks nach Berlin zu einer Konsenz. Diese Konserenz begann am 2. November 1922 unter Juziehung deutscher Sachverständiger als Auskunstspersonen. Da eine Stadilisierung der Mark als notwendig bezeichnet worden war, ehe sich die Reparationskommission mit dem deutschen Woratoriumsgesuch befassen könne, so wurden die ausländischen Sachverständigen gebeten, sich über solgende Fragen zu äußern:

¹⁾ Über die Borgeschichte und den Wortlaut des Abkommens vgl. die Denkschrift über die Zahlungen im Ausgleichsversahren vom 4. Dezember 1922 (Reichstagsdrucksache 1920/21, Nr. 5304).

- 1. Ist unter den gegenwärtigen Umständen eine Stabilisierung der Mark möglich?
- 2. Wenn nein: welche Boraussetzungen muffen geschaffen werben, um eine Stabilisierung zu ermöglichen?
- 3. Welche Maßnahmen müffen zur Stabilifierung getroffen werden, sobald die Voraussetzungen vorliegen?

Nachdem die Sachverständigen vom 2. bis 8. Rovember 1922 in Berlin getagt hatten, erstatteten sie ihre Berichte, und zwar die Theoretiker Cassel, Jenks, Kehnes gemeinsam mit dem englischen Bankier Brand einen Bericht vom 6./7. November, die Bankpräsidenten Bissering, Dubois, Kamenka einen Bericht vom 8./9. November 1). Über die Frage der Intervention eines internationalen Syndikats zur Stabilisterung der Mark haben sich dann noch die Herren Bissering und Dubois, sowie Herr Brand am 7. November 1922 auf Wunsch des Keichsfinanzministers geäußert.

Angesichts der Bedeutung der befragten hervorragenden Fachleute ist eine eingehendere Betrachtung dieser Gutachten unerläßlich.

Der Mehrheitsbericht und der Minderheitsbericht stimmen darin überein, die Frage zu verneinen, ob unter den gegenwärtigen Umständen eine Stadilisierung der Mark möglich sei. Der Mehrheitssbericht begründet dies mit dem Hinweis auf die Wirkungen der deutschen Finanzpolitik in der Kriegssund Nachkriegszeit und auf die Lasten aus dem Versailler Vertrag. Der Minderheitsbericht ersklärt nur eine "dauernde" Stadilisierung der Mark für unmöglich, so lange

- 1. "der Papierinflation, deren gegenwärtige Hauptursache das Defizit des deutschen Reichshaushaltes und der Staatsbetriebe ist, nicht Einhalt geboten wird", und
- 2. "die Zahlungsbilanz infolge des Einfuhrüberschusses, der Napitalflucht ins Ausland, der Abneigung gegen die Mark im Inland und der Sachlieferungen und Barzahlungen für die Reparationen passiv bleibt".

Auf die zweite Frage, welche Voraussetzungen geschaffen werden müßten, um eine Stabilisierung zu ermöglichen, weist der Minder-

¹⁾ Diese beiben Gutachten werden im folgenden bezeichnet werden als Mehrheitsbericht und Minderheitsbericht. Bgl. zum folgenden die Denksichtift des Auswärtigen Amtes "Gutachten der internationalen Sachberständigen über die Stabilisierung".

100 B. Lok.

heitsbericht auf die Schädlichkeit der Ausgabededung durch Aufnahme schwebender Schulden bei der Notenbank hin und fordert Ausgleichung bes Reichshaushaltes durch Anstrengungen Deutschlands, und zwar im einzelnen: 1. Einschränkung der Ausgaben durch strengste Sparsamkeit und Berringerung des Staatspersonals, sowie Abbau der Ernährungszuschüffe; 2. Erschließung neuer Ginnahmequellen, wenn die Einnahmen zur Ausgabedeckung nicht ausreichen; 3. Entlastung des außerordentlichen Haushaltes von vermeidbaren oder verschiebbaren Rapitalinbestierungsausgaben. Endlich dürfte der außerordentliche Reichshaushaltsplan nicht Voranschläge für Reparationszahlungen enthalten, die die etwaigen überschüffe aus den Einnahmen des ordentlichen Reichshaushaltes überfteigen. Außerdem muffe für eine endgültige Stabilisterung der Mark erreicht werden, daß die Bahlungsbiland nicht mehr ungunftig für Deutschland sei. Die ungunftige Bahlungsbilang, für deren Beurteilung der Mangel zuberlässiger Handelsbilanzziffern eine Schwierigkeit bilde, wird von der Minderheit zurückgeführt 1. auf das Nachlassen der Ausfuhr, welches durch berringerte Produktionskraft und durch Hindernisse sich erkläre, die das Ausland der Einfuhr deutscher Waren entgegensette; 2. auf die abnorme Entwicklung der Ginfuhr (vorübergehender Getreidemehrbedarf bei schlechter Ernte, Rohleneinfuhrbedarf infolge der Rohlenlieferungen an die Alliterten, "Loch im Beften", Aufftapeln von Sachwerten bei mangelndem Bertrauen in die Papiermark; 3. auf die mit den Balutazuständen und der Steuerhärte zusammenhängende Rapitalflucht ins Ausland: 4. auf die Sohe der Reparationszahlungen in bar und in Sachlieferungen. Insbesondere sei Gemährung eines Moratoriums für einen hinreichend langen Zeitraum demgemäß Borbedingung für eine Stabilisierung der Mark.

Der Mehrheitsbericht erachtet ebenfalls eine Atempause in der Erfüllung der Pflichten aus dem Vertrage von Versailles als eine notwendige Bedingung für dauernde Stabilisierung der Mark und fordert mindestens Besteiung Deutschlands für zwei Jahre von Varzahlungen und Sachlieserungen aus dem Vertrage. Es wird hier scharf formuliert: "Wegen der äußeren Lasten wird unseres Erachtens jeder Versuch zur Stabilisierung der Mark scheitern und nur zur nutzlosen Vergeudung der letzten Reserven Deutschlands führen, so lange Deutschland nicht für einige Zeit von den Zahlungen aus dem Versailler Vertrag entlastet wird." Von inneren Resormen fordert der Mehrs

heitsbericht nicht nur, wie der der Minderheit, Sparsamkeit in den Ausgaben und Strenge in der Gintreibung von Steuern, sondern auch. daß Rapitalauswand für öffentliche Arbeiten nicht aus laufenden Ginnahmen, sondern durch innere fundierte Anleihen zu becken sei. Bon einer Konfolidierung der bisherigen unberzinslichen schwebenden Schuld ist ebensowenig im Mehrheitsbericht wie in dem der Minderheit die Rede; der Mehrheitsbericht streift — in ähnlichem Sinne wie der Minderheitsbericht — die wichtige Frage der schwebenden Schuld nur mit der Bemerkung: es sei "weder erforderlich noch möglich, unbedingt jeden Auwachs in der schwebenden Schuld zu verhindern; nach erfolgter Stabilisierung würde es für kurze Zeit möglich sein, den für die Behebung der momentanen Schwierigkeiten erforderlichen Buwachs zu gestatten". Auch im Mehrheitsbericht wird betont, daß beim derzeitigen Zustand die Ziffern der Handelsbilanz keine brauchbare Unterlage für ein Urteil abgaben. hinzugefügt wird: "Wäre die Sandelsbilang wirklich in dem Mage paffib gewesen, wie von einigen angenommen wird, so hätte der Aufkauf von Markwerten durch Ausländer doch einen Umfang angenommen haben muffen, der jedes mögliche Maß übersteigt." Auch der Mehrheitsbericht nimmt an, daß nach erfolgter Stabilisierung eine Besserung der Finanzen im Sinne der Berbeiführung des Gleichgewichtes im Saushalte und eine Selbstforrektur der Bahlungsbilang zu erhoffen fei, allerdings unter der Bedingung, daß Deutschland nicht mehr das Recht vorenthalten werde, Bolle bon der Luxuseinfuhr zu erheben und für die Ausfuhr die Meistbegünftigung zu fordern, endlich unter der Boraussehung einer Revision des Friedensvertrages. Die Bedeutung der Ginschränkung deutscher Reisen im Auslande, des Fremdenverkehrs in Deutschland und des sogenannten "Ausberkaufs", als unsichtbarer Bosten des Erports, ift in beiden Berichten nicht eingehender gewürdigt.

Zeigten die sieben ausländischen Sachberständigen eine auffällige übereinstimmung in den wesentlichen Punkten bei Beantwortung der beiden ersten deutschen Fragen, so ergibt sich auch, gegenüber der dritten Frage, in manchen Dingen überraschende Einigkeit. Die dritte Frage lautete: "Welche Maßnahmen müssen zur Stabilisierung getroffen werden, sobald die Boraussehungen vorliegen?"

Eine probisorische Regelung der Stabilisierung erscheint beiden Gruppen vor endgültiger Regelung der Frage ein dringendes Gebot, allerdings unter der Boraussehung, daß ein Moratorium gewährt

102 W. Log.

wird und die erwähnten inneren Budgetreformen durchgeführt werden. Alle Sachverständigen nehmen an, daß dabei der Wert der Papiermark stark unter dem Wert der Goldmark stabilisiert, also eine Devalvation in Aussicht genommen werden muß. Der Mehrheitsbericht, unter dem Eindruck eines Dollarkurses von 7000 abgefaßt, nimmt einen Stabilisierungskurs von 3000 bis 3500 Mk. für den Dollar, der der inneren Breisgestaltung in Deutschland vor der lekten Teuerungswelle entspreche, als richtig an. Welcher Kurs der Minderheit vorschwebt, ist nicht so deutlich zu ersehen; doch ist die Rede von einer newen Geldeinheit von 1/40 Pfund oder 1/10 Dollar als Goldwert, ohne daß aber anschaulich wird, wie die Umrechnung bisheriger Schulden in die neue Einheit zu erfolgen batte. Der Minderheitsbericht führt aus, daß eventuell in einer Übergangsperiode eine Barallelwährung nötig sei, bei der die Papiermark in Zirkulation bleibe und die Goldmark als Rechnungsgeld biene. Jedoch hoffe man, daß ein direkter übergang von der Papierwährung zur Goldwährung möglich sei; lettere sei als Ziel anzustreben.

Beide Gruppen von Sachverständigen nehmen an, daß also nicht zum damals herrschenden Tiefstand der Markvaluta, sondern unter Zusgrundelegung eines höheren als des Tageswertes der Mark gegensüber dem Dollar die Stadilisierung angestrebt werden müsse. Der Minderheitsbericht hebt hervor, daß dann verhindert werde, daß die Markguthaben allzu sehr entwertet bleiben, und daß bei höherem Werte der Mark die Notenzirkulation nicht fortwährend weiter gesteigert zu werden brauche, da die derzeitige Notenzirkulation dann dem Bedarf des Landes genüge. Andererseits sei dann mit einem fühlbaren Preissabbau zu rechnen und ein Abbau der Löhne undermeidbar, bei dem gewiß sehr ernste Schwierigkeiten zu bewältigen sein würden.

Die Meinungsverschiedenheiten beider Gruppen von ausländischen Sachverständigen liegen auf folgendem Gebiete:

Im Mehrheitsbericht wird betont, daß nach Erfüllung der bei Beantwortung der zweiten Frage gestellten Bedingungen die sosortige Stabilisierung durch Deutschlands eigene Kraft möglich sei. Bei einem Dollarkurs von 3500 sei der Goldbestand der Reichsbank doppelt so groß wie der Wert des Notenumlauses. Dies sei eine noch nie das gewesene Lage. Keine andere Währung sei "mit einer noch ungenutzten potentiellen Reserve von derartigem Umsang zusammengebrochen". Der Minderheitsbericht sagt dagegen: "Die Stabilisierung der Mark

kann nur unter Mithilse eines erheblichen Kredits von ausländischer Seite, z. B. von 500 Millionen Goldmark in bisheriger Währung, durchgeführt werden." Der Unterschied ist sedoch nicht so weitgehend, wie es scheint, da für die weitere Resormaktion auch der Mehrheitsbericht die Mitwirkung eines internationalen Finanzkonsortiums sordert. Immerhin würde das Gold der Reichsbank bei dem System des Mehrheitsberichtes der späteren Resorm durch Inanspruchnahme bei der vorläufigen Stabilisierung bereits zum Teil entzogen sein.

Beide Gruppen komplizieren den Plan zur definitiven Stabilisierung dadurch, daß diese Aufgabe nicht unmittelbar der heutigen Reichsbank anvertraut, sondern einer besonderen Institution übertragen werden soll. In den Einzelheiten gehen dann die Pläne weit ausseinander.

Der Minderheitsbericht hält es für zwedmäßig, zur Durchführung der Markstabilisterung eine selbständige Organisation, etwa als Aktiengesellschaft, unter dem Namen "Geldbank" mit 100 Millionen Goldmark Rapital zu schaffen. Dies Rapital wäre von der Reichsbank in Gold einzubezahlen. Die Reichsbank erhielte dafür die Aktien der neuen Gelbbank. Nicht hervorgehoben ift, daß dadurch erstens die Aktiven der Reichsbank noch mehr als bisher immobilisiert, zweitens der Goldvorrat der Reichsbank so stark vermindert würde, daß für sie die Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Barzahlung wesentlich hinausgeschoben würde. Etwa 500 Millionen Goldmark müßten zur Berfügung der Geldbank von einem internationalen Konsortium in Form bon Akzeptkredit bei ausländischen Banken aufgebracht werden. Die Geldbank mußte die provisorische Stabilisierung der Mark durch Unkäufe von Markguthaben und Marknoten auf ausländischen Märkten bewirken und hiezu über den gesamten ausländischen Rredit, von dem schon die Rede war, wie auch über einen möglichst hoben Betrag des Goldes der Reichsbank, zu verfügen haben. Im weiteren Berlauf musse eine "Konversionekasse", deren Tätigkeit jedoch auch von der Geldbank übernommen werden kann, den Markfurs aufrechtzuerhalten suchen, fet es durch Ankauf von Devijen beim Steigen der Mark, set es durch Rauf von Mark, wenn diese gestützt werden soll. Nach diesem Provisorium sei dann für die endgültige Stabilisterung "du überlegen, in welcher Beise die noch im Umlauf befindlichen Papiermarknoten gegen Goldmarknoten oder entsprechende Guthaben ausgetauscht werden können. Nach Durchführung dieser Maßnahmen

104 W. Lok.

kann die Aufhebung der Geldbank in Frage kommen, und die Reichsbank wäre dann wieder allein mit der Notenmission und mit der Handhabung der Parität zu betrauen".

Der Mehrheitsbericht will in feinen "Richtlinien für die Stabilisierung der Mark" unter der Boraussehung, daß die Reparations= kommission einen zweijährigen Aufschub aller Zahlungen aus dem Bertrage von Berfailles zugestehe, dieser borfchlagen, daß ein "felbständiges Währungsamt" (Board of Exchange Control) als besonderes Glied innerhalb der Organisation der Reichsbank zu schaffen sei, das von Eingriffen der Reparationskommission wie auch des Deutschen Reiches freigehalten werden muffe. Die Reichsbank habe diesem Bährungsamt einen Teil ihrer Goldreserben zur Berfügung zu stellen; das Währungsamt solle Papiermark zu einem festzusependen Dollarkurs kaufen. Ein internationales Finanzkonsortium muffe bewogen werden, von Zeit zu Zeit auf Bafis geeigneter Sicherheiten dem Bährungsamt Borschüffe zu gewähren. Aus diesen Borschüffen und dem von der Reichsbank übergebenen Gold foll dann das Bahrungsamt eine Devisenreserve in der erforderlichen Sohe schaffen. Das Bährungsamt habe Golddevisen abzugeben und zu kaufen gegen Papiermark, je nach der Marktlage zu festgesetten Kurfen, mit einer Spannung bon nicht mehr als 5% zwischen Briefkurs und Geldkurs während der ersten Zeit. Bur Stärkung seiner Devisenreserve foll bas Währungsamt in Gold rudzahlbare ein- bis zweijährige Schatwechsel gegen Sorten, Debifen usw. ausgeben, ferner Devifen per Rassa kaufen und auf Termin wieder verkaufen. Erganzt wird dieses Programm durch die Forderung, daß alle Devisenberordnungen zu beseitigen seien und freier und ungehemmter Verkehr in Debisen und ausländischen Wertpapieren wiederhergestellt werde. Bei dieser sehr begreiflichen Forderung ist jedoch nicht mitgeteilt, wie eine Zustimmung der Reparationskommission, die immer auf Rapitalfluchthekampfung durch positive Eingriffe hingedrängt hat, zu einer solchen Freigabe des Devisenverkehrs erlangt merden könne.

Der Mehrheitsbericht enthält nicht die Konzession, welche der Minderheitsbericht am Schlusse macht, daß während einer gewissen übergangszeit der Regierung die Möglichkeit gegeben sein soll, "bis zu einem beschränkten, noch zu bestimmenden Betrage die schwebende Schuld zu vermehren, bis die günstige Wirkung der Stabilisterung zur Geltung gekommen ist". Im Gegensatz dazu sagt der Mehrheitsbericht

in prinzipieller, später allerdings wieder eingeschränkter Formulterung: "Der Gesamtbetrag der schwebenden Schuld darf nicht über eine bestimmte Ziffer hinaus anwachsen. Weitergehender Kreditbedarf des Reiches wäre durch sundierte Anleihen zu decken." Wesentlich ist, daß hierbei nicht zwischen unverzinslicher und verzinslicher schwebender Schuld geschieden ist, obwohl beide Arten von schwebender Schuld, hinsichtlich der Inflationswirkung, ganz verschieden zu beurteilen sind. Hür die künftige Gestaltung der Reichsbank entwickelt der Mehrheitsbericht folgendes Programm: "Die bei der Rücksehr zu normalen geschäftlichen Verhältnissen erforderlichen zusätzlichen Noten wären auszugeben gegen:

- a) Diskontierung von Handelswechseln und Gewährung von Lombardkrediten an den Handel durch die Reichsbank und
- b) Verkauf von Mark durch das Währungsamt gegen Devisen; daneben auch, allerdings in so geringem Umfange wie möglich und höchstens während eines Zeitraumes von 6 Monaten, gegen weitere Reichsschatzanweisungen, die zur Deckung des Defizits im Staatshaus-halt in der Übergangszeit ausgegeben werden müßten, bevor das Budget ins Gleichgewicht gebracht werden kann."

Im Schlußanhang haben die Herren Bissering und Dubois, unter Rustimmung von Herrn Brand, zur Beantwortung der Anfrage bes Reichsfinanzministers, wie sie sich die Intervention eines internationalen Syndikats zur Markstabilisierung dächten, noch ausgeführt, daß sie dafür seien, unter Zustimmung der Reparationskommission, sobald wie möglich eine Bersammlung von Bankleuten aus Staaten mit normaler Bährung einzuberufen, um die Gründung eines internationalen Syndikats zu erwägen. Dabei wäre wesentlich, daß Deutschland während der Tätigkeit des Syndikats und bis zur vollständigen Rückzahlung der erhaltenen Lorichuffe von allen Reparationsbaraahlungen und Sachleiftungen befreit werde, ferner, daß mindeftens 500 Millionen Goldmark in Form von Akzeptkredit in Wechseln des Reichs mit Bürgschaftserklärung der Reichsbank und ebensoviel durch Berpfändung von Reichsbankgold aufgebracht, also eine Milliarde Goldmark gesichert werde. Das Reich habe zur Sicherstellung des Synditats für deffen Borichuffe die Erträgniffe der Ausfuhrabgaben zur Berfligung zu stellen, und die Reparationskommission sei aufzufordern, für die Rückzahlung der von dem Syndikat gewährten Vorichuffe ein Prioritätsrecht vor fämtlichen Reparationszahlungen zu

gewähren. Die Frage der Zinsbedingungen und Vermittlungsgebühren bleibe vorbehalten. Als seine persönliche Ansicht fügte Herr Brand, der im übrigen dieser Erklärung beitrat, hinzu, daß es nicht möglich sei, an den privaten Geldgeber in England zur Erlangung von Krediten sür Stabilisierung der Mark heranzutreten, so lange nicht Gewißheit über Deutschlands zukünstige Verpslichtungen gegeben sei. Benn nicht ein zweisähriges vollständiges Moratorium — mit Sicherheit über die deutschen Verpslichtungen am Ende des Moratoriums gewährt werde, sei höchstens eine unterstützende Mitwirkung der englischen Bankwelt auf der Grundlage der Deponierung von Keichsbankgold an einem zentralen Platze möglich.

Ehe die Ausführungen der internationalen Sachverständigen nunmehr eingehend kritisch geprüft werden, ist es nötig, daran zu erinnern, daß Deutschland vor Einberufung der Sachverständigen eine Devisens verordnung erlassen hatte, die sich als ein Versuch der Vekämpfung der Spekulation in Geldsorten und Devisen unter dem Gesichtspunkt der Bekämpfung unerwünschter Symptome charakterisiert, und daß serner das Projekt verkündet, aber damals noch nicht verwirklicht wurde, verzinsliche Goldschahanweisungen des Reichs als eine "werbeständige Vermögensanlage" dem deutschen Markte anzubieten.

Betrachten wir nunmehr die Außerungen der auswärtigen Sachverständigen genauer, so wird der Fachmann mit Freude feststellen, daß in der Beurteilung der Sandelsbilanzfrage sowohl der Dehrheitsbericht wie der Minderheitsbericht hoch über den Trivialitäten und Frrtumern steht, die in Deutschland begegneten, wenn damals bon der künftlichen Herbeiführung einer aktiven Sandelsbilanz und ähnlichem geredet wurde, daß die Forderung des Mehrheitsberichtes, in einem gegebenen Zeitbunkt den internationalen Verkehr in Wertpapieren und Devisen freizugeben und eine Einrichtung zu schaffen, um Debisen auf Termin zu kaufen, eine willkommene Deckungsmöglichkeit gegen Balutarifiko für den legitimen Handel vorsieht, daß endlich in der Erkenntnis der Notwendigkeit eines Moratoriums und einer Revision des Versailler Friedens für Durchführung der Stabilisierung der Mark mutig das Wefentliche hervorgehoben ist, und daß die Schwierigkeiten, welche fich der Herstellung des Gleichgewichtes im Saushalt bor durchgeführter Markstabilisierung entgegenstellen, gutreffend und gerecht gewürdigt wurden.

Im übrigen erinnert sich jeder theoretisch Gebildete bei den Bor-

ichlägen der Mehrheit und auch der Minderheit an den Einfluß, den Ricardos und seiner Schule Anschauungen, insbesondere auch die Currency-Theorie und die Gedanken der Beelichen Bankakte neben Erfahrungen der Währungsvolitik in britischen Besitzungen und in Südamerika auf die Sachverständigenvorschläge gehabt haben. Der architektonische Aufbau der Bank von England mit der Trennung von Bankund Notendepartement schwebt offenbar bei dem Mehrheitsbericht vor, wenn eine besondere Abteilung bei der Reichsbant als Bährungsamt abgezweigt werden foll, während beim Minderheitsbericht vielleicht ähnliche Ideen wie bei der österreichischen Sanierungsaktion festzustellen sind. Auch in Finangfragen gilt, daß einfache übersichtliche Lösungen den komplizierteren, wenn möglich, vorzuziehen find. Beshalb erft das Gold der Reichsbank abgezweigt werden und einer selbständigen Instanz anvertraut werden soll, um Operationen vorzunehmen, die von Rechts wegen der Reichsbank zukämen, ist schwer zu verstehen.

Nur wenn der Mentalität von sonst bereitwilligen Geldgebern nicht anders als durch Eingehen auf die ihnen vertraut erscheinenden Formen entsprochen werden kann, würde es zu rechtfertigen sein, daß Lösungen unternommen werden, welche nicht das an sich Zwedmäßigste darstellen; man müßte sich dazu eventuell entschließen, so lange man eben nicht die Sache einsacher und besser direkt durch die Reichsbank machen kann. Das Hauptbedenken ist aber, daß die Summe, welche sür die Stabilisierung der Reichsmark in Aussicht genommen wird, für eine gründliche Besserung der Lage ungenügend 1) ist, höchstens eine

ben Schuld die Aftion nach einer furgen Beit wieder gusammen.

¹⁾ Wenn der Kurs 3500 Mark gleich 1 Dollar, wie der Mehrheits= bericht es empfiehlt, würden 600 Millionen Goldmark (gleich 142,9 Millionen Dollars zum Wert von 419,78 Goldmark gleich 100 Dollars) etwas über 500 Milliarden Papiermark ergeben.

¹⁰⁰⁰ Millionen Goldmark (gleich 238,22 Millionen Dollars) würden beim Kurs 3500 Mark gleich 1 Dollar 833770 Millionen Papiermark ergeben. Weder 500 noch 834 Milliarden Papiermark genügen, um die Ende Januar 1923 über 2081 Milliarden betragende unverzinsliche disstontierbare Reichsschuld zu konsolibieren.

Soll gründliche Arbeit geleistet werden, so muß entweder eine weit größere Anleihe, als hier angedeutet, beschafft werden oder ein der Mark ungünstigerer Stabilisierungskurs gewählt werden als 3500. Sonst bricht mit unzureichenden Mitteln unternommenen — bei Fortbestehen und der dann undermeidlichen Beitervermehrung der underzinslichen schweben-

108 W. Loy.

Art Balorisation von vorübergehender Wirkung gestattet. Söchstens 1000 Millionen Goldmark würden nach dem Brojekt der Mehrheit, nur 500 bis 600 Millionen nach dem der Minderheit für die Stabillflerung verfügbar fein. Hier rächt fich, daß nicht unterfucht wurde, ob überhaupt ein Wirtschaften ohne Bermehrung der unverzinslichen schwebenden Schuld nach einer bloken Stabilisierungsaktion möglich sein würde, und daß zwischen den beiden Thpen der schwebenden Schuld, der inflationistisch wirkenden Ausgabe unverzinslicher diskontierbarer Schatscheine und der Ausgabe bon berzinslichen beim Sparerpublitum fest unterzubringenden einjährigen oder zweijährigen, währungspolitisch harmlosen Schuldverschreibungen nicht scharf genug unterschieden wurde. Gine völlige Wiederherftellung des für die Kinanzen unentbehrlichen und wirklich ergiebigen freiwilligen inländischen Kredits ist nur möglich, wenn definitiv mit der Brazis gebrochen wird, die Reichsbank als Emittenten uneinlöslicher Noten in Anspruck zu nehmen. Die Sperre Kinftiger Notenausgabe gegen Reichsschatsscheine ift undurchführbar, wenn nicht vorher die Reichsbank wieder solvent gemacht ift. Sie kann nicht folvent werden, wenn nicht die bei ihr diskontierte schwebende Schuld ihr abgenommen wird. Weder ein neuzugrundendes Noteninstitut noch eine Geldbank oder dal. kann ihr die immobilifierte schwebende Schuld abnehmen, ohne felbst wieder immobilifiert zu werden. Rettung konnte nur eine Konfolidierung der bestehenden schwebenden Schuld an unverzinslichen Schapscheinen bringen. Diese Konsolidierung kann nicht durch eine Steuer oder etwa durch eine inländische Anleihe erreicht werden; auch nicht durch Hingabe des Reichsbankgoldes. Denn wenn die Konfolidation von innen her, durch Deutschland felbst, unternommen würde, so würde dies heute heißen,

Für Einlösung von 1500 Milliarden Papiermark unverzinslicher Schahscheine waren ersorderlich gewesen:

beim Stabilifierungs- beim Stabilifierungs- beim Stabilifierungs- furse 8500 Mt. = 1 \$ furse 7000 Mt. = 1 \$ furse 20000 Mt. = 1 \$ Sustainen \$ 899,5 Millionen \$ 314,8 Millionen \$ 50 llars. . . 428,57 " \$ 214,28 " 75 "

Mit der weiteren Bermehrung der diskontierbaren Schahscheine seit Ende 1922 ist natürlich der für eine Konsolidierungsanleihe ersorderliche Betrag entsprechend gestiegen. Was übrigens bei ungünstigerer Markbewertung in der Konsolidierungsanleihe erspart wird, geht wieder durch Forterhaltung der Kosten der Goldmarkbeschaffung für die Reparationen und der Teuerungszulagen für das staatliche Bersonal mehr als verloren.

daß dann die Papiermark zu einem winzigen Bruchteil ihres Rennwertes in Goldwert umgetauscht würde. Eine so rohe Devalvation aber ist in einem kreditwirtschaftlich hoch entwickelten Lande — von innen her angeordnet — eine Barbarei und ein teilweiser Staats= bankerott. Ganz anders, wenn die Maßnahme nicht — wie im Minderheitsbericht angeregt — mit einer neuen Geldeinheit verkoppelt wird, sondern vom Austande her durch Ankauf und Berkauf der Markdebise zu niedrigem festen Kurse erfolgt unter Forterhaltung des bisherigen Nennwertes der nunmehr zu einem bestimmten Goldwert stabilisterten Mark. Wenn das Deutsche Reich seine gesamte unverzins= liche Schuld an dreimonatlichen Schatscheinen bei deren Berfall unter Mitwirkung eines internationalen Konsortiums in fünfjährige berzinsliche, auf Dollar lautende Bonds umwandeln würde und das die Konbertierung garantierende internationale Konsortium in Newbork. London, Amsterdam, Standinavien und Schweiz zu festem Kurs Marknoten und Auszahlung Berlin erwerben würde, so müßte der Gesamterlöß der neuen verzinslichen Dollaranleihe verwendet werden. um bei der Reichsbank und am offenen Markt die vorhandene schwebende, unverzinsliche Schuld in Papiermark zum Rennwert zurückzuzablen. Die Reichsbank empfinge Devisen statt der Reichsschatanweifungsbestände; die einbezahlten Banknoten und die vom Ronfortium zur Einlösung der unberginslichen schwebenden Schuld zur Berfügung zu stellenden Giroguthaben des Konfortiums würden zu verwenden fein, um die Paffiben der Reichsbankbilang zu bermindern, sofern Garantien gegen Neugusgabe ber zuruckgefloffenen Banknoten geschaffen sind. Für den Rest ihrer Bassiva ständen der Reichsbant, ohne daß große internationale Berschiebungen von Gold nötig wären, Devisen und gute taufmännische Julandwechsel sowie ihr Goldvorrat, also beste bankmäßige Dedung, zur Berfügung; die Reichsbank wäre dann fähig, die noch berbleibenden Roten des Umlaufes und ihre Girodepositen in Gold oder Golddebisen einzulösen. Voraussetzung deffen ist aber nicht nur, daß die underzinsliche schwebende Reichsschuld als solche völlig verschwindet, wofür schon bei einem Stand von 2000 Milliarden Paptermark — geschwiegen feitbem — 600 bis 1000 Millionen Goldmark nicht genügen, sondern auch, daß für die Zukunft dem Reiche die Möglichkeit wiedergegeben ist, ohne Inflationswirtung Rredit beim Sparkapital aufzunehmen, und daß bann wirklich nach Wiederherstellung normalen Aredits eine Sperre des

Notenkredits für den Staat wirksam durchgeführt wird; ferner aber noch zwei Dinge: 1. daß die Reichsbank nicht ihres Goldvorrates beraubt wird, den sie zur Erfüllung ihrer Berbindlichkeiten benötigt und mehren muß; 2. daß sie von dem Bestand an Darlehnskassenschenen befreit wird, der nur formal, aber nicht tatsächlich Bardeckung bebeutet. Bon der Inflationswirkung, die neben den Reichsbanknoten die uneinlöslichen Darlehnskassenschenen ausüben, haben die sämtlichen sieben ausländischen Sachverständigen überhaupt nicht Notiz genommen. Und doch ist eine Stabilisierung verschwendete Liebesmühe, wenn nach prodisorischer oder endgültiger Stabilisierung der Mark die Inflation durch Darlehenskassenschen bestehen bleibt und womöglich noch answachsen kann. Mit Auslösung der Darlehnskassen zu beginnen und das gesamte Lombardgeschäft bei der Reichsbank wieder zu konzentrieren, ist eine notwendige Ergänzung jeder gründlichen Stabilisserungsaktion.

Fassen wir zusammen: Die Gutachten der ausländischen Sachverständigen kranken daran, daß die Reichsbank eines Teiles ihres
Goldbestandes beraubt wird, daß versäumt wird, mit der unverzinslichen
schwebenden Schuld Deutschlands gründlich aufzuräumen, daß ein besonderes Institut als Währungsamt oder Geldbank geschaffen wird und
damit die Einheitlichkeit der Aktion der Reichsbank geschaffen wird, endlich, daß mit dem Unfug der Darlehenskassenschen nicht ein Ende
gemacht wird. Der Ordnung wegen müßten auch die 360 Millionen
Reichskassenscheine mitverschwinden, wenn wirklich reiner Tisch gemacht werden soll.

Deutschland würde sich auf einen bedenklichen, nicht ungefährlichen Weg der halben oder mindestens provisorischen Lösungen begeben haben, wenn die Borschläge der Mehrheit oder der Minderheit
der ausländischen Sachverständigen unbesehen von der deutschen Regierung übernommen oder von der Reparationskommission uns aufgezwungen worden wären. Bor dieser Gefahr hat uns indessen Frankreich gründlich bewahrt.

Das Ziel der französischen Politik ist — wie durch den Dariacsichen Bericht der Welt bekannt wurde — darauf gerichtet gewesen, Bersehlungen Deutschlands sestzustellen, um Ziele der Beherrschung durch Bergeltungsmaßregeln gegenüber Deutschland zu erreichen. Die Unfreundlichkeiten folgten einander, indem wegen Borkommnissen gegenüber alliierten Militärkommissionsmitgliedern, wegen Mängeln

in der Holzlieferung und in den Kohlenlieferungen böswillige Nichterfüllung deutscher Verpflichtungen behauptet wurde. Angesichts des
deutschen Moratoriumsgesuchs vertrat zudem Frankreich das Programm: kein Moratorium ohne produktive Pfänder.

Im Januar 1923 bei der Konferenz der Alliierten weigerte sich der französische Ministerpräsident, auf einen durch Amerika über- mittelten Borschlag Deutschlands, der Frankreich gegen jeden Angriff sichern wollte, einzugehen; er weigerte sich, deutsche Borschläge zur Reform der Währung und der Finanzen in Erwägung zu ziehen; er weigerte sich, ein von dem britischen Ministerpräsidenten Bonar Law unterbreitetes Projekt der Gewährung eines Moratoriums an Deutsch- land zu diskutieren.

Es erfolgte der bewaffnete Einmarsch der Franzosen, denen sich die Belgier anschlossen, ins Auhrgebiet. Dieser bewaffnete Borstoß gegenüber dem entwaffneten Nachbar konnte nur größtes Bestemden bei denjenigen herborrusen, die ein Fortbestehen irgendwelcher ritterslicher Traditionen bei der Nation des Chrano de Bergerac bermuteten.

Bom Rechtsstandpunkt war einzuwenden, daß in dem Moratorium bom 21. März 1922 ausdrücklich nicht Sanktionen im Falle nichtausgeführter Sachleiftungen vorgesehen waren, sondern nur, daß an Stelle der nichtausgeführten Sachleistungen entsprechende Bufatzahlungen in bar gefordert werden würden. Die Regierungen Frankreichs und Belgiens glaubten sich auf § 17 und § 18 der Unlage II zu Teil VIII des Bersailler Friedens stützen zu können. § 18 lautet: "Die Maßnahmen, zu denen die alliierten und assoziierten Regierungen, falls Deutschland vorfätzlich seinen Berpflichtungen nicht nachkommt, berechtigt sind, und die Deutschland sich verpflichtet nicht als feindfelige Sandlungen zu betrachten, können in wirtschaftlichen und finanziellen Sperr= und Bergeltungsmagregeln, überhaupt in folchen Magnahmen bestehen, welche die genannten Regierungen als durch die Umstände geboten erachten." Die deutsche Regierung erblickte in dem bewaffneten Einbruch ein mit dem Berfailler Bertrag nicht bereinbares Borgeben. An einem unparteiischen Gerichtshof zur Auslegung bes Bertrags hat es gefehlt. Deutschland erachtete den Bersailler Frieden als durch Frankreich und Belgien gebrochen und stellte gegenüber diesen Mächten die Reparationelieferungen nunmehr ein. Frankreich wendete Gewalt an, um Rohlen zu nehmen und fich in den Besit

von Geldsummen zu seigen. Der Dollarkurs in Berlin erreichte am 18. Januar 1923 ben Satz von 23 025, am 31. Januar 1923 von 49 000 Mt. In New York sank der Kurs von 100 Mt., deren Parität 23,82 beträgt, am 31. Januar 1923 auf 0,27 Cents. Auch der französische Frank, dessen Parität 19,2957 amerikanische Cents beträgt, sank am 31. Januar 1923 beträchtlich, nämlich auf 5,965 Cents. Die französische Beseigung wurde im Februar und März 1923 über das bisherige Gebiet hinaus weiter auf andere rechtscheinische Plätze ausgedehnt.

Daß sich seit der Ruhrbesehung die unverzinsliche diskontierbare Reichsschuld und der Rotenumlauf ins Phantastische steigerten, war unter ben gegebenen Berhältnissen unbermeibbar. Dies mußte sich wiederum in steigenden Dollarkursen und zunehmender Teuerung in Deutschland auswirken. Angesichts bessen entsprach die Reichsbank einer vaterländischen Pflicht, indem fie Devisen aus ihrem Besit am Markt abgab und eine - zunächst nur augenblickliche - Besserung der deutschen Währung herbeizuführen suchte. Der Berliner Dollarkurs, der am 5. Februar 1923 auf 42 250 gestiegen war, sank am 14. Februar 1923 auf 23 500, zeitweise noch unter diesen Kurs. Es mar zu befürchten, daß mit Erschöpfung des Debisenborrats der Reichsbank ein Rudichlag eintreten werde. Dem sucht man badurch vorzubeugen, daß eine Konzentration der deutschen Debifen in einer Sand zwecks Balutastabilisierung bewirkt wird. Diesem 3med foll das Reichsgeset über die Ausgabe von Dollarschatanweisungen vom 2. März 1923 (AGBl. I, S. 155) dienen. Eine Anleihe von 50 Millionen Dollars ift borgesehen, durch welche Devisen beschafft werden sollen. Selbstverständlich ift dies keine Magnahme zur endgültigen Beseitigung der Mißstände der deutschen Baluta und nur entweder als politische Maßnahme oder bom finanziellen Standbunkt dann zu rechtfertigen, wenn darauf eine große Unleihe zur Konsolidierung der gesamten schwebenden Schuld folgen soll. Lettere aber müßte sich an das Ausland menden.

VI. Rückblick und Ausblick.

Es ist durchaus ungerecht, wenn Ausländer Deutschland vorgeworfen haben, es habe absichtlich seine Währung verschlechtert, um die Nichterfüllbarkeit der im Versailler Frieden ihm auferlegten Verpflichtungen behaupten zu können. Ist es aber richtig, wenn Deutsche behaupten, nur die Lasten des Versailler Friedens seien schuld an dem deutschen Währungsclend? Würde Deutschlands Währung gesunden, wenn morgen Deutschland von allen weiteren Verpflichtungen aus dem Versailler Frieden befreit würde? Es wäre kühn, dies zu behaupten, wenn auch sicher ist, daß ohne Erleichterung der im Friedense vertrag auferlegten Lasten eine Erholung sich nicht vollziehen könnte.

Der wissenschaftliche Betrachter darf wohl einmal seiner Phantasie Spielraum lassen und zunächst fragen: War die Entwicklung, welche uns bisher immer tiefer in den wirtschaftlichen und sinanziellen Abgrund des Währungselends führte, die einzig mögliche?

Stellen wir uns bor, Deutschland wurde im Winter 1918/19 jenen Stimmen gefolgt fein, welche bamals rieten, mit der Finanzierung Reichsbedarfs durch unverzinsliche diskontierbare anweisungen haltzumachen und, dem Beispiel der Bestmächte folgend, die Rreditaufnahme durch kurzfristige verzinsliche Anlagepapiere beim deutschen und ausländischen Sparpublikum ohne Inflationswirkung zu bersuchen, eine Konfolidierung der unberzinslichen diskontierbaren Reichsschuld zu erstreben und darauf hinzuwirken, daß dann zum vollen Nennwert die Bapiermark von der Reichsbank eingelöft oder wenigstens eine "Goldkernwährung" (mit Notenumlauf und unter Sicherung des Auslandskurfes durch Debisenpolitik) auf dieser Basis aufrechterhalten werde. Zedenfalls würde folchen Plänen das durch den Waffenstillstand auferlegte Berbot der deutschen Goldausfuhr und die durch den Waffenstillstand herbeigeführte Minderung des Goldbestandes der deutschen Reichsbank größte Schwierigkeiten bereitet haben. Es ist ferner nicht zu leugnen, daß in den ersten Monaten nach der Revolution und später noch während der Unruhen der Spartafisten und der Rätebewegung bis zum Rapp-Rutsch vor allem die damals der Arbeiterschaft eingehämmerten Sozialifierungsplane die deutschen Kapitalisten kopfscheu machten und erst recht das neutrale Ausland abschreckten, Rapitalien dem Deutschen Reiche in größerem Mage zur Verfügung zu ftellen. Gewiß wären ferner mächtige Sonderinteressen bei einer Einlösung der Bapiermark zum Nennwert damals durch den Abbau der Inflation berührt worden. Solche haben sich ftets und überall nach einer Papierwirtschaftszeit gegenüber Barzahlungsplanen geltend zu machen gefucht. Wenn 1918/19 die Stabilifierung der Papiermark zum Rennwert durchgeführt worden wäre, würde jelbstberftändlich in Deutschland eine Umwertung ber Werte, eine De-Schriften 164.

flation, eingetreten sein. Auf eine Breisrevolution im Sinne der Deflation folgen stets krisenartige Erscheinungen, Arbeitslosigkeit usw. Andere Länder haben dies nach Kriegsende durchgemacht. Die riesigen Staatsaufträge, welche mit dem Wiederaufbau nach bem Rriege und mit den Reparationsleiftungen zusammenhängen, würden jedoch in Deutschland kaum eine fo ftarke Arbeitslofigkeit haben aufkommen laffen wie in neutralen Ländern und den Siegerstaaten. Schlieflich würde nach einigen Jahren die Anpassung an das Weltmarktpreisniveau erreicht und auch die Rrifis überwunden worden sein; die Rrifis steht Deutschlands Wirtschaft noch immer bevor, nachdem durch die gesteigerte Inflation inzwischen viel schärfere künftliche Preisverschiebungen berbeigeführt worden sind und der Zustand scheinbarer kunftlicher Hochkonjunktur einmal doch ein Ende mit Schrecken nehmen muß. Das Wirtschaftsleben hatte die Deflation überwinden muffen, wie die Wirtschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika nach Beseitigung der Bettelwirtschaft des Bürgerkriegs und nach Biederherstellung der Metallvaluta schließlich die Schwierigkeiten überwunden hat. Was die Grundeigentümer, die Bergwerksbesitzer, die Schwerindustriellen und sonstigen Besitzer an Preissteigerung ihrer Sachwerte eingebüßt hätten, wäre ihnen durch die gefündere Lage der Finanzen des Reichs, der Länder und der Gemeinden wieder in zwei Borteilen zugute gekommen: in der Wiederaufrichtung eines normalen öffentlichen Kredits und in Ersparniffen der öffentlichen Birtschaft bei den Ausgaben für Bersonal und Material. Angesichts der Reparationslaften hatte dies bedeutet, daß bei Barzahlungen das Reich von seinen Steuerzahlern nur eine Milliarde Mark zu fordern brauchte, wenn es eine Milliarde Goldmark in Devisen aufzubringen hatte, und daß die Anschaffungen der Sachlieferungen sich zu erschwingbaren Breifen vollzogen hätten. Die Besitzer der Sachwerte, die scheinbaren Nutnießer der Inflation, hätten an Ausgaben, bor allem an Steuern, nicht die heutigen Milliardensummen für Bersonal- und Materialbedarf des Reichs, der Länder und Gemeinden aufzubringen gehabt und in verminderter Steuerlast so unendlichen Borteil gehabt, daß bermutlich ihre Lage - nach einer schmerzhaften übergangsperiode der Umwertung der Werte — nicht schlechter gewesen wäre als heute. Die Lohn= und Ge= haltsempfänger hätten ein kaufkräftiges Einkommen, die Rentner und die Nugnießer der sozialen Bersicherung wären nicht unterstützungsbedürftig geworden. Die Franzosen hätten nicht im Saargebiet und

bei sonstigem Vordringen sich in ihrer Währungspolitik darauf stützen können, daß die Mark eine entwertete Lohnzahlung bedeute.

Es ist anders gekommen. Immer wieder hören wir das Schlagwort: Benn die Notenpresse stillsteht, kommt eine neue Revolution, weil dann der Staat nicht zahlen kann. Dies Argument ist nur zutreffend, wenn es keinerlei Rreditmöglichkeit außer dem bei der Reichsbank beanspruchten Notenkredit gegeben hätte. Solcher freiwilliger Predit fehlt aber nur fo lange, als nicht gründlich die unverzinsliche diskontierbare Reichsschuld konfolidiert ift und solange unter den Aftiven der Reichsbank vorwiegend unverzinsliche Reichsschapscheine und nicht bloß Gold, gute kaufmännische Inlandswechsel und Schecks sowie Devisen erscheinen. Heute ist, wie gezeigt wurde, eine gründliche Abhilfe nur unter Mitwirkung des ausländischen Rapitals möglich. Borbedingung hiefür ist eine Atempause und eine Revision der Friedensbedingungen. Die bedrängte Lage Deutschlands als Schuldner mußte gemäß Art. 234 des Friedensvertrags berücksichtigt werden. Der Mehr= heitsbericht der im November 1922 von dem deutschen Reichskangler befragten Sachverständigen hat dies sehr präzis folgendermaßen ausgesprochen: "Die unverzügliche Stabilisierung der Reichsmark ift nach unserer festen Überzeugung eine dringende Notwendigkeit. Sie ist eine wesentliche Boraussetzung für die Rettung Deutschlands vor dem drohenden völligen Zusammenbruch. Sie ist ebenso wesentlich im Interesse feiner Gläubiger, deren Ansprüche ohnedem jeglichen Wert verlieren würden. Die Stabilifierung ift möglich, wenn diefe Gläubiger sich bereitfinden zu bestimmten Bugeständniffen, über die wir uns nachstehend zu äußern haben. Die Stabilifierung hat aber in erster Linie auszugehen von Deutschlands eigener Kraft, dem Ginsat seiner eigenen Mittel, dem entschloffenen Borgehen seiner eigenen Regierung."

Die angestrengte Tätigkeit der deutschen Regierung hat bis Ende 1922 nicht darin bestanden, den Abbau der unverzinslichen diskontiersbaren Schuld und die Stabilisierung der Mark vorzubereiten und die öffentliche Meinung hiezu zu erziehen. An Führung auf diesem Gesbiete hat es durchaus gesehlt. Dafür hat man alle Mühr darauf verwendet, sich der Instation anzupassen durch sortgesete Lohns und Gehaltserhöhung, durch Gingrisse mittels der Buchergerichte, durch Niedrighaltung der Lebensmittelpreise, ansangs mittels der Buschüssein dar, später in der Form des Umlageversahrens, ferner durch Reglementierung des auswärtigen Sandels und des internationalen Vers

116 W. Loh.

kehrs in Wertpapieren und in Debisen, schließlich durch Experimente mit Roggenwertankeihen und Kohlenwert- und Dollarankeihen. Es war fast, als ob die Papierwirtschaft, welche beharrlich offiziös mit dem irreführenden Namen "Gelbentwertung" gekennzeichnet wird, etwas Unabwendbares wäre und nicht durch eine beharrliche geschickte Politikkorrigiert werden könnte. Die Voraussehung einer Abhilse liegt nicht nur in einem zielbewußten deutschen Verhalten, sondern auch darin, daß unsere Gläubiger Vernunft annehmen. Dei den Engländern ist schon in der letzten Regierungszeit von Llohd George und erst recht seitdem der Standpunkt durchgedrungen, daß man einen Schuldner und einen guten Kunden nicht rettungslos ruinieren dars.

Es kann heute weniger als je davon die Rede sein, daß die deutsche Wirtschaft, die durch Krieg, Revolution, Reparation bereits entkräftet war, nach den durch das Eindringen der französischen und belgischen Truppen seit Januar 1923 ihr zugefügten schweren Schädigungen die Mittel zu Reparationen in dem Umfange aufzubringen vermöchte, wie dies im Versailler Frieden und im Londoner Zahlungsplan bom Mai 1921 vorgesehen war. Es gibt hier nur zwei Möglichkeiten. Entweder erscheint es den Gläubigern Deutschlands richtig, auf Bedingungen zu bestehen, die auch bei bestem Willen vom Schuldner nicht erfüllt werden können, und bei deren auch noch so beflissener Erfüllung Deutschland Verstöße nachgewiesen werden können, die zu Gewalttätigkeiten ausgenutt werden. Dann sind Deutschlands Finanzen rettungslos ruiniert. Aber Hand in Hand mit Deutschlands Niedergang droht dann ein Zustand, bei welchem nicht nur Deutschland der leidende Teil ist. Es droht Europa, wenn es sich in inneren Zwistigfeiten aufreibt, die ernfte Gefahr, daß es die ausschlaggebende Stellung, welche es in der Welt trot seiner Rleinheit hatte, ebenjo einbüßt, wie im Altertum das angesichts der vordringenden Kömer sich in inneren Rämpfen zerfleischende Griechenland feine Bedeutung verlor.

Ober die Vernunft siegt noch, ehe es zu spät ist. Sie fordert, anzuerkennen, daß Deutschlands Gläubiger auf erhebliche finanzielle Leistungen des Schuldners nur rechnen können, wenn es Deutschland nicht unmöglich gemacht wird, seine Finanzen und seine Währungs- verhältnisse zur Gesundung zu bringen. Dies kann nur erfolgen, wenn mehrere Bedingungen erfüllt werden:

- 1. Die Besetzung deutscher Gebiete muß aufs äußerste eingeschränkt werden.
- 2. Eine Atempause in Barleistungen und Sachleistungen muß Deutschland zugestanden werden.
- 3. Der Bersailler Frieden und der Londoner Zahlungsplan bom Mai 1921 müssen gründlich zugunsten Deutschlands revidiert werden, und es muß vor allem an Stelle der Reparationskommission eine unparteiische Instanz gesetzt werden, die über Auslegung des Friedense vertrags usw. und über die Bewertung der Sachlieferungen entscheidet. Es wären die im Biderspruch mit Wilsons 14 Punkten aufsoktrohierten Militärpensionen zu Lasten Deutschlands nicht mehr zu sordern, die Schadensrechnung wenigstens auf die gröbsten Ungerechtigkeiten hin zu revidieren, der Mißbrauch zu beseitigen, daß die Kosten übertriebener militärischer Besetung die Leistungen Deutschlands aufzehren und nichts Wesentliches für den Wiederausbau übrig lassen.

Die Aussicht, daß Deutschland eine große Reparationsanleihe gur sofortigen Abtragung der gesamten, dann wesentlich reduzierten Schuld von irgendwem gewährt wird, muß auch für diefen Fall als eine Utopie bezeichnet werden. Dagegen wäre eine Gesundung durch eine Unleihe zur gründlichen Konfolidierung der gefamten unberzinslichen diskontierbaren Schuld - sowohl der bei der Reichsbank wie der außerhalb der Reichsbank untergebrachten — und Beseitigung der Bettelwirtschaft bei einigem Entgegenkommen der Gläubiger Deutschlands keine Unmöglichkeit. Ohne daß aber die Reparationskommission hiefür Pfänder frei gibt, ist eine solche Konsolidierungsanleihe nicht au erreichen. Die Anleihe dürfte nicht au klein fein und mußte dagegen gesichert werden, daß der Erlös etwa durch Reparationsansprüche oder deutsche Einfuhranschaffungen ihrem Verwendungszweck entfremdet wird. Die Gelbmächte des Auslandes und die Gläubiger Deutschlands müßten zu diesem Rettungswerk mitwirken. Vor allem aber Deutschland felbst. Es müßte fich klar sein darüber, was man tun muß, und was man wollen muß. Deutschland muß geistig gerüstet sein für die Stunde seiner Rettung. Siezu einiges Material und einige Gedanken zu liefern, war der 3wed diefer Zeilen.

Anlage.

Stanb und Entwidlung ber beutichen Reichsichulb in 1000 Mark (Stat. Jahrbuch für bas Deutiche Reich 1921/22 C. 367, Wirtichaft und Statiftit vom 31. Januar 1923). Ą.

	Enbe März 1914	Enbe Mary 1914 Enbe Mary 1918 Enbe Mary 1919 Enbe Mary 1920	Ende März 1919	Enbe Wärz 1920	Enbe März 1921	Enbe März 1922	Ende Dez. 1922
I. Langfriftigere Reichsfchulden: a) Reichsanleihen b) Sporbrämienanleihe c) Bezzinst. Schaßanweifungen	4 697 897,6	64 122 580,7 7 792 842,4	80 988 272,8 11 408 138,5	77 641 199,2 3 627 496,6 10 681 094,6	69 341 323,7 3 628 952,0 9 189 674,3	55 131 454,2 3 507 692,0 7 028 506,3	
I. a c inggesamt	4 917 897,6	71 915 423,1	92 396 411,3	91 349 790,4	82 159 950,0	65 667 652,5	
II. Rurzfristige und stets fällige Reichsschulden 1): a) Unverzinst. Schabanw b) Reichskassenstensteine	240 000,0	33 028 500,0 360 000,0	63 696 000,0 360 000,0		166 329 186,6 360 000,0	91 473 404.9 166 329 186,6 271 935 165,3 360 000,0 360 000,0	1 494 944 976,9 360 000,0
II. a—b insgesamt	240 000,0	33 388 500,0	33 388 500,0 64 056 000,0 91 833 404,9 166 689 186,6 272 295 165,3	91 833 404,9	166 689 186,6	272 295 165,3	1 495 304 976,9
III. Summe ber Reichsichulben	5 157 897,6	5 157 897,6 105 303 923,1 156 452 411,3 183 183 195,3 248 849 136,6 337 962 817,8	156 452 411,3	183 183 195,3	248 849 136,6	337 962 817,8	
B. Darl. Gefamtbetrag	B. Darlehnstaffenschne in 1000 Mt. (nach den Berichten der Darlehnstaffe)	deine in 100 8 650 000,0 6 993 523,5	eine in 1000 Mt. (nach den Berichten d 8 650 000,0 17 872 500,0 27 786 500,0 6 993 523,5 10 908 615,4 13 666 039,6	en Berichten b 27 786 500,0 13 666 039,6	der Darlehnskaf 34 068 000,0 10 119 117,6	fe). 	
C. Einige Ziffern in 1000 Mt. aus den Rotenumlauf eine geneine geneine fran 2427 670	Mt. aus den 2427670	Wochenaus 11977807	Bmeifen ber 25 490 489	Reichsbank 45 169 720	(nach ben Je 69 417 228	šahresberichten 130 671 352	Wochenausweisen ber Reichsbank (nach ben Jahresberichten ber Reichsbank). 11 977 807 25 490 489 45 169 720 69 417 228 130 671 352 1 280 095 000
Leiten Keiten Digkontionts Mackfol Schools	890 487	9 029 669	14 502 943	18 498 429	15 206 391	33 358 332	530 526 000
Reichstender	1 361 818 1 579 445	16 034 259 2 526 876	30 187 270 1 936 690	44 575 764 1 134 338	64 533 394 1 100 616	148 682 924 1 016 163	1 606 699 000 1 074 000
D. Durchichnittsturje für telegraphiiche Auszahlungen in Berlin" (Stat. Jahrb. f. b. D. R. 1921/22, C. 226, 227).	r telegraphi	í che Auszah	lungen in B	erlin"(Stat.	Jahrb. f. b. D.	. R. 1921/22, ©	5. 226, 227).
	Parltät	3ahr 1918	3ahr 1919	3ahr 1920	Zahr 1921	Mär3 1922	Dezember 1922
Schweig 100 Fr.	81,0 4,1978	131,42	371,21	1045,21 63,06	1869,83 104,57	5545,09 284,19	143 585 7 589,27

1) Hierin nicht enthalten: I) Weitere Jahlungsverpflichtungen aus Schakarweifungen und "Wechfeln (Ende Lezemben 18:2 318 697,8 Villionen). 2) Schaupeltkleifung mit Schakanveifungen und "Nechfeln (Ende Aszember 1822 Vik 177,0 Villionen), 3) Pofischen ber Annden (burchfanftills) im Askember 1922 178 720 Villionen).